

(Beginn: 14.11 Uhr - Ende: 18.23 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 34. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und zugleich unsere letzte in diesem Jahr. Ich begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Bürgermeisterin Schöntwepes und Frau Wolter.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Karaman, Herrn Dr. Schoser und Herrn Yurtsever.

Meine Damen und Herren, hinter uns liegt ein ereignisreiches Sitzungsjahr. Wir haben in diesem Jahr bisher sieben Ratssitzungen gemeinsam absolviert, in denen wir Hunderte von Beschlussvorlagen beraten haben. Herausheben möchte ich an dieser Stelle den Haushalt, den wir am 7. November beschlossen haben und der planmäßig zum 1. Januar in Kraft treten wird.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Das ist ein absolutes Novum für Köln. Um dies heute zu verkünden, haben wir die Genehmigung bei der Bezirksregierung abgeholt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: „Abgeholt“? Ist es schon so weit!)

- So weit ist es tatsächlich noch nicht, Herr Frank. Obwohl: Wer weiß, ob das nicht manchmal einfacher wäre. Das wäre auch überlegenwert, je nachdem, wo man gerade ist.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, stehen heute noch einmal über 100 Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung, die wir gemeinsam festlegen müssen, bevor wir mit den Beratungen beginnen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst zu den Zu- und Absetzungen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte im öffentlichen Teil vor: die nachträglich eingegangenen Anträge der Fraktionen unter TOP 4.4 bis 4.7, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 7.1,

10.51 und 10.52, die Anträge der Fraktionen zur Umbesetzung der Gremien unter TOP 17.9 und 17.10 sowie im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen unter TOP 24.5, 24.6 und 26.1.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: 3.1.2 - vom Antragsteller zurückgezogen -, 3.1.7, 10.5, 10.8, 10.18, 10.20, 10.29, 10.48, 10.50, 16.3, 16.4 und 17.5.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe zwei Punkte. Der erste betrifft den nichtöffentlichen Teil und dort die Vorlage unter TOP 23.5. Wir haben da noch Beratungsbedarf und bitten, diese Vorlage heute von der Tagesordnung zu nehmen.

Des Weiteren hat die SPD-Fraktion unter TOP 3.1.4 den Antrag „Autofreie Altstadt jetzt!“ gestellt, der unmittelbar korrespondiert mit der Verwaltungsvorlage „Verkehrsführungskonzept Altstadt“, die derzeit in den Ausschüssen und auch in der Bürgeranhörung beraten wird. Wir beantragen deshalb, diesen SPD-Antrag unmittelbar in den Beratungsprozess einzubeziehen, sprich: ihn in den Verkehrsausschuss zu verweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? -

(Martin Börschel [SPD]: Ja!
Herr Pöttgen spricht dagegen!)

- Ja, zur Geschäftsordnung.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Geschäftsordnung sieht vor, dass, wenn der Antrag gestellt wird, den Antrag von der Tagesordnung abzusetzen, die betroffene Fraktion Gelegenheit hat, fünf Minuten dazu zu reden und zu begründen, warum das doch hier im Stadtrat behandelt werden sollte. Das möchte ich für die SPD-Fraktion gerne tun.

Die Altstadt ist die Visitenkarte unserer Stadt und hat eine herausragende Bedeutung. Die Frage der Verkehrsführung ist keine, die allein eine Frage des Verkehrsausschusses ist. Über welchen Rahmen reden wir hier? Wir reden über die Via Culturalis vom Dom bis St. Maria im Kapitol. Wir führen Debatten über die Historische Mitte, das Mikwa und die Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums. Wir haben heute mehrere

Vorlagen zur Platzgestaltung in diesem Bereich. Dieses Thema ist also keine Lappalie, sondern von herausragender Bedeutung.

Wir diskutieren fast in jeder Sitzung hier die Frage der Verkehrswende. „Köln mobil 2025“ ist ein Stichwort, das in dem Zusammenhang immer wieder fällt. Es ist auch eine Notwendigkeit, dass der Rat der Stadt Köln Symbole setzt. Die Verkehrswende ist kein Selbstläufer, sondern braucht regelmäßig eine demokratische Legitimation und muss sich auch in Umsetzungsschritten wiederfinden. Ich freue mich jedes Mal, dass die Debatte über „Köln mobil 2025“ quasi der kleinste gemeinsame Nenner ist, aber wir müssen auch die Umsetzungsschritte diskutieren und uns gemeinsam darauf verständigen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir müssen wegkommen von Klein-Klein. Wir müssen deutliche Zeichen setzen, dass die Ideologie der autogerechten Stadt der 60er-Jahre vorbei ist.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen: Hört! Hört! - Zuruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich habe von dir, liebe Kirsten, lesen dürfen - -

(Niklas Kienitz [CDU]: Was hat das mit der Geschäftsordnung zu tun?)

- Das hat eine Menge mit der Geschäftsordnung zu tun. Hier wurde ja beantragt, heute nicht darüber zu diskutieren. Die Geschäftsordnung versetzt mich in der Lage, darzustellen, warum wir der Meinung sind, dass unser Antrag auf die Tagesordnung gehört.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vom Geschäftsführer der größten Mehrheitsfraktion darf ich schon ein bisschen mehr Geschäftsordnungskennntnisse erwarten.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Niklas Kienitz [CDU]: Drei Minuten Redezeit, Herr Kollege!)

- Ja, es ist mir auch gerade angezeigt worden, dass es nur drei Minuten sind. In § 12 Absatz 2 der Geschäftsordnung ist dafür eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt. Aber auf dieses Detail lege ich jetzt nicht so viel Wert.

Ich war eigentlich bei dem Punkt, zu sagen: Liebe Kirsten, das ist eigentlich ein altes grünes An-

liegen und noch dazu ein aktuelles, wie ich im *Express* lesen durfte. Das begrüßen wir ausdrücklich. Deswegen wäre es ein Leichtes für die Grünen, dem heute zuzustimmen, statt zu sagen, das sei angeblich früher mit der SPD nicht möglich gewesen, wie wir es jetzt immer wieder lesen durften. Wir haben das noch einmal recherchiert. Das ist eine Lüge.

(Zurufe von der CDU: Eine Lüge?)

Diese Anfrage hat es in der rot-grünen Koalition nie gegeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Redezeit ist nach § 17 Absatz 5 abgelaufen.

Andreas Pöttgen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, es ist schade, dass Sie das Thema hier nicht einmal zur Diskussion stellen lassen. Es ist unheimlich schade, dass Sie diese Debatte nicht zulassen. Wir bereden das gerne auch im Verkehrsausschuss; ich freue mich auf die Debatte dort. Aber das ist auch eine Frage der Haltung. Sie haben uns mit einem geleakten Busantrag der KVB in der letzten Sitzung überrumpelt. Warum das jetzt eine größere Bedeutung haben soll, verstehe - -

(Das Mikrofon wird abgestellt - Lebhafter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt weitere Wortmeldungen. Herr Detjen hat das Wort.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Zur Geschäftsordnung?)

- Ich weiß nicht, wozu. Herr Detjen hat sich gemeldet, als ich um Wortmeldungen bat, und darum hat er jetzt das Wort.

(Niklas Kienitz [CDU]: Zu was denn?)

- Zur Geschäftsordnung. - Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir hier über die Geschäftsordnung debattieren, meine Damen und Herren.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Bevor ich zur Tagesordnung spreche, möchte ich Ihnen schöne Grüße aus Istanbul übermitteln von Dr. Sharo Garip. Heute Morgen wurde sein Ausreiseverbot aufgehoben. Ich soll

ausrichten, dass er sich ausdrücklich bei Ihnen und der Verwaltung bedankt, dass Sie ihn immer unterstützt haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, die Fraktion DIE LINKE hat Beratungsbedarf beim Tagesordnungspunkt 10.43 betreffend die Vorlage 3847/2017 vom 06.12.2017. Eine Beratung über die Gründung einer Wirtschaftsförderungs-GmbH hat in den Ausschüssen nicht stattgefunden. An der Beratung der wirtschaftspolitischen Sprecher mit der Oberbürgermeisterin haben wir teilgenommen.

Erstens. Viele Fragen konnten nicht beantwortet werden. Die Antwort auf unsere Anfrage unter TOP 4.4 haben wir heute gegen 11 Uhr erhalten. Eine Beratung darüber war den Ratsfrauen und -männern nicht mehr möglich.

Zweitens. Die Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, des Personalrats und der beiden Gewerkschaften Verdi und Komba ist unzureichend. Nur aufgrund einer mündlichen Anfrage im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen konnte der Personalratsvorsitzende seine Kritik vortragen. Wir machen uns Sorgen über den Betriebsfrieden bei der Stadt Köln.

Drittens. Zitat: „Es gibt nicht einen ... Grund zur Eile“, schreibt der *Kölner Stadt-Anzeiger*. Warum also lässt die Oberbürgermeisterin Reker - Zitat -

den Fraktionen nicht die angemessene Zeit, um über die Zukunft der Wirtschaftsförderung zu beraten?

Viertens. Es gehört zur Kultur dieses Hauses, meine Damen und Herren, bei Beratungsbedarf einer demokratischen Fraktion den Punkt in die nächste Sitzung zu schieben. Lassen Sie uns trotz inhaltlicher Differenzen das demokratische Miteinander pflegen! - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Boyens hat das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Ich mache es vom Platz aus. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist der 19. Dezember. Wir tagen also am Jahrestag des Attentats auf dem Berliner Breitscheidplatz. Dieses Attentat hätte jede Stadt in Deutschland tref-

fen können, auch unsere Stadt. Meine Fraktion hält es für angemessen, dass wir in Respekt vor den Opfern eine Gedenkminute für die Opfer vom Breitscheidplatz einlegen, bevor wir in das politische Hickhack und Klein-Klein eintreten. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich spreche formal gegen den Antrag auf Verschiebung wegen Beratungsbedarf des Kollegen Detjen. Ich glaube, es ist nicht so, dass sich das Thema heute erst entwickelt hat. Es hat sich über Wochen und Monate entwickelt. Es gab unterschiedliche Austauschformate, insbesondere auch das Gespräch der Oberbürgermeisterin in der Verwaltung mit den fachpolitischen Sprechern dazu. Deswegen: gegen den Beratungsbedarf der Kollegen der LINKEN.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich melde im Namen der SPD-Fraktion auch Beratungsbedarf an und beantrage ebenfalls die Verschiebung des Tagesordnungspunkts 10.43. Herr Detjen hat dazu schon einiges ausgeführt. Ich möchte noch ergänzen, dass wir gestern Akteneinsicht genommen haben. Wir wissen nun, dass seit 22.08. die erste Gutachterversion auf dem Tisch lag. Obwohl Sie also fast vier Monate Zeit gehabt haben, sich mit diesem Vorgang auseinanderzusetzen, nötigen Sie uns als ehrenamtlichen Ratsmitgliedern ab, innerhalb von noch nicht einmal 14 Tagen zu diesem Sachverhalt zu entscheiden. Das ist mehr als respektlos uns und auch dem Thema gegenüber. Es gebietet, glaube ich, nicht nur der Anstand, sondern auch der Respekt gegenüber der Wirtschaft in Köln, dass wir solide, gut und in den Fachausschüssen mit den Betroffenen darüber beraten. Deswegen noch einmal nachdrücklich: Verschiebung des Tagesordnungspunkts 10.43 in die Sitzung im Februar. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Ich möchte nur kurz sagen: Herr Joisten, hier nötigst Ihnen niemand irgendetwas ab. Es war ein Ratsauftrag, das Gutachten einzubringen. Das habe ich getan mit einer Beschlussvorlage. Was damit geschieht, liegt in den Händen der Politik.

(Martin Börschel [SPD]: Indem Sie es vier Monate verschleppt haben! Vier Monate verschleppt, Frau Oberbürgermeisterin!)

Ich würde jetzt gerne über die Tagesordnung abstimmen lassen, insbesondere auch über die Anträge, die Herr Frank annonciert hat, nämlich Vertagung von Punkt 23.5 und Verweisung von Punkt 3.1.4, sowie über den Beratungsbedarf von LINKE und SPD zu Punkt 10.43.

Erstens: Abstimmung über den Antrag auf Vertagung von TOP 23.5. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Punkt vertagt.

Zweitens: Abstimmung über den Antrag auf Verweisung von Tagesordnungspunkt 3.1.4. Wer ist dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so verwiesen.

Drittens: Abstimmung über den Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD auf Vertagung wegen Beratungsbedarf zu Tagesordnungspunkt 10.43. Wer ist dafür? - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe GUT, die Ratsgruppe BUNT und die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Eine Stimme von der AfD. Damit bleibt der Punkt auf der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob wir das Abhalten von Gedenkminuten abstimmen sollten. Ich finde das ein bisschen merkwürdig. Wir denken heute selbstverständlich an das, was vor einem Jahr in Berlin passiert ist, auch ohne Ihren Hinweis, Herr Boyens. Die Frage ist, ob wir uns Dingen, die keinen direkten Köln-Bezug haben, so annehmen sollten. Ich glaube, das macht jeder für sich jetzt. - Vielen Dank.

Nun zur Reihenfolge der Tagesordnung. Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.6 und 10.52 zum Ebertplatz zusammen unter 3.1.6 zu behandeln. Ich schlage weiter vor, den Tagesordnungspunkt 10.43 vorzuziehen, und zwar vor 10.1. Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das sehe ich nicht.

Ich frage abschließend noch einmal, ob es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Bevor wir jetzt in die Beratungen eintreten, noch eine Ankündigung, die Sie wahrscheinlich nicht überraschen wird. Wie es in diesem Haus bei der letzten Ratssitzung im Jahr Tradition ist, lade ich Sie alle, die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die Zuschauerinnen und Zuschauer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse, ganz herzlich ein, nach der Sitzung in der Piazzetta im Historischen Rathaus unter dem Weihnachtsbaum bei einem Getränk und einem kleinen Imbiss gemeinsam auf das vergangene Sitzungsjahr zurückzuschauen oder auf das, was Sie sonst noch zurückschauen mögen.

Meine Damen und Herren, wir beginnen jetzt mit dem öffentlichen Teil der Tagesordnung. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2.1 auf:

**2.1 Annahme einer Schenkung von Fotografien verschiedener Künstler für das Museum Ludwig
3077/2017**

Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Schenkung angenommen. Ich bedanke mich bei der Schenkerin, die nicht benannt werden möchte, sehr herzlich.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt 2.2:

**2.2 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung der Künstlerin Trisha Donnelly im Gesamtwert von 77.500,00 Euro
3531/2017**

Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch diese Schenkung angenommen. Ich bedanke mich bei Trisha Donnelly für diese Schenkung.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt 2.3:

2.3 Abschluss eines Vertrages mit der Peter und Irene Ludwig Stiftung und der Stadt Köln betreffend das Museum Ludwig 3597/2017

Auch hier bitte ich Sie um das Handzeichen, wenn Sie dieser Schenkung zuzustimmen wünschen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann bedanke ich mich sehr herzlich bei der Peter und Irene Ludwig Stiftung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu den Anträgen:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zunächst Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und der Ratsgruppen GUT und BUNT betreffend „Heinrich Böll im Stadtbild sichtbar machen“ AN/1860/2017

Dazu hat Frau Dr. Bürgermeister das Wort.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Heinrich Böll im Stadtbild sichtbar machen“, das meint, dem weltweit geachteten und verehrten Schriftsteller, einem der bedeutendsten deutschsprachigen Nachkriegsautoren und eminent politischen Bürger Heinrich Böll in seiner Heimatstadt angemessen und öffentlich Raum zu geben und an ihn zu erinnern.

Ich nenne einmal einige Romane und Erzählungen, die uns und sicher auch der jüngeren Generation bekannt sein werden: *Der Zug war pünktlich*, *Wo warst du, Adam?*, *Billard um halb zehn*, Werke aus den 1950er-Jahren, kleinere Stücke für den Rundfunk wie zum Beispiel *Doktor Murkes gesammeltes Schweigen* und die später erscheinenden, noch berühmteren Werke wie *Ansichten eines Clowns* oder *Die verlorene Ehre der Katharina Blum*, von Volker Schlöndorff 1975 verfilmt.

Heinrich Böll war ein erfolgreicher Schriftsteller, nahe bei und mit den Menschen, den kleinen

Leuten, die er mit subtilen Mitteln, Sprachwitz und literarischem Können so hervorragend in seinen Erzählungen zum Leben erweckte. Heinrich Böll, der in seinen Geschichten aus dem Alltag der Menschen so viel über gesellschaftliches Zusammenleben, über Solidarität, Liebe und Freundschaft ebenso über Verlust, Angst und Unterdrückung immer berührend, mit klarer Haltung und eben auch verständlich formulierte. Das macht ihn und sein Werk so besonders und erklärt die Wärme, die ihm immer noch entgegengebracht wird.

Heinrich Böll hat, so heißt es mit Verweis auf eine Biografie von Heinrich Vormweg „aus seiner konsequenten Zeitgenossenschaft heraus in seinem Werk die Beschädigungen und Hoffnungen der kleinen Leute erkundet und gegen Macht, Anmaßung und verschleppte Schuld angeschrieben.“ In seiner frühen Phase trug er durch seine Werke dazu bei, die Menschen nach zwölf Jahren Faschismus wieder aufzurichten, sich auch selbst aufzurichten - geistig, moralisch, ethisch und politisch. Er selbst war ein Exponent dieser Herausforderungen nach dem Krieg und damit ein wichtiger Chronist im besten Sinne der noch jungen Bundesrepublik.

Und: Er war ein engagierter Bürger, der immer wieder und schon früh zur Politik seiner Zeit die Stimme erhob, zum Beispiel gegen das Vorgehen der Sowjetunion beim Aufstand in Ungarn, gegen Angriffe von DDR-Zeitungen gegen Wolf Biermann, gegen die geplanten Notstandsgesetze, für die von Willy Brandt neu aufgestellte Ostpolitik und später für die Friedensbewegung und gegen die Nachrüstung.

Daher war Heinrich Böll insbesondere ab den 1970er-Jahren keineswegs unumstritten und wurde zum Teil öffentlich sehr heftig wegen seiner politischen Positionen angefeindet und verleumdet. Das führte zum Beispiel dazu, dass ausgerechnet in dem Jahr, in dem er den Literaturnobelpreis erhielt - das war 1972 -, im Zuge einer Großfahndung auch das Haus von Heinrich Böll durchsucht wurde. Im Jahr 1981, in dem er bei der großen Friedensdemonstration in Bonn vor circa 300.000 Menschen sprach und sich gegen die Neutronenbombe und gegen die Nachrüstung positionierte, fiel ein Teil seines Landhauses einer Brandstiftung zum Opfer.

Heinrich Böll lebte selbst Aufrichtigkeit und aufrichtigen und aufrechten Widerstand gegen jede Politik, die aus seiner Sicht nicht den Menschen diene. Er setzte sich öffentlich für verfolgte Autoren ein und suchte den Kontakt mit Künstlern hinter dem damals sogenannten Eisernen Vor-

hang oder in anderen schwierigen Lebens- und Arbeitszusammenhängen. Er half auch ganz praktisch, und er agierte als politisch denkender Künstler auch konkret politisch. So hat er bereits im Jahr 1969 in seiner Rede *Ende der Bescheidenheit* die Schriftstellerkollegen und Autoren aufgefordert, sich für ihre Rechte einzusetzen.

Heinrich Böll war ein glaubwürdiger, konsequenter Streiter für Frieden und Versöhnung. Er ist heute immer noch populär im besten Sinne. Immer noch sehr viele Menschen in Köln kennen ihn, mögen ihn, fühlen sich ihm verbunden, obwohl er schon über 30 Jahre tot ist und seine Zeit Geschichte ist.

Er ist Ehrenbürger dieser Stadt. Der renommierte städtische Literaturpreis ist nach ihm benannt, den er übrigens selbst als städtischen Literaturpreis bereits 1959 entgegennahm.

Dies sind wichtige Gründe, die Erinnerung an das Leben Heinrich Bölls und die Kenntnis seines literarischen Werks aufrechtzuerhalten. Am 21.12.2017, also übermorgen, wäre er 100 Jahre alt geworden.

Wir haben in diesem Jahr zahlreiche Veranstaltungen in Köln erlebt, die sein umfangreiches Wirken gewürdigt haben. Vielen Dank an dieser Stelle allen, die dazu beigetragen haben. Auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben vor ein paar Tagen an einer bemerkenswerten Veranstaltung beim Bundespräsidenten teilgenommen, die noch eine Fortsetzung in Bonn erfahren wird. Das zeigt natürlich auch die große Wertschätzung, die Heinrich Böll auch über Köln hinaus bezeugt wird.

Mit dem hier vorgelegten Antrag möchten wir gemeinsam mit fast allen Fraktionen des Rates - das ist, finde ich, ein starkes Zeichen für die breit getragene Verbundenheit mit Heinrich Böll - den Anstoß für ein Verfahren geben, das zum Ziel hat, ein Konzept für den öffentlichen Raum zur Erinnerung an Heinrich Böll zu erstellen, dies unter Beteiligung verschiedener kundiger Institutionen und Personen, darunter natürlich auch des Böll-Archivs und der Erbgemeinschaft.

Diese Form der erzählenden Erinnerung ist ein passendes Denkmal für Heinrich Böll. Wir sind überzeugt, dass es dazu beiträgt, den untrennbar mit Köln verbundenen Lebensweg dieses großen Kölners und weit darüber hinaus anerkannten Schriftstellers nachzuzeichnen und zugleich seinen literarischen, aber auch politischen und persönlichen Einsatz für die Menschen le-

bendig und anregend, dauerhaft und öffentlich sichtbar zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Welcker hat das Wort.

Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Rates! Natürlich schließe ich mich - das ist bei einem gemeinsamen Antrag auch nicht anders zu erwarten - den Worten von Frau Dr. Bürgermeisterin gerne an.

Ich möchte noch einen anderen Blick auf Heinrich Böll werfen, der einmal gesagt hat: Die Liebe zur Stadt wächst mit dem Wissen um sie, der sich aber mit der Stadt Köln nach dem Zweiten Weltkrieg sehr schwergetan und viel Kritik geübt hat, der auch politisch Kritik geübt hat an der Bundesrepublik Deutschland, mit deren politischen Einstellungen er nicht immer übereingestimmt hat. Aber er hat sich mit ihr auseinandergesetzt in seinem literarischen Werk, und er hat sich mit ihr auseinandergesetzt auch in der Diskussion mit Einzelnen.

Genau das, meine Damen und Herren, ist, glaube ich, ein guter Grund, sich noch einmal Heinrich Böll zuzuwenden, sich mit ihm zu beschäftigen und ihm ein Andenken zu setzen; denn es geht nicht nur um sein literarisches Werk, das an Thematik, Breite und Vielfalt unbestritten seinesgleichen sucht, sondern es geht auch darum, zu zeigen, dass es Menschen gibt, die sich einsetzen für das, woran sie glauben, die quer denken, die anders sind, die das auch verbalisieren und dafür kämpfen, dass eine Welt so wird, wie sie sie für richtig halten.

Genau das, meine Damen und Herren, brauchen wir in der heutigen Zeit: Menschen, die sich einsetzen, die bereit sind, für die Dinge, die für sie wichtig sind, geradezustehen und dafür auch die Konsequenzen zu tragen und damit umzugehen, und zwar in einer friedlichen Form.

(Beifall bei der CDU)

Das ist in der heutigen Zeit nicht mehr selbstverständlich.

Ich glaube, gerade deshalb ist es so wichtig, auch wenn Heinrich Böll vielleicht nicht unbedingt der CDU immer nahe gestanden hat, die-

ses demokratische Grundverständnis und diese herausragende Form, die er dafür gefunden hat, zu ehren. Nicht jeder von uns kann ein Heinrich Böll werden im Laufe seines Lebens, aber ein jeder kann sich ein Beispiel daran nehmen, wie wichtig es ist, in dieser Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen und sich einen Platz zu suchen, wo er sich und sein Können einbringen kann. Deshalb freuen wir uns über diesen gemeinsamen Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr über diesen Antrag. Ich freue mich auch sehr darüber, dass er am Anfang unserer Ratssitzung steht und quasi eine Überschrift bildet für das, was noch kommt. Wir haben schon gehört, Heinrich Böll ist ein wichtiger Mensch in dieser Stadt, der Vorbild ist für uns alle. Ich freue mich darüber, dass eine breite Ratsmehrheit unserer Initiative zu diesem Antrag gefolgt ist, und möchte begründen, warum mir persönlich dieser Antrag so wichtig ist.

Als Schülerin in einer niedersächsischen Kleinstadt haben mich die Texte von Heinrich Böll vor vielen Jahren schon sehr beeindruckt, auch geprägt und bewegt, gab es doch damals nur wenige Texte und wenig Bereitschaft, sich mit Krieg, Zerstörung und der Nachkriegszeit auseinanderzusetzen bzw. überhaupt darüber zu kommunizieren. So gesehen waren die Texte für mich immer auch ein wichtiger Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung, und ich lernte Köln kennen in ihrer Zerrissenheit und Vielfalt, lange bevor ich nach Köln kam.

Darüber hinaus lernte ich aber auch Heinrich Böll kennen als einen, der sich aktiv politisch einmischt, zum Beispiel bei den Friedensdemonstrationen 1981 und 1983 in Bonn gegen den NATO-Doppelbeschluss, wo er jeweils die Hauptrede hielt. Mit Bölls Literatur verbunden ist immer gesellschaftliches Engagement. Unter anderem wurde dies sehr deutlich in seiner Rede, die er anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Stadt im Jahr 1983 hielt, in der er sein Unverständnis über den Versuch äußerte, - Zitat -

den sogenannten Erzähler von dem anderen zu trennen, der da gelegentlich

Aufsätze schreibt, Kritiken, den man gelegentlich reden hört, ganz abgesehen davon, dass auch Aufsätze, Kritiken und Reden Literatur sind.

Das Böll-Jahr mit seinen zahlreichen Aktivitäten geht jetzt dem Ende entgegen. Heinrich Böll, der Literaturnobelpreisträger und Ehrenbürger der Stadt, wurde gewürdigt in Konzerten, Lesungen, Theateraufführungen, in einer Oper, Ausstellungen, der Verleihung des Heinrich-Böll-Preises und anderen Events rund um seinen 100. Geburtstag. Böll und sein Werk wurden neu gelesen und neu entdeckt.

In zwei Tagen nun wäre Heinrich Böll 100 Jahre alt geworden. Daher denke ich: Heute, zwei Tage vor seinem Geburtstag, ist der richtige Tag für unseren Antrag, seiner zu gedenken. Ich freue mich auch, dass es, anders als beim Beschluss zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft, diesmal tatsächlich eine Einigung zwischen den Ratsfraktionen gab und sich die Kontroversen von 1982 nicht wiederholen haben.

Mit einer angemessenen Würdigung Heinrich Bölls im öffentlichen Stadtbild möchten wir erreichen, dass Bölls literarisches und gesellschaftliches Wirken nachhaltig, weit über das Böll-Jahr hinaus in das öffentliche Bewusstsein rückt. Eine Würdigung im Stadtbild ist längst überfällig. Zum Gedenken gehört, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen, und dies zu einer Zeit, wo es kritischer Anstöße mindestens ebenso bedarf wie zu Heinrich Bölls Schaffenszeiten.

Wir möchten mit unserem Antrag das, was zum Gedenken und Erinnern an Heinrich Böll bereits in der Stadt geschieht und geschehen ist, noch präsenter machen, präsenter im öffentlichen Raum; denn der Heinrich-Böll-Platz über dem Konzertsaal der Philharmonie reicht unseres Erachtens dafür nicht aus, zumal - als ironische Beigabe - dieser Platz an vielen Tagen und zu vielen Stunden bewacht und nicht begehbar ist.

Der Antrag beinhaltet daher ein dauerhaftes Sichtbarmachen von Böll und seinem Werk im Kölner Stadtbild. Dies soll entlang der wichtigsten Orte in dieser Stadt, die mit seinem Leben und seinem Schaffen verbunden sind, erfolgen. Die geeignete Art und Weise, ob in Form von Stelen im Straßenraum, Gedenktafeln, Denkmälern und Hinweisen, soll im Rahmen eines Wettbewerbs von einer Jury bestimmt werden, der Fachleute, Kunstbeirat, Vertreter*innen des Böll-Archivs und der Erbgemeinschaft Bölls sowie politische Vertreter des Kulturausschusses angehören sollen.

Für Bölls literarische Arbeit haben die drei Köln - die unzerstörte Stadt seiner Kindheit und Jugend vor dem Zweiten Weltkrieg, die zerstörte Stadt und die nach 1945 wieder aufgebaute Stadt - eine große Rolle gespielt. Böll setzte sich immer wieder kritisch mit den Entwicklungen der modernen Stadt auseinander. Er litt unter der Altstadt Köln, dem Bau der Nord-Süd-Fahrt und dem - ich zitiere - „schmählichen Umgang mit dem Stollwerck in der Kölner Südstadt“.

Böll setzte sich zeitlebens kritisch mit der katholischen Kirche auseinander. Er beklagte vor allem, dass - Zitat -

das Leben als solches kaum als Wert erkannt wird, und damit auch nicht das gemeinsame Leben oder das Zusammenleben.

Nur wenn der Mensch von anderen als Mensch anerkannt sei,

lebe der Einzelne nicht nur in einer Gesellschaft, sondern auch durch sie - in einem „bewohnbaren Land“.

Folgerichtig unterstützte er zum Beispiel den SSK, setzte sich für Flüchtlinge aus Vietnam ein und für Dissidenten aus Osteuropa. Viele Themen, die im Mittelpunkt von Bölls Werk stehen, haben nichts von ihrer Aktualität verloren. Sein Appell, das Zusammenleben aller Menschen in dieser Stadt zu gestalten, ist mit Blick auf die wachsende Vielfalt nach wie vor für uns alle eine wesentliche Aufgabe. Auch daher liegt uns viel an der zeitnahen Umsetzung unseres Antrags; denn Böll ist nach wie vor für Köln und weit darüber hinaus ein wichtiger und aktueller Mahner.

Ich schließe mit einem Zitat von Heinrich Böll:

Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben.

Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe heute sehr viele junge Leute auf der Tribüne. Das freut mich gerade im Rahmen des

Böll-Jahres ganz besonders. Herzlich willkommen!

Ich bin beeindruckt von dem profunden Wissen, das hier bereits vorgetragen wurde. Das eine oder andere Detail wird sich in meiner Rede wiederholen; denn man bereitet ja seine Rede vor, ohne die Reden der anderen zu kennen.

Vor fast 35 Jahren wurde Heinrich Böll die Ehrenbürgerschaft in der Piazzetta des Historischen Rathauses verliehen. Da es damals im Vorfeld einige Verstimmungen gab - Frau von Bülow hat es ganz kurz angerissen -, freue ich mich, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU, diesen Antrag heute mitunterzeichnet haben. Damals taten Sie sich noch recht schwer mit der Person Heinrich Böll. Sie wollten durchaus sein Werk ehren; denn ein Nobelpreisträger als Ehrenbürger schmückt ja schon. Aber den Querdenker und freiheitsliebenden Böll, der sich für die Ostpolitik Willy Brandts einsetzte und sich auch mit der RAF auseinandersetzte, den wollten Sie damals nicht.

Genauso erfreulich finde ich, dass auch die FDP ihren Frieden mit ihm gemacht hat; denn als Freunde des motorisierten Individualverkehrs konnten Sie nicht mit ihm warmwerden. Heinrich Böll beklagte es als große Sünde der Stadt und damit seinem Köln, dass mit dem Bau der Nord-Süd-Fahrt die Stadt zerschnitten wurde, was seinem Bedürfnis nach Entschleunigung absolut widersprach. Durch den unerledigten Rückbau gemäß Masterplan werden wir tagtäglich an ihn erinnert.

„Heinrich Böll im Stadtbild sichtbar machen“: Aber wie? Ist er denn wirklich so unsichtbar? Wir haben einen Heinrich-Böll-Platz, der leider immer wieder gesperrt wird. Eine Schule trägt seinen Namen.

Wichtiger ist mir, dass junge Menschen wie die, die hier heute auf der Tribüne sitzen, seine Texte kennenlernen; denn sie sind aktuell wie eh und je. Die Stadtbibliothek hat durch viele Veranstaltungen wertvolle Arbeit dazu geleistet.

Das Heinrich-Böll-Archiv hat wie jedes Jahr unzählige Schulklassen durch das Archiv und den Wohnraum von Heinrich Böll, der sich in der zweiten Etage der Stadtbibliothek befindet, geführt und mit den jungen Leuten diskutiert.

Besonders schön fand ich die Reihe „Junges Buch für die Stadt“, bei der ein Kinderbuch in Anlehnung an die Anekdote *Der kluge Fischer* von Heinrich Böll von Kindern in 15 Sprachen vorge-

lesen wurde, ein wirklich wunderbares Beispiel für Integration.

Alle seine Bücher und Schriften sind übrigens auch digital abrufbar und können auf jedem Tablet bequem in der Bahn gelesen werden.

Wenn ich bei Demos gegen rechts bin, denke ich oft an den Roman *Ansichten eines Clowns*. Böll hat sich aber auch amüsiert über die Kirche ausgelassen, das höhere Wesen, das wir verehren, in *Doktor Murkes gesammeltes Schweigen* wunderbar durchdekliniert. Seine kritische Haltung gegenüber der Institution Kirche macht Böll sogar in Italien zum beliebtesten Autor der Gegenwart.

Auf einer Veranstaltung vor dem Heinrich-Böll-Zimmer am letzten Dienstag hatte ich die Möglichkeit, mit Bölls Sohn René zu sprechen. Er sagte mir, sein Vater hätte es bestimmt gerne gesehen, wenn es ihm zu Ehren eine Gedenkplatte an einem für ihn zentralen Ort, dem Bahnhof zum Beispiel, gäbe. Eine Büste oder ein Porträt hätte er mit Sicherheit nicht gewollt, aber einen Text mit dem freundlichen Hinweis auf seine Autorenschaft, ja, das hätte ihm gefallen.

Zum Schluss wünsche ich mir in Anlehnung an Bölls Erzählungen und nicht nur zur Weihnachtszeit - es sind jetzt nur noch sechs Tage bis Weihnachten - einen ebenso parteiübergreifenden Antrag, wenn wir im kommenden Jahr den 200. Geburtstag von Karl Marx feiern. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Ich spreche für meine Fraktion nur vom Platz aus, weil dem Reigen an Gründen kaum noch etwas hinzuzufügen ist. - Selbstverständlich unterstützen auch wir diesen Antrag für einen Ehrenbürger unserer Stadt und freuen uns, dass wir das in der letzten Sitzung vor Weihnachten hoffentlich mit Ihrer aller Unterstützung so beschließen können. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Her-

ren? - Das sehe ich nicht. Dann können wir darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich pro Köln und die AfD-Fraktion.

(Martin Börschel [SPD]:
Das spricht für sich!)

Damit ist der Antrag natürlich beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.3 auf:

3.1.3 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen und der Ratsgruppe GUT betreffend „Neubau der Bühnen-Werkstätten - Mietmodell“ AN/1861/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/1893/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/1901/2017

Zuerst gebe ich Herrn Dr. Elster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Jetzt kommen wir vom Literaturnobelpreis zu den Ebenen, ich sage mal, zum Kulturschlamm, nämlich zu den Werkstätten unserer Bühnen. Wer schon länger hier im Rat Mitglied ist, hat dieses Thema schon einige Male verfolgen können. Zwischenzeitlich war von gemeinsamen Lösungen mit der Stadt Bonn die Rede. Auch gemeinsame Lösungen und Synergien mit dem WDR waren eine Zeit lang in der Diskussion. Jetzt, Ende 2017, stehen wir da und haben für unsere Bühnen immer noch keine Lösung, obwohl sich die Rahmenbedingungen in den letzten 15 Jahren faktisch gar nicht geändert haben.

Die Situation an der Oskar-Jäger-Straße ist definitiv eine Zwischenlösung, kann auch mehr nicht sein, weil die Werkstatt dort zu klein ist und die Ausstattung definitiv zu alt für Bühnen in der Form, wie wir sie hier in Köln betreiben wollen. Die Arbeitsabläufe können dort nur ineffizient abgebildet werden. Ungefähr 5 Prozent der Gesamtarbeitszeit - so die letzte actori-Studie - geht durch ineffiziente Arbeitsabläufe verloren. Das sind immerhin zwei Stunden pro Arbeitswoche. Das heißt: Jede 20. Arbeitswoche, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Werk-

stätten geleistet wird, geht durch ineffiziente Abläufe verloren.

Das allein wäre schon ein Grund, darüber nachzudenken, den Zustand dort möglichst schnell zu ändern, vor allem wenn man bedenkt, dass der Mangel von uns mit einer großen sechsstelligen Summe bezahlt wird. Es ist ja nicht so, dass wir die Werkstatt an der Oskar-Jäger-Straße geschenkt bekommen. Nein, meine Damen und Herren, es kommt noch schlimmer: Letztendlich ist die Arbeitsergonomie derart schlecht, dass wir das Hickhack um die Lösung für die Werkstätten der Bühnen im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter austragen, und das dürfen wir nicht länger tun.

Die Verwaltung hat im September mit einer Vorlage versucht, eine Lösung aufzuzeigen. Diese Vorlage war nicht entscheidbar aus verschiedenen Gründen. Zum einen waren die Synergien mit dem WDR nicht darstellbar; zum anderen fanden für das alternative Grundstück, das von der Verwaltung favorisiert war, bereits Verhandlungen für andere Vermarktungen statt. Wir wollen natürlich nicht das eine Gewerbe gegen das andere ausspielen, sondern wir suchen tragfähige Lösungen für beide.

Klar ist: Wir brauchen jetzt eine Initiative. Der Antrag, den wir heute in den Rat einbringen, soll genau diese Initiative sein. Wir wissen, dass der Mietvertrag für das Objekt Oskar-Jäger-Straße Ende 2020 ausläuft. Deshalb besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir sind der Meinung, dass mit dem Antrag, so wie wir ihn jetzt einbringen, die Werkstätten in die Lage versetzt werden, verzugslos in ein neues Mietobjekt einzuziehen. Das hat verschiedene Vorteile. Der wesentlichste Vorteil ist im letzten Satz der schriftlichen Begründung zu lesen. Wir behalten die Handlungsoptionen für die Zukunft und können in fünf, sechs, sieben oder in zehn Jahren entscheiden, ob wir das Mietmodell weiterführen oder ob wir dann eine Eigenlösung präferieren.

Ich schaue einmal zur Oberbürgermeisterin, die ja mit dem Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn in verschiedenen Gremien über Synergien und Zusammenarbeit nachdenkt. Vielleicht sind wir ja in zehn Jahren so weit, dass wir mit der Stadt Bonn gemeinsam eine solche Werkstatt betreiben.

Insgesamt ist es sicherlich notwendig, jetzt so zu verfahren, allein auch aus Rücksicht auf die Beschäftigten bei den Werkstätten. Zum Wohle der

Bühnen muss dieser Antrag hier heute beschlossen werden.

Wir sind schon etwas erstaunt, dass die SPD jetzt einen Änderungsantrag zu diesem Thema gestellt und in diesen Antrag den Beschlussvorschlag der Verwaltung Wort für Wort kopiert hat. Wie ich gerade dargestellt habe, ist die Beschlussvorlage von der Verwaltung damals zurückgezogen worden, weil sie so nicht entscheidbar war. Was soll sich jetzt bitteschön ändern, wenn das Ganze als SPD-Antrag noch einmal aufs Tapet kommt? Es ist weiterhin nicht entscheidbar. Wir werden diesem Antrag natürlich nicht zustimmen können aus den von mir dargestellten Gründen. Wir bitten die SPD, noch einmal darüber nachzudenken, ob das wirklich pfiffig ist oder ob sie nicht lieber unserem Antrag zustimmen will. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau von Bülow hat das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! In Vorbereitung auf dieses Thema habe ich mir meine Rede vom 4. April hier im Rat zu den Bühnenwerkstätten noch einmal durchgelesen. Ich könnte die meisten Passagen heute wiederholen; denn es hat sich nichts daran geändert, dass zwingender Handlungsbedarf besteht. Wer die Werkstätten in der Oskar-Jäger-Straße besucht und sich etwas länger dort aufhält, bekommt hautnah mit, dass die Mitarbeitenden dort effizient und immer noch motiviert arbeiten. Das ist fast ein kleines Wunder. Mein Dank gilt den Mitarbeitenden, die dort wirklich hochmotiviert tätig sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Die derzeit auf Mietbasis an der Oskar-Jäger-Straße untergebrachten Bühnenwerkstätten sind in einem so mangelhaften baulichen Zustand, dass eine längerfristige Fortführung des Betriebs dort nicht verantwortbar ist. Eine Instandsetzung und Modernisierung vor Ort scheidet wegen eines erheblichen Baugrundrisikos aufgrund einer Altlast aus. Auch ansonsten ist klar: Es muss etwas geschehen. Die Bühnen brauchen neue oder sanierte Werkstätten.

Um zu einer guten Lösung zu kommen, hat der Rat schon 2014/2015 einiges beschlossen und

auf den Weg gebracht. Ich denke, dass auch die damals beschlossene Kooperation mit dem WDR eine gute Entscheidung war. Ziel war, Synergien zu schaffen, Kosten zu reduzieren und gute Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden zu schaffen.

Nach der Sommerpause gab es dann die Vorlage zu den Bühnen-Werkstätten, die verschiedene Varianten auflistete. Kurz vor der entscheidenden Sitzung des Betriebsausschusses Bühnen - das wissen Sie - wurde diese Vorlage zurückgezogen. Das war für die Mitarbeitenden tatsächlich ein Schlag ins Gesicht, befürchteten sie doch nun, dass die Bühnenwerkstätten langfristig keiner Lösung zugeführt werden.

Hier setzt unser Antrag an. Dieser Handlungsbedarf ist uns tatsächlich Aufgabe. Wir möchten, dass etwas geschieht, dass diese Werkstätten erst einmal wieder in einen besseren Zustand versetzt werden. Wir wollen mit unserem Antrag einen Lösungsvorschlag für die Zukunft initiieren. Wir möchten im Rat heute ein Mietmodell auf den Weg bringen, indem per Ausschreibung ein Investor für den Bau der Werkstätten ermittelt wird, die dann für zehn Jahr plus Verlängerungsoption gemietet werden können, damit die Werkstätten tatsächlich wieder arbeitsfähig sind.

Mit einer Werkstatt zur Miete könnte zeitnah die Situation für die Bühnenwerkstätten und ihre Mitarbeiter verbessert werden. Gleichzeitig bleiben alle Optionen für einen späteren Neubau in Eigenregie, für Kooperationen oder auch andere Lösungen offen. Die WDR-Kooperation ist dadurch nicht beendet, sondern kann sich vielleicht auf andere Weise fundieren, untermauern, wie auch immer. Im Interesse der Beschäftigten der Bühnenwerkstätten und zur Schaffung effizienter Produktionsabläufe wäre so eine zügige und wirtschaftliche Lösung denkbar. Angesichts der vielen Berichte über Bauvorhaben, die gerade in Köln verzögert oder verteuert laufen, ist es wichtig, den Werkstätten diese Möglichkeit zu eröffnen.

Wie gesagt: Wichtig ist, dass es eine zukunftsweisende Lösung gibt. Deswegen haben wir unseren Antrag so eingebracht; denn die Option auf den Bau eigener Bühnenwerkstätten ist damit ebenso weiter gegeben wie die Option einer Kooperation. In diesem Sinne bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

Den SPD-Antrag und den LINKE-Antrag - Sie ahnen es sicher schon - lehnen wir ab. Das Grundstück, das dem SPD-Antrag zugrunde liegt, steht nicht zur Verfügung. Der Antrag der LINKEN greift den Ergebnissen des Werkstatt-

verfahrens vor. Auch deswegen können wir ihm nicht folgen.

Zusammenfassend will ich sagen: Das Mietmodell lässt sich schneller realisieren als die Errichtung in Eigenverantwortung, und es lässt die Tür offen für langfristige, zukunftsweisende Optionen. - Danke sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Professor Schäfer hat das Wort.

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Elster und Frau von Bülow, ein etwas merkwürdiger Vorgang ist das schon. Es kommt hier nicht auf Pfiffigkeit an, sondern es kommt darauf an, gemeinsam dafür zu sorgen - ich erinnere an die vorletzte Sitzung des Bühnenausschusses -, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Werkstätten optimale Arbeitsbedingungen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir leisten uns eine mindestens 560 Millionen Euro teure Oper mit einem tollen Bühnenstück, das 41 Millionen Euro kostet, sind aber nicht in der Lage - das ist offensichtlich -, schnell und zügig zu einer optimalen Entscheidung für die Bühnen-Werkstätten zu kommen.

Wir hätten die Entscheidung in der letzten Ratssitzung treffen können. Ich erinnere noch einmal daran, dass kurz vor der Sitzung des Bühnenausschusses es die CDU war, die mich anrief und anfragte, ob wir als SPD bei dem Gelände in der Hugo-Eckener-Straße bleiben. Ich habe gesagt: Ja, wir bleiben dabei. Es gab eine deutliche Mehrheit von FDP, CDU und SPD im Betriebsausschuss Bühnen, sodass wir dann auch in der Ratssitzung hätten entscheiden können. Allein die Grünen waren auf das WDR-Gelände fixiert und nicht bereit, dieser Mehrheit beizutreten.

Von daher stimme ich Ihnen zu: Ja, das ist eilig. Aber wir müssen die Aspekte bitteschön auch sachgerecht betrachten.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort auf unsere Anfrage jedenfalls lässt solche Schlüsse nicht zu. Durch die Behauptung,

das Grundstück stünde nicht mehr zur Verfügung, wird es ja nicht besser. Die Politik entscheidet darüber, ob ein städtisches Grundstück zur Verfügung steht oder nicht; kein anderer.

(Martin Börschel [SPD]: So ist das!
Genau so ist das!)

Mir ist bis heute keine plausible Antwort gegeben worden, warum dieses Grundstück nicht zur Verfügung steht; im Gegenteil. Ich benutze einmal das Argument, das in der Antwort auf unsere Anfrage hervorgehoben worden ist: Es handelt sich um ein strategisch wichtiges Grundstück. Dazu sage ich: Das haben die Bühnen-Werkstätten verdient, ein strategisch wichtiges Grundstück,

(Beifall bei der SPD)

damit auch die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen entsprechend Berücksichtigung finden.

Wenn ich unsere Debatte noch einmal Revue passieren lasse, muss ich sagen: Die Begründung, warum diese Vorlage eine oder zwei Minuten vor der Sitzung zurückgezogen worden ist, ist doch etwas merkwürdig. Da heißt es:

Leider wurde es versäumt, die Vorlage vom Amt für Wirtschaftsförderung mitzeichnen zu lassen.

Die Oberbürgermeisterin hat die Vorlage nach monatelangen Beratungen freigegeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hat sie nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Peinlich!
Das kann man nachlesen!)

Prof. Klaus Schäfer (SPD): Doch, natürlich. - Zu dem Zeitpunkt war die Oberbürgermeisterin auch das zuständige Vorstandsmitglied für die Wirtschaftsförderung. Insoweit ist die Ausgangslage klar. Die Vorlage war freigegeben. Ich halte diese Vorlage auch weiterhin für wirklich sehr gut.

(Beifall bei der SPD)

Greif & Contzen haben 15 Gelände untersucht und sind am Ende zu der Entscheidung gekommen - und die Bühnen haben das aufgegriffen -, dass sowohl das WDR-Gelände als auch alternativ das Gelände Hugo-Eckener-Straße die bestgeeigneten Gelände sind. Insoweit spricht vieles dafür, gerade weil wir das nach langer

Prüfung übernommen haben, unserem Antrag zuzustimmen.

Im Übrigen steht in dieser Vorlage auch: Das Mietmodell ist das teuerste,

(Martin Börschel [SPD]: Hört! Hört!)

und das bleibt auch so, selbst wenn man es herunterrechnet von 40 Jahren auf 10 Jahre und dann noch mal auf zweimal 5 Jahre. Glauben Sie denn, ein Investor wird sich das nicht bezahlen lassen? Er wird sich auf Heller und Pfennig oder auf Euro und Cent das Plus einer Gewinnmarge zurückholen. Auch insoweit spricht aus unserer Sicht vieles für unseren Änderungsantrag. Wir sind uns hier einig: Es braucht dringend eine Perspektive. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Zum Antrag der LINKEN. Es gibt in Kalk seit langem eine Debatte, wozu die Hallen Kalk genutzt werden sollen. Deshalb würden wir diesen Antrag ablehnen.

Wir stimmen für die Bühnen, für die Vorlage, die die Oberbürgermeisterin damals freigegeben hat. Das ist die insoweit sachgerechte Vorlage. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Vorschlag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie alle haben bestimmt heute Morgen im *Kölner Stadt-Anzeiger* den Artikel gelesen: „Mit Mut in die Zukunft“. Genau das wollen wir mit unserem Änderungsantrag „Eigenbau der Bühnen-Werkstätten in Köln-Kalk“.

Hier wurde schon viel über die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen in den Werkstätten gesprochen, aber kein einziges Mal erwähnt, dass es hier um den Vorschlag eines Mietmodells geht. Ich wundere mich sehr, dass die Ratsgruppe GUT diesem Antrag beigetreten ist; denn gerade Sie haben ja seinerzeit eine historische Aufarbeitung der Messen Kalk gefordert. Da haben wir nämlich ein solches Mietobjekt. Aber sei's drum.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/ Die Grünen, ich kann ja verstehen, dass Sie ver-

suchen, Ihr Gesicht zu wahren. Hätten Sie seinerzeit Ihren Kooperationspartner CDU auf das Grundstück auf dem WDR-Gelände einschwören können, gäbe es heute diesen Antrag nicht. Erfreulicherweise weisen Sie in Ihrem Antrag - auch wenn Sie das eben abgesprochen haben, Frau von Bülow - auf die Drucksache Nummer 3559/2017 und damit auf das Ergebnis „Werkstattverfahren Hallen Kalk“ hin.

Aus dem Ergebnis des Prüfauftrags - zu finden in der oben genannten Drucksache - geht deutlich hervor, dass das Areal der Hallen Kalk in der gesamten Matrixbewertung auf Platz eins steht, also nicht das Gelände des WDR und auch nicht Ossendorf. Wörtlich heißt es dort:

Der Standort „Dillenburger Straße“ erreicht in der entsprechend erweiterten Matrix bei den meisten Einzelkriterien und in der gewichteten Gesamtbetrachtung die höchsten Werte und ist somit nach den Kriterien „Grundstückskosten“ und „Erreichbarkeit“ als Standort für die Bühnenwerkstätten am besten geeignet.

Das scheint mir auch genau der Passus zu sein, den die SPD nicht zur Kenntnis nehmen will, wenn sie stur auf dem toten Pferd „Ossendorf“ sitzen bleibt und einfach aus der Verwaltungsvorlage vom März 2017 wortgetreu abschreibt. Darum werden wir Ihrem Änderungsantrag logischerweise nicht zustimmen können.

Unser Vorschlag würde ermöglichen, dass es mit dem Areal der Hallen Kalk vorangeht. Das Areal gehört der Stadt, es muss nicht gekauft bzw. gemietet werden oder, noch schlimmer, wie Sie vorschlagen, erst verkauft und dann zurückgemietet werden. Die Stadt hat damit ja schon einschlägige Erfahrungen gemacht.

Das Dilemma, das Herr Streitberger in seiner Überarbeitung der Antwort des Stadtplanungsamtes heraufbeschwört, ist real nicht vorhanden. Kosten durch mögliche Sanierung würden so oder so fällig, egal ob man es veräußert, es anderweitig bebaut oder den Werkstätten ein neues Zuhause gibt.

Man könnte - in Anlehnung an den Artikel im *Kölner Stadt-Anzeiger* von heute - an die Arbeit gehen. Lassen Sie uns das Areal entwickeln, statt wieder Zeit ins Land gehen zu lassen und eine unnütze Marktstudie zugunsten privater Investoren in Auftrag zu geben! Es wird Zeit, das Gebiet wieder mit Leben und Arbeit zu füllen. Stimmen Sie unserem Antrag zu! - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte sehr, Herr Görzel. Sie haben das Wort.

Volker Görzel (FDP): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion wird dem Antrag der CDU und der Grünen hier heute beitreten und diesen unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte zunächst begründen, warum. Für uns steht im Mittelpunkt, eine schnelle und flexible Lösung zu finden, Flexibilität und Geschwindigkeit bezüglich des Reins, aber vor allem auch bezüglich des Raus.

Jeder, der vorhat, ein Eigenheim zu kaufen, wägt vorher ab, ob es nicht vielleicht doch besser ist, weiter zur Miete zu wohnen, weil das Wohnen zur Miete größtmögliche Flexibilität bietet. Das ist für uns der ausschlaggebende Punkt; denn die Zeit drängt.

Liebe Frau Kollegin von Bülow, ich habe nicht meine Ratsrede vom April dieses Jahres durchgelesen; da war ich nicht Mitglied des Rates. Aber ich war heute auf den Tag genau vor acht Jahren Ratsmitglied

(Zuruf von Brigitta von Bülow
[Bündnis 90/Die Grünen])

- Sie wissen, wovon ich rede -, als wir hier in diesem Raum nachts um 0.45 Uhr beschlossen haben, dass wir eine neue Bühne bauen wollen. Aus all dem ist nichts geworden. Aber es darf hier heute, acht Jahre später, daran erinnert werden, wo der Geburtsfehler der aktuellen Misere liegt. Das gehört irgendwo dazu.

(Beifall bei der FDP)

Mit der nun vorgeschlagenen Lösung kommen wir schnell aus dem Objekt wieder heraus, wenn die entsprechenden Mietverträge rechtzeitig gekündigt werden.

Uns ist noch ein weiterer Gesichtspunkt wichtig, nämlich Ergebnisoffenheit. Die sollten wir hier in den Vordergrund stellen. Wir binden uns jetzt nicht. Wenn die Vergangenheit eines gezeigt hat, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dann doch das: Auch mit größtmöglicher Mühe

gelingt es nicht, Kostenklarheit herbeizuführen. In Ihrem Antrag sehe ich dazu keinerlei Hinweise. Es ist naiver Kindsglaube, anzunehmen, dass wir heute per Beschluss einen Kostendeckel schaffen würden. Die Vergangenheit hat bewiesen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Wir sollten aus unseren Fehlern lernen.

(Beifall bei der FDP)

Ein letzter Gesichtspunkt. Lieber Kollege Schäfer, ich konnte mich eben eines gewissen Grinsens nicht erwehren, als Sie die fadenscheinige, vermeintliche Begründung der Verwaltung zur Rücknahme der ursprünglichen Vorlage angeführt haben, nämlich ein fehlendes Votum der Wirtschaftsförderung. Lieber Kollege Schäfer, ich kann Ihnen versichern, auch Sie werden heute die Gelegenheit haben, ein für alle Mal dafür zu sorgen, dass es zukünftig an Voten der Wirtschaftsförderung nicht mehr scheitert. In diesem Sinne: Auf einen schönen Nachmittag!

(Beifall bei der FDP und der CDU -
Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Bitte sehr, Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich mache es vom Platz aus. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eine konkrete Frage an Herrn Wasserbauer: Herr Wasserbauer, es ist ja ein Katalog in Arbeit mit 39 Positionen der Locations, die die Bühnen im gesamten Stadtgebiet und auch außerhalb belegen. Ist es so, dass das geplante Vorhaben in mehrere Positionen dieses Katalogs mit aufgenommen werden könnte? Können Sie das jetzt beantworten? Und - zweite Frage - wann bekommen wir diesen Katalog? - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann, ich will jetzt nicht belehrend wirken, aber das ist eine Anfrage an die Verwaltung. Wir werden Ihnen die Antwort darauf schriftlich geben.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst abstimmen über den Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, bitte ich um das

Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Wer enthält sich? - Es enthält sich die Ratsgruppe BUNT. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Ersetzungsantrag der LINKEN. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist DIE LINKE. Wer enthält sich? - Wieder die Ratsgruppe BUNT. Dann ist das auch abgelehnt.

Jetzt lasse ich abstimmen über den Ursprungsantrag von CDU, Grüne und GUT. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU, die Ratsgruppe GUT, die AfD, Herr Wortmann und die FDP. Enthaltungen? - Die Ratsgruppe BUNT enthält sich. Dann ist dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.5 auf:

3.1.5 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Verhängung längerfristiger Aufenthaltsverbote für auffällige Personen im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz“ AN/1866/2017

Ich gebe zunächst dem Stadtdirektor das Wort.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir folgenden Hinweis: Die Anwendung des § 34 (2) Polizeigesetz liegt ausschließlich im Ermessen der Polizei. Das heißt: Man kann trefflich darüber streiten, ob eine Beschlussfassung zu diesem Antrag rechtmäßig wäre. Sie wäre jedenfalls folgenlos, weil die Polizei in eigener Zuständigkeit entscheidet, ob sie hier von diesem Eingriffsrecht Gebrauch macht oder nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Keller. - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind gleichwohl der Meinung, Herr Dr. Keller, dass es ein wichtiges politisches Signal ist, das vom Rat der Stadt Köln ausgehen sollte, die unhaltbaren Zustände am Ebertplatz und am Neumarkt abzustellen.

Das erfahren Sie, wenn Sie mit den Geschäftsleuten und den Bürgern sprechen. Herr Dr. Rau wird bestätigen können, dass es in den Bürger-

versammlungen massive Kritik an den unhaltbaren Zuständen gab. Die Polizei ist trotz Verhängung kurzfristiger Aufenthaltsverbote nicht mehr Herr der Lage. Wir sind der Meinung: Es sollte ein Antrag formuliert werden - ganz offiziell an das Polizeipräsidium - und darum gebeten werden, vom langfristigen Aufenthaltsverbot Gebrauch zu machen. Deshalb bitten wir Sie, unseren Antrag zu unterstützen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Die sehe ich nicht.

Dann frage ich, wer diesen Antrag positiv sieht. Wer ist dafür? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind SPD, Grüne, CDU, Ratsgruppe BUNT, Ratsgruppe GUT, Herr Wortmann, DIE LINKE und die FDP-Fraktion. Enthält sich noch jemand? - Nein. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe als Nächstes die Tagesordnungspunkte 3.1.6 und 10.52 auf:

3.1.6 Antrag der SPD Fraktion betreffend „Ebertplatz den Menschen zurückgeben - Mauern statt Mauern!“ AN/1865/2017

**10.52 Verbesserung der Situation am Ebertplatz
Bericht über Sofortmaßnahmen und Beschlussfassung über ein Interimskonzept
3609/2017**

Ich gebe zuerst Herrn Börschel das Wort.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ebertplatz hat die politischen Gremien des Rates der Stadt Köln und der Bezirksvertretung Innenstadt schon seit geraumer Zeit beschäftigt. Ich will beispielsweise auf einen Antrag zu einem umfassenden Maßnahmenpaket in der Bezirksvertretung Innenstadt aus dem Jahr 2016, damals von der SPD-Fraktion beantragt, verweisen.

Wir können, glaube ich, heute festhalten, dass die traurige und abschreckende Entwicklung auf und um den Ebertplatz herum in den letzten Monaten zu großem bürgerschaftlichem Engagement und Interesse der Bevölkerung geführt hat. Wir selbst haben eine Bürgerversammlung

durchgeführt, an der ungefähr 200 Teilnehmende mitgewirkt haben. Auch der Bürgerverein Eigelstein hat eine Bürgerversammlung durchgeführt, die sehr gut besucht war.

Der Brunnen e. V., Labor, Gewerbetreibende, Gastronomie und viele andere mehr haben sich in den letzten Wochen und Monaten intensiv und konstruktiv mit dem Zustand des Ebertplatzes beschäftigt. Die eindeutige Botschaft in allen Zusammenkünften war: Wir lassen uns diesen Platz nicht wegnehmen, und wir nehmen die Verwahrlosung nicht länger hin. - Das war die ganz eindeutige Botschaft von allen Beteiligten, und das ist auch gut so. Damit haben wir an dieser Stelle endlich, endlich die Chance, wirklich nachhaltige Entwicklungen in Gang zu setzen.

Viele der Anregungen, die aus der Bevölkerung gekommen sind, haben wir in unseren heutigen Antrag aufgenommen. Andere Forderungen haben wir schon in der Aktuellen Stunde der Ratsitzung am 14. November dieses Jahres zur Sprache gebracht. Ich will beispielhaft nur einen Punkt unseres Antrags erwähnen, nämlich: Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Polizei eine deutlichere Präsenz als in der Vergangenheit auf dem Ebertplatz sicherzustellen, aber auch aufsuchende Hilfen wie Streetwork, Suchtclearing und Ähnliches in ihre Konzeption mit einzubeziehen.

Außerdem fordern wir, etwaige Verdrängungseffekte gleich mitzudenken und natürlich so weit wie möglich zu verhindern. Schon heute, so wird uns berichtet, werden im Agnesviertel, aber auch in anderen angrenzenden Veedeln erste Verdrängungseffekte beklagt. Auch das sind Umstände, die wir unbedingt im Blick behalten und so weit wie möglich verhindern müssen.

Schon in der Sitzung im November haben wir die Stadtverwaltung und die Oberbürgermeisterin dringend aufgefordert, die Kündigung für den Kunstraum Labor, die offensichtlich voreilig war, wie Sie selbst eingeräumt haben, zurückzunehmen; denn nach unserer festen Überzeugung ist die Kultur auf dem Ebertplatz eben nicht Teil des Problems, sondern muss, kann und soll Teil der Lösung sein. Das müssen wir eindeutig hier zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der SPD)

Last not least möchte ich darauf verweisen, dass selbstverständlich auch die Reinigung des Platzes und die Grünpflege in den Mittelpunkt eines Maßnahmenpakets gehören.

All diese Punkte haben wir nicht nur in der Ratsversammlung im November und schon deutlich früher in der Bezirksvertretung Innenstadt zur Sprache gebracht, sondern auch in unserem heutigen Antrag formuliert.

Was mich freut, ist - das kann man sowohl an der Verwaltungsvorlage als auch am Änderungsantrag der Jamaika-Fraktionen sehen -, dass wir uns über das Allermeiste inzwischen einig zu sein scheinen. Deswegen möchte ich über diese Punkte jetzt kein weiteres Wort verlieren, sondern mich ganz bewusst auf die Unterschiede konzentrieren, die nun, nachdem die Verwaltungsvorlage vorliegt und nachdem CDU, Grüne und FDP einen Antrag dazu vorgelegt haben, noch verblieben sind.

Sie haben zwar in Ihrem eilig zusammengeschusterten Antrag eine Menge unserer Punkte abgeschrieben, aber eben nicht komplett und da und dort auch nicht präzise.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Geschichtsklitterung!)

- Unser Antrag war nun einmal vorher da, Ihrer ist relativ knapp eingegangen. Das kann ich nicht ändern. Bei einigen Punkten sind wir uns einig, bei anderen gibt es einen Dissens.

Aus unserer Sicht sollten wir bezogen auf die Behandlung der Gewerberäume in der unterirdischen Passage differenzieren. Sie sagen: Es soll alles bleiben, wie es ist. Alle sollen - auch mit dem Besatz, mit der Bespielung - so bleiben, wie sie sind. - Da will ich ganz ausdrücklich sagen: Das sieht die SPD-Fraktion anders.

Wer mit der Polizei oder auch mit örtlich Aktiven aus der Stadtverwaltung gesprochen hat, müsste eigentlich zur Kenntnis genommen haben, dass alles dafür spricht, all das, was mit Kunst und Kultur zu tun hat, dort zu belassen, aber auch erfahren haben, dass es beispielsweise bei der einen oder anderen gastronomischen Nutzung durchaus ein Problem gibt, weil Publikum angezogen wird, das dem Platz nicht guttut.

Deswegen sagen wir ganz ausdrücklich in Richtung CDU, Grüne und FDP: Wenn Sie pauschal sagen: Alle Gewerbeeinheiten sollen so vermietet bleiben, wie sie sind, sind wir anderer Meinung. Wir sind für eine Differenzierung und sind uns mit der Polizei und dem Ordnungsamt dahin gehend auch einig.

Der zweite große Dissens ist das Zumauern des westlichen Teils des Ebertplatzes. Die Stadtverwaltung weiß, dass es für diesen Vorschlag des

Stadtdirektors von Anfang an keine Mehrheit hier im Rat der Stadt Köln gegeben hat. Diese Mehrheit wird es auch heute nicht geben.

Der Stadtdirektor hat sich an der Stelle - entschuldigen Sie, wenn ich das so lapidar sage - ein bisschen verrannt. Allerdings muss man auch sagen, erst recht, wenn man wie Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die Fehlerkultur in der Verwaltung hochhalten will: Der Stadtdirektor ist in Ihrem Auftrag an dieser Stelle tätig gewesen. Dass Sie seinen Vorschlägen nicht frühzeitig eine andere Richtung gegeben haben, sondern, wie wir hören, hier heute selbst gegen seinen Vorschlag stimmen wollen, das müssen Sie selbst beurteilen, wie Sie das finden. Ich jedenfalls finde es relativ zweifelhaft, wenn der zweithöchste Mitarbeiter der Stadtverwaltung in Ihrem Auftrag lange das eine vorschlägt und heute von Ihnen höchstpersönlich das andere ins Stammbuch geschrieben bekommt.

In der Sache ist es jedenfalls richtig: Wir waren immer und wir bleiben immer gegen ein Zumauern des Ebertplatzes. Menschen müssen im Mittelpunkt stehen und eben nicht Mauern.

(Beifall bei der SPD)

Auf einen letzten Unterschied möchte ich gerne noch eingehen, nämlich das Thema Rolltreppen und Brunnen. Diese sind ja durch ihre Nichtinbetriebnahme seit vielen Jahren im Grunde ein trauriges Symbol des Niedergangs. Unser Ziel bleibt nach wie vor die große Umgestaltung des Ebertplatzes. Aber wie wir alle wissen, dauert das eben seine Zeit, länger als uns lieb ist. Das können wir hier und heute an der Stelle nicht ändern. Deswegen muss man umso mehr auf die Sofort- und auf die Interimsmaßnahmen setzen.

Dass Sie von CDU, Grünen und FDP heute tatsächlich sagen: Die Wiederinbetriebnahme des Brunnens und der „Wasserkinetischen Plastik“ möge nur geprüft werden, halten wir für einen Ausweis von Handlungsunfähigkeit. Wir wollen nicht verzögern, sondern wir müssen handeln. Wir haben die Stadtverwaltung dazu befragt. Etwa 100.000 Euro wird die Wiederinbetriebnahme des Brunnens kosten. Also kann man das auch beschließen.

Unsere dringende Bitte und Anregung ist: Lassen Sie uns heute nicht hadern, sondern handeln! Das hat der Ebertplatz verdient. Das haben die Menschen verdient. Das muss doch heute die Botschaft aus dem Rat der Stadt Köln sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es gibt überhaupt keinen Zweifel, dass heute gehandelt wird. Der Fachausschuss und die Bezirksvertretung Innenstadt haben gestern schon einstimmig, bei Nichtbeteiligung einer Fraktion zu einem Teil, die entsprechenden Entscheidungen getroffen,

(Martin Börschel [SPD]: Dafür ist der Rat heute zuständig, Herr Kollege!)

und das sind gute Entscheidungen; denn wir dürfen bei dieser Angelegenheit eines nicht vergessen: Wir haben hier eine Altlast aus den 60er-/70er-Jahren, in der es noch eine andere Kultur des Umgang mit Plätzen gab. Diese alte Zeit muss überwunden werden. Wir haben die entsprechenden Beschlüsse zum Masterplan schon länger diskutiert. Es ist an der Zeit, jetzt zu einer langfristigen, tragfähigen Lösung zu kommen.

Die Zeitpläne sehen zurzeit als Zeithorizont das Jahr 2020 vor, sodass das Interim etwa zwei Jahre dauern wird. Das muss man im Hinterkopf haben, wenn man hier die einzelnen Varianten diskutiert. Ein Zumauern macht für diesen kurzen Zeitraum überhaupt keinen Sinn. Ich sage einmal so: Bis diese Arbeiten abgeschlossen sind, rollen schon die Bagger an für die endgültige Lösung. Das wäre sicherlich keine adäquate Maßnahme, auch weil sich gezeigt hat, dass es mit einfachen Mitteln nicht getan ist, sondern man hier schon intensiver eingreifen muss.

Ich muss feststellen, dass jetzt zumindest hier im Rat - das war lange Zeit nicht so - große Einigkeit herrscht über den Dreiklang, den ich bereits in der letzten Ratssitzung als Mittel der Wahl angedeutet habe.

Erstens. Wir müssen das Thema Ordnung und Sicherheit ernst nehmen. Hier sind zunächst einmal Polizei und Ordnungsamt gefragt, und dann ist auch die KGAB einzubeziehen. Es laufen ja noch andere Prüfaufträge, wie die städtische Gesellschaft hier und an anderer Stelle dieser Stadt entsprechend eingesetzt werden kann.

Die zentrale Botschaft ist: Wer auf den Ebertplatz geht, wird feststellen, dass die Situation dort ganz anders ist als noch vor einem Jahr. Nicht

nur durch die öffentliche Aufmerksamkeit, sondern auch durch die höhere Frequenz der Streifengänge der Polizei und des Ordnungsamts hat sich die Situation sehr entspannt, und das soll auch so bleiben, nicht nur in der Interimsphase, sondern auch final. Wir müssen uns das auch bei anderen Plätzen intensiv anschauen.

Es ist zweitens wichtig, zu wissen - der Entwurf der Vorlage, über die wir heute abstimmen, wurde ja gestern schon im AVR vorgestellt -, dass dort eine auskömmliche Anzahl an Streetworkern eingesetzt werden wird und die bedürftigen, kranken Menschen, die der Sucht verfallen sind, genau die Unterstützung bekommen werden, egal welcher Altersklasse sie angehören.

Das Dritte - auch da gibt es überhaupt keinen Dissens - betrifft die Frage: Wie können wir den Platz insgesamt beleben? Hier müssen wir sowohl Kultureinrichtungen als auch Gewerbebetriebe stärker einbeziehen.

Das alles sind genau die richtigen Ansätze, um dieses Interim zu gestalten. Insoweit glaube ich auch, dass wir hier zu einem guten Ergebnis kommen werden.

Sie hatten separat vorgeschlagen, bestimmte Gewerbebetriebe auszutauschen. Dazu verweise ich noch einmal auf den Zeithorizont. Bis eine Kündigung ausgesprochen und vollzogen ist und bis ein neuer Betreiber gefunden ist, sieht die Situation auf dem Platz sowieso schon ganz anders aus.

Insoweit glaube ich, dass dieser Teil Ihres Änderungsantrags überflüssig ist. Ich werbe dafür, dass wir hier einstimmig die AVR-Variante unter Ablehnung Ihres Änderungsantrags beschließen, damit die Sachen endlich so aufgegleist werden können.

Noch einmal zur Legendenbildung: Sie haben die letzten zehn Jahre in dieser Stadt maßgeblich mitgestaltet. In dieser Zeit hat der Ebertplatz überhaupt gar keine Rolle für Sie gespielt.

(Beifall bei der CDU)

Wir räumen hier jetzt gemeinsam die Probleme weg. Das machen wir sehr aktiv, und das machen wir gerne; denn das ist im Sinne der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Das ist genau richtig. Sie brauchen nicht die Sorge haben, dass Verwaltung und Politik nicht handeln. Wir handeln.

Ich würde mich im Übrigen freuen, wenn Sie auch in die Diskussion zu einem anderen Tagesordnungspunkt inhaltlich einsteigen und zum

Wohle unserer Stadt handeln würden. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren! Ich bin ganz zufrieden, dass wir heute zu einer klaren Beschlussfassung kommen, nämlich der Empfehlung des AVR und der Bezirksvertretung 1 folgen werden. Ich muss auch deutlich sagen: Dieses Ergebnis war eigentlich schon nach der Aktuellen Stunde am 14. November absehbar. Schon damals wurde deutlich, dass das Zumauern offensichtlich nicht so viele Freunde hat.

Ich verweise auf das, was wir damals gesagt haben: Unser aktuelles kurzfristiges Ziel ist es, diesen Stadtraum nicht zu vernichten, sondern stärker als bisher zu beleben. Wer sich die Dokumentation „Kunst Basis Ebertplatz“ anschaut, findet viele gelungene Beispiele für öffentliche Aktionen und Veranstaltungen, mit denen der Ebertplatz und die unterirdische Passage bespielt werden kann, was ja in den letzten Jahren zum Teil schon Realität war. Daran knüpfen wir an.

Insofern musste ich damals, am 14.11., feststellen, dass die Sozialdemokratie noch nicht positioniert war,

(Martin Börschel [SPD]: Bezogen auf das Zumauern? Keine Legendenbildung!)

weil sie sich im Wesentlichen am Handeln der Verwaltung abgearbeitet hat, nämlich an der Kündigung und dem widersprüchlichen Verhalten der Verwaltung, gegen die zum Glück die Oberbürgermeisterin am 30. Oktober eingegriffen hat. Auch bei ihrer eigenen Veranstaltung - so haben viele Beobachter gesagt - wurde eher moderiert als sich positioniert. Insofern ist es schön, wenn die Sozialdemokratie jetzt auch an dem Punkt ist, zu sagen: Wir wollen den Raum offen halten.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist die Unwahrheit! Das ist wirklich die Unwahrheit!)

Was ist der Kern der Auseinandersetzung? Der Kern der Auseinandersetzung ist, dass wir hier in einem Spannungsfeld sind zwischen Freiheit und urbanem Leben versus öffentliche Sicherheit. Wenn wir unser Leben, wie wir es hier kennen, weiter so führen wollen, müssen wir uns ganz klar für Freiheit und Urbanität entscheiden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern ist es gut, dass dies in diversen Bürgerversammlungen, insbesondere auch des Bürgervereins Eigelstein sehr offen zur Sprache kam und dass auch die Bedenken, die teilweise von der Polizei und der Verwaltung kamen, widerlegt werden konnten. Würde man solchen Bedenken einseitig folgen, käme es zu toten Räumen, die wir nicht haben wollen.

Sehr begrüßen wir auch, dass der Verein Brunnen e. V. als Zusammenschluss der Kunsträume und das Labor sehr schnell die Initiative ergriffen haben und nicht nur über eine Pressekonferenz, sondern auch über ein entsprechendes Konzept vorgeschlagen haben, wie man mit sehr einfachen Mitteln diesen öffentlichen Raum wiederbeleben kann: Sie wollen eine Fortführung der Mietverträge. Sie wollen eine Genehmigung zur Bespielung des öffentlichen Raums, also der Passage. Sie möchten natürlich auch eine kostenfreie Nutzung, was verständlich ist. Es gibt auch eine Reihe von Vorschlägen, den Platz immer dann, wenn die Witterung gut ist, um den Brunnen herum zu bespielen.

Das heißt: Eigentlich stimmt die Richtung. Jetzt wird vonseiten der SPD danach gesucht: Wo könnten wir uns denn jetzt unterscheiden? Sie könnten dem Beschlussvorschlag, der von Ausschuss und BV vorliegt, einfach zustimmen. Aber nein, jetzt wird nach Unterschieden gesucht. - Ich kann keine entdecken. Sie haben hier drei genannt.

Ein Unterschied sei - davon war gestern noch nichts zu hören -, es gebe dort einen Gastronomiebetrieb - wahrscheinlich geht es um „African Drum“ -, der sei nicht so ganz kosher. - Es gibt keine wirklich belastbaren Hinweise, dass sich dort Kriminelle versammeln und von dort kriminelle Aktivitäten ausgehen. Das muss man einfach mal festhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auf Kosten anderer hier einen politischen Unterschied zu definieren, finde ich nicht korrekt.

Ein zweiter Unterschied sei das Zumauern. - Wieso? Wer ist denn hier jetzt noch für Zumauern? Wahrscheinlich nur noch sehr, sehr wenige.

Einen dritten Unterschied gäbe es bei den berühmten Rolltreppen und dem Brunnen. - Wo ist denn da der Unterschied? Die haushaltstragenden Fraktionen müssen sich schon die Frage stellen: Was kostet das? Wenn das für eine überschaubare Summe zu regeln ist, wird es natürlich auch gemacht. Aber wenn man seriös damit umgeht, muss man konstatieren: Das ist Bestandteil des Zwischennutzungskonzepts, mit dem wir die Verwaltung gleich beauftragen wollen. Ich vermute, dass wir da zu einer Lösung kommen, weil es kein Vermögen kosten wird, den Brunnen wieder flottzumachen.

Insofern, denke ich, ist das alles ein bisschen an den Haaren herbeigezogen. Wenn so viel Einigkeit besteht, soll man auch dazu stehen. Es wäre schön, wenn wir hier einen einstimmigen Beschluss fassen könnten, nämlich für das Wiederbeleben, für das Öffnen der Ebertplatzpassage und des Ebertplatzes. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort.

(Martin Börschel [SPD]: Ich hatte eigentlich eine Zwischenfrage!)

- Entschuldigung, Herr Börschel hat noch eine Zwischenfrage.

(Martin Börschel [SPD]: Wenn er sie zulässt!)

- Ja, das tut er.

Martin Börschel (SPD): Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich habe eine Zwischenfrage an den Vorredner. Herr Kollege Frank, da es bei Ihnen offensichtlich in Mode zu sein scheint, in Teilamnesie zu verfallen und dann die Unwahrheit hier zu verbreiten, möchte ich Sie fragen, da ich zufällig das Wortprotokoll der Ratssitzung am 14.11.2017 vor mir liegen habe, ob Sie folgendes Zitat meinerseits vergessen haben:

Am Schlimmsten aber ist der Vorschlag des Zumauerns und Verbarrikadierens der Passage ... Dies ist das Eingeständnis der Hilflosigkeit, ein Offenbarungseid des Staates.

ständnis der Hilflosigkeit, ein Offenbarungseid des Staates.

Zitatende. - Sie wollten hier eben bewusst etwas anderes insinuieren genauso wie den Hinweis, dass wir nicht schon in dieser Sitzung am 14.11. auf die Differenzierung zwischen Kunst und Kultur auf der einen Seite und anderen Nutzungen auf der anderen Seite verwiesen haben. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, warum Sie das so bewusst hier verschweigen und anders darstellen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Möchten Sie darauf antworten? - Bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Der Unterschied ist doch einfach. Man kann natürlich eine Meinung innerhalb eines Redebeitrags äußern. Entscheidend ist, ob man auch bei einer Abstimmung dafür ist. Und in der gestrigen Abstimmung hat die SPD-Fraktion der Bezirksvertretung Innenstadt bei dem entscheidenden Punkt dagegengestimmt. Dagegen! Und die Kollegen der SPD-Ratsfraktion wollten daran nicht teilnehmen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist schon wieder die Unwahrheit! - Gegenruf von Dr. Ralph Elster: Nein, das ist nicht die Unwahrheit! Genau so ist es gewesen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Stahlhofen das Wort. Bitte.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Also in diese Debatte mische ich mich jetzt nicht ein, obwohl ich gestern Abend dort anwesend war. Dazu wird ja auch ein Protokoll existieren, das das aufklärt.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Kreativität zur Verbesserung der Situation am Ebertplatz sind ja keine Grenzen gesetzt. Wenn ich die Diskussion vom gestrigen Abend noch richtig im Gedächtnis habe, sind die Damen und Herren der CDU der BV Innenstadt für ein umfangreiches Bauen.

Ich überspitze jetzt extrem: Der Gipfel wäre es gewesen, wenn Sie vorgeschlagen hätten, aufgrund der Wohnungsnot in unserer Stadt auf dem Ebertplatz ein Hochhaus zu errichten und

dieses, um der Umwelt und vor allem den Grünen zuliebe, auch noch vertikal begrünen zu lassen. - So weit ist es nicht getrieben worden; denn erfreulicherweise wurde dieser Antrag zurückgezogen.

(Zuruf von Jörg Frank
[Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Petelkau, der Ebertplatz ist keine Altlast. Er ist sehr wohl eine Bausünde, die am Wiener Platz wiederholt worden ist.

Aber gehen wir gemeinsam zurück auf den Ebertplatz von heute bzw. auf den von vor circa 40, 45 Jahren. Dazu konnte man gestern Abend einen sehr schönen historischen Beitrag des WDR mit Heinrich Pacht zur unteren Passage des Ebertplatzes sehen. Noch einmal vielen Dank an denjenigen, der das realisiert hat.

1972 begannen die oberirdischen Umbauarbeiten des Ebertplatzes. 1974 wurde die U-Bahn eingeweiht, die über ein abgesenktes Straßenniveau, Treppen, Rolltreppen und Rampen erreichbar war. Im westlichen Teil wurden im Souterrain sieben Ladenlokale geschaffen. Die Mitte des Platzes wurde 1977 durch die „Wasserkinetische Plastik“ von Wolfgang Göddertz gekrönt.

Nur zehn Jahre später entschieden Menschen in dieser Stadt, dass man Kosten einsparen und deshalb die Beleuchtung auf Notbeleuchtung umstellen müsse. Also holte man die Leuchtmittel aus ihren Fassungen, setzte Metallbleche darüber, und schon war es dunkel. Die Rolltreppen gingen auch immer wieder kaputt. Also konnte man sie einfach brachliegen lassen. Und schon war insgesamt ein Einsparungspotenzial erreicht, das aufgrund seiner Kurzsichtigkeit nicht ohne Folgen blieb. Alles Mögliche sammelte sich im Souterrain, auch das, was wir nicht wollten. Lediglich die Galerien und die Gastronomen und ein einsamer Kopierladen stemmten sich gegen die Verslumung.

Dann - 30 Jahre später - besuchten Herr Keller und unser neuer Polizeipräsident Jacob als Ortsfremde diesen Platz, der mittlerweile schwer in die Jahre gekommen war; denn auch der „Wasserkinetischen Plastik“ hatte man inzwischen gänzlich das Wasser abgedreht. Jetzt muss ich sogar Danke sagen; denn unserem Stadtdirektor ist es zu verdanken, dass man die Metallbleche von der Beleuchtung wieder entfernt hat. Man hatte damals bei der Installation gut gearbeitet; denn als man den Lichtschalter umdrehte, ward es wieder Licht. So hell war es im Souterrain

noch nie. Ich wohne aber erst seit erst zehn Jahren im Agnesviertel.

Leider ist es mit meinem Dank dann auch schon vorbei; denn hätte es das Tötungsdelikt nicht gegeben, wäre wahrscheinlich auf diesem Platz nichts geschehen. Nach der berüchtigten Silvesternacht hat man erfolgreich die Dealer in Domnähe vertrieben und damit eine Verlagerung der Szene herbeigeführt. Weiche Drogen werden seitdem zunehmend am Ebertplatz vertickt.

Nun ergeht man sich in zum Teil blindem Aktionismus. Die jetzige Vorlage der Verwaltung ist ein unrühmlicher Beweis dafür. Erfreulicherweise unterstützt die Politik in ihrer weisen Mehrheit diese Vorschläge nicht. Gestern Mittag kam ein Änderungsvorschlag der Kooperationspartner. Dieser wurde dann auch abends in der Sonder-sitzung von BV Innenstadt und AVR positiv aufgenommen.

Auch wenn die Verwaltung eine Schlappe hinnehmen muss, so hoffen wir doch, dass jene, die sich viel Mühe für das Zumauern gemacht haben, sich jetzt kreativ auf den Weg machen und endlich den Kontakt zu den Kulturschaffenden, Gewerbetreibenden und dem Kulturamt aufnehmen. Eine Konzepterarbeitung und Kostenermittlung bis März muss möglich sein. Und im Sommer könnte der Brunnen schon wieder sprudeln. Aber dann müssen Taten folgen; denn wir im Agnesviertel und Eigelstein werden schon lange genug hingehalten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Danke schön. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das Gefühl, einigen hier im Raum geht es nur um Schuldzuweisungen und nicht um Problemlösungen.

(Beifall bei der FDP)

Das finden wir schade. Heute immer noch darauf herumzureiten, dass die Verwaltung unter dem Druck der Öffentlichkeit in der ersten Woche nach dem Tötungsdelikt einen vielleicht etwas unausgegorenen Vorschlag gemacht hat, das finde ich, wie man bei uns im Münsterland sagt, schofel. Wir sind doch inzwischen schon einen Schritt weiter.

Wir alle sind in einen Prozess eingetreten - Sie haben eine Veranstaltung gemacht, die Bürger vor Ort haben eine Veranstaltung gemacht, die anderen Bürger vor Ort haben auch eine Veranstaltung gemacht, es sind Fernsehberichte gelaufen -, in dem ergebnisoffen darüber nachgedacht wurde, wie wir das offensichtliche Problem am Ebertplatz in den Griff bekommen. Es hat sich ein bunter Strauß an Maßnahmen herauskristallisiert, die kurzfristig oder mittelfristig umzusetzen sind.

Es gibt aus meiner Sicht nicht den SPD-Ebertplatz. Sich jetzt hierhinzustellen und zu behaupten, Sie seien die Einzigen, die die Wahrheit gepachtet haben, finde ich angesichts der Situation dort nicht angemessen. Das darf hier auch einmal erwähnt werden.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich erinnere mich als Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt, dass wir schon im Jahr 2005 eine Instandsetzung der Rolltreppen verlangt haben. Wir haben auch im Jahr 2007 eine Instandsetzung der Rolltreppen verlangt. Es war Ihre Verwaltung unter einem Oberbürgermeister Roters, die das nicht umgesetzt hat. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Und Sie stellen sich hierhin und tun so, als sei die aktuelle Verwaltung untätig. Da stelle ich mich schützend vor sie.

(Beifall bei der FDP)

Es ist gerade dieser gesellschaftliche Prozess, der sogenannte Runde Tisch, an dem man auch mal laut und ergebnisoffen denken darf, ohne aus fadenscheinigen Gründen sofort Prügel zu beziehen. Dieser Prozess ist nötig, und er ist erfolgversprechend; denn diese Maßnahmen werden umgesetzt.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Dieser bunte Strauß an Maßnahmen - mehr Gastronomie, mehr Kultur, stärkere AWB-Putztruppen, möglicher Einsatz von Mitarbeitern der stadt-eigenen Tochtergesellschaften, Streetworker, Polizei, Ordnungsamt - ist hier nötig. Wenn am Ende dabei herauskommt, dass man die eine oder andere Blume herausnehmen und durch eine andere ersetzen sollte, dann können wir das ja tun. Gleichwohl denke ich, das ist der

richtige Weg, mit einer möglichst breiten Mehrheit hier heute zu entscheiden.

Eines sei Ihnen noch gesagt, Herr Börschel: Es waren gestern in diesem Raum Ihre Fraktionskollegen, die sich nicht an der Entscheidung über die Zukunft des Ebertplatzes beteiligt haben. Das muss und darf hier auch gesagt werden. Ihre Leute haben sich geweigert.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Martin Börschel [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

- Nein. Das können Sie gerne im Protokoll nachlesen. Ich lasse mir von Ihnen nicht vorhalten, dass ich die Unwahrheit sage. Schauen Sie im Protokoll nach! Ihre Leute hatten keine Lust, an der Abstimmung teilzunehmen.

(Beifall bei der FDP - Martin Börschel [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

- Das ist keine Unverschämtheit, das ist die protokollarische Wahrheit, Herr Börschel. Ihre Aufgeregtheit zeigt mir, dass Sie Ihren Laden nicht im Griff haben.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist eine grenzenlose Unverschämtheit!)

Als Mitglied einer liberalen Fraktion ist es mir sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass in dieser Vorlage das Wort „Videoüberwachung“ nicht vorkommt. Umso mehr bitte ich Sie um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gab noch Wortmeldungen von Herrn Zimmermann und Herrn Bürgermeister Hupke. Ich sehe aber jetzt noch Wortmeldungen aus den Fraktionen.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Joisten, die ich gerne zulassen würde. Ich weiß zwar nicht, an wen. Aber das kann er uns ja gleich mitteilen.

Christian Joisten (SPD): An den Vorredner. Ich melde mich ja schon seit ein paar Minuten. - Werter Kollege Görzel - -

(Zurufe von der FDP)

Ich darf doch eine Frage an den Redner stellen. Das ist nach unserer Geschäftsordnung so vorgesehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte, das sei Ihnen gestattet.

Christian Joisten (SPD): Herr Kollege Görzel, können und wollen Sie bestätigen, dass gestern in der abendlichen AVR-Sitzung ganz klar gesagt wurde, dass das Verfahren, nämlich die Einladung und vor allem die Kurzfristigkeit des Änderungsantrags, dazu geführt hat, dass die SPD-Fraktion in erster Linie um Schiebung ohne Votum in die heutige Ratssitzung gebeten hatte, wie es normalerweise den Gepflogenheiten entspricht und auch Brauch in diesem Hause ist, dass aber die Mehrheit des Ausschusses dagegengestimmt hat - das ist schon ein sehr bemerkenswerter Vorgang, wie ich finde, der mit Sicherheit auch noch auf die Kultur des Hauses Einfluss haben wird - und dass aufgrund dieser Tatsache die SPD-Fraktion an der Abstimmung nicht teilgenommen hat? Ist das so kommuniziert worden, ja oder nein?

Volker Görzel (FDP): Herr Joisten, ich bedanke mich für die Klarstellung und die Richtigstellung, dass Ihre Fraktion sich gestern nicht an der Abstimmung beteiligt hat.

(Beifall bei der FDP)

Damit setzen Sie sich in eklatanten Widerspruch zu Ihrem Fraktionsvorsitzenden, der eben unter Absonderung übelster Beschimpfungen mich der Lüge bezichtigt hat.

Zu den Motiven, die Sie für eine Nichtbeteiligung bzw. Nichtteilnahme an der Abstimmung genannt haben: Ja, Sie haben vollkommen recht: Sie haben dort vorgetragen, Sie hätten noch Beratungsbedarf und würden sich wünschen, dass die Abstimmung verschoben wird.

Gleichwohl gehört es zu den demokratischen Gepflogenheiten, einen Antrag zu stellen in dem Wissen, dass man die Abstimmung verliert. Sie müssen sich hier die Frage gefallen lassen, warum Sie hier eine Schutzbehauptung aufstellen. Sie haben nicht abgestimmt. Ihnen war es gestern schlicht und ergreifend egal, darüber abzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und am Livestream! Herr Görzel, ich freue mich auch über eine Debattenkultur fast wie im englischen Unterhaus. Das ist gar nicht so schlecht. Ich bin froh, dass ich jetzt auch noch kurz zu Wort komme.

(Zuruf von der CDU: Das geht alles von deiner Zeit ab!)

- Ja, das geht alles von meiner Zeit ab. Aber es ist ja auch schon fast alles gesagt worden. Deswegen reichen mir die 4:30 Minuten.

Herr Görzel, wir sind gemeinsam Antragsteller. Uns unterscheidet inhaltlich nicht viel. Sie sagten, man solle jetzt nicht weiter nachkarten, es sei doch in den letzten vier Wochen schon viel passiert. Ich möchte dennoch kurz darauf eingehen, und zwar unter dem Stichwort „Fehlerkultur“.

Es ist sehr ehrenwert, wenn sich eine Chefin, in dem Fall Sie, Frau Oberbürgermeisterin, vor ihre Kollegen stellt. Aber ich finde, Sie sollten auch einmal über die Fehlerkultur in der Verwaltung nachdenken. Natürlich darf man auch da mal einen Fehler machen. Selbstverständlich soll man sich auch da trauen, mal etwas zu sagen. Aber wenn man, obwohl man gemerkt hat, spätestens am 14.11. bei der Aktuellen Stunde, dass das nicht funktioniert und die Stadtgesellschaft das ablehnt, uns dennoch heute eine Verwaltungsvorlage vorlegt, die „Zumauern“ vorschlägt, finde ich das -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das werde ich gleich erklären.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): - ja, das können Sie gleich erklären - doch ein bisschen bedauerlich.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich finde es schön, dass wir jetzt eine Alternative haben, sodass wir wählen können. Aber es war ja eigentlich schon relativ klar, was wir wählen werden. Ich finde, zu einer Fehlerkultur gehört eben auch, dass man Dinge, die schief laufen, auch wieder zurückzieht und sagt: Wir haben uns da vertan. Wir schlagen ein besseres Projekt vor.

Zur Zwischennutzung. Letztendlich beschließen wir heute - das muss man ganz nüchtern so festhalten -, dass der Status quo erst einmal so bleibt. Die Rolltreppen werden nicht morgen repariert. Der Brunnen wird nicht morgen instandgesetzt sein. Die Nutzer der Passagen werden weiter ganz normal ihrem Alltagsgeschäft nachgehen können. Ob unsere Beschlüsse von heute umgesetzt werden können, wird die Zukunft zeigen.

Ein besonderes Augenmerk möchte ich auf den Brunnen lenken. Es ist ja nicht so, dass dort nichts geschieht. Der Sohn des Künstlers Wolfgang Göddertz, der den Brunnen entworfen hatte, Grischa Göddertz ist schon seit einigen Tagen und Wochen dabei, zu eruiieren, wie man diesen Brunnen wieder instandsetzen kann. Die Verwaltung unterstützt ihn erfreulicherweise schon heute dabei, herauszufinden, wie man den Brunnen unkompliziert wieder in Betrieb nehmen kann. Was den Brunnen angeht, bitte ich schnellstmöglich eine Lösung zu finden, da ich mir gut vorstellen kann, dass der Brunnen auf einem dann umgebauten Ebertplatz nach Jahrzehnten der Pause seine Funktion wieder erfüllen wird.

Zur Zukunft des Platzes. Auch wenn wir hier heute darüber nicht sprechen, sondern nur über die Zwischennutzung, da wir den Wettbewerb in den Stadtentwicklungsausschuss geschoben haben, will ich zur Zukunft des Platzes noch ein paar Worte sagen. Für mich ist nach den Debatten der letzten Wochen relativ klar, dass die Kultur auch in Zukunft auf dem Platz bleiben muss. Hier gibt es bereits spannende Entwürfe, die einige Architekturbüros unentgeltlich vorgelegt haben. Sie werden sich auch bei dem späteren Wettbewerb beteiligen können.

Zu den guten Ideen gehört meiner Ansicht nach auch die Idee des Vereins DOMiD, ein Migrationsmuseum auf dem Ebertplatz zu errichten. Der Verein ist ja mit verschiedenen Ideen ins Rennen gegangen: Eine Idee war, das Museum auf einer neuen Rheinbrücke zu errichten, eine andere Idee war - das ging vor ein paar Monaten etwas unter -, dieses Museum am Ebertplatz zu installieren.

Unseren Antrag zur Kündigung von Labor haben wir zurückgezogen, da er sich praktisch erledigt hat. Der Antrag bestand ja aus zwei Teilen. Zum einen sollte die Kündigung zurückgezogen werden. Das wird nun so geschehen; das freut uns. Zum anderen hieß es dort, dass wir das Hickhack, das durch die Kündigung von Labor ausgelöst wurde, bedauern. Dieses Bedauern möchte zumindest unsere Ratsgruppe GUT hier noch

einmal deutlich zum Ausdruck bringen. Wir hoffen, dass es in Zukunft besser läuft. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe
Köln und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hegenbarth das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich kann es vom Platz aus machen. - Zum zurückgezogenen Antrag hat Thor gerade schon genug gesagt. Darauf brauche ich nicht noch einmal einzugehen. Es war ja ein gemeinsamer Antrag von LINKEN, GUT und BUNT.

Ein bisschen etwas möchte ich aber doch noch sagen, ohne hier zu sehr in die Wiederholung zu gehen. Es war nämlich schon eine lehrreiche Diskussion um den Ebertplatz - lehrreich zum Beispiel insoweit, als dass Aktionismus ganz offensichtlich kein guter Ratgeber ist. Denn wenn gegen Zumauern und die Kündigung gesprochen wird, hat das auch einen Grund. Es hat in der Tat einen guten Grund, dass wir das an dieser Stelle so machen.

Lehrreich war die Diskussion aber auch deswegen, weil die Situation am Ebertplatz - und diese Debatte haben wir hier gar nicht geführt - das Resultat von Verdrängung um den Dom und den Bahnhofsvorplatz herum sowie einer progressiven Drogenpolitik ist. Daran ändert sich nichts. Genau an dieser Stelle vermisste ich immer noch nachhaltige Lösungen.

Nach wie vor ist der Ebertplatz Treffpunkt von Cannabis-Kleindealern, nicht mehr und nicht weniger. Ich meine das nicht verharmlosend. In der Presse und in der Öffentlichkeit wird aber oft genug von ganz anderen Horrorszenarien am Ebertplatz gesprochen. Hier müssen wir differenzieren.

Wenn wir ausschließlich auf Polizeiarbeit verweisen, entziehen wir uns der kommunalen Verantwortung, die Düsseldorf und Münster mit diversen Projekten wahrgenommen haben bzw. wahrnehmen wollen, auch wenn ihnen da genug Steine in den Weg gelegt werden. Wir müssen an dieser Stelle auch eine Verantwortung haben, um hier nachhaltig mit der Drogenproblematik - nicht nur am Ebertplatz - umzugehen. Dort passiert einfach zu wenig. Diese ganze Diskussion

überlagert das eigentliche Problem. Das ist sehr schade. - Danke.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Hegenbarth. - Jetzt hat Herr Bezirksbürgermeister Hupke das Wort.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab sage ich - wie immer, ohne Süßholz zu raspeln - erst einmal vielen Dank an die Oberbürgermeisterin, die diese Beschlussvorlage eingebracht hat, sodass das Ganze auch in diesem Rat noch vor Weihnachten über die Bühne gehen kann, weil dadurch aus unserer und meiner Sicht jetzt einmal Ruhe einkehrt und auch eine Linie da ist.

Ein bisschen fühle ich mich doch an die alten Zeiten erinnert. Diejenigen, die die 68er-Jahre miterlebt haben, kennen die damals übliche Dialektik - These und Antithese - noch. Erst hieß es, man mache am Ebertplatz gar nichts mehr. Dann wurde Zumauern vorgeschlagen.

Jetzt haben wir die Synthese. Das ist der Antrag, der nun von den Fraktionen eingebracht worden ist. Da bitte ich ganz klar um Zustimmung, weil die BV ihn gestern auch mit großer Mehrheit so beschlossen hat.

Ich bitte auch darum, darüber nachzudenken, ob man sich dort wirklich einzelne Gaststätten vornehmen sollte und damit dafür sorgen sollte - ich muss jetzt vorsichtig mit der Wortwahl sein -, dass sie immer in ein schräges Licht geraten. Davor warne ich ausdrücklich.

Hier geht es, wie Jörg Frank eben gesagt hat, um die Gaststätte African Drum. Wir haben in der Innenstadt und in Deutz ja den Kriminalpräventiven Rat, der, je nachdem, zweimal oder dreimal im Jahr tagt. Dort ist sie auch ständig Thema gewesen.

Aber erstens habe ich niemals eine E-Mail mit Beschwerden bezüglich dieser Gaststätte bekommen, und zweitens hat das Ordnungsamt immer gesagt, dass es keinen Anlass gibt, diese Gaststätte zu schließen; dazu habe man gar keine rechtliche Handhabe. Ich füge hinzu: Würde man diese Kriterien an alle Gaststätten anlegen, müsste man am Ring, wenn sämtliche Immo-

lien dort der Stadt gehören würden, fast alle Gaststätten zumachen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da geht also nicht mehr ab als anderswo. Ich bin auch sehr oft da - bei Konzerten, bei Vernissagen.

Was bisher gefehlt hat, ist jetzt auch in dem Antrag enthalten. In der Tat ist es notwendig, dass dort Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eingesetzt werden und dass die Kommunikation verbessert wird. Das ist die eine Seite. An diesem Strang ziehen wir alle gemeinsam.

Davon trennen muss man die andere Seite mit dieser Gaststätte. Sie ist nun einmal da und hat auch Zulauf. Von der Nachbarschaft wird im Übrigen auch hingeschaut. Die Künstlerinnen und Künstler haben aber nie gesagt, dass sie zugemacht werden soll. Ich bitte also darum, in diesem Sinne darüber nachzudenken.

Abschließend wiederhole ich noch einmal: Stimmen Sie bitte dem Antrag zu. Dann haben wir Frieden - schließlich gehen wir auf Weihnachten zu - und machen etwas für den Ebertplatz. - Vielen Dank dafür, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann gestatten Sie mir noch folgende Bemerkung: Als Verwaltung agieren wir selbstverständlich nicht losgelöst von den Diskussionen in den vergangenen Wochen, die in Politik und Stadtgesellschaft stattgefunden haben. Daher haben wir natürlich auch unsere Rückschlüsse für die Beschlussvorlage gezogen, die Ihnen heute vorliegt, aber gestern schon durch einen Änderungsantrag modifiziert wurde.

Den Kritikern dieser Vorlage möchte ich gar nicht unterstellen, dass sie die Vorlage nicht gelesen hätten. Offensichtlich haben sie aber nicht zur Kenntnis genommen, dass unser erster Beschlussvorschlag und die Begründung unter Abs. 3 die Grundlage für diesen Änderungsantrag gelegt haben.

Es ist als Verwaltung unsere Aufgabe und unsere Pflicht - Herr Zimmermann, das kann kein Fehler sein -, auch die Maßnahmen aufzuzeigen, die die Polizei und die Sicherheitsbehörden für sinn-

voll erachten. Ich möchte nicht wissen, was passieren würde, wenn wir Ihnen das nicht transparent machen und Sie über etwas abstimmen ließen, was diese Möglichkeiten gar nicht aufzeigt.

Meine Damen und Herren, ich lasse zunächst über den SPD-Antrag, der unter TOP 3.1.6 vorliegt, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen der LINKEN und der Ratsgruppe BUNT ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage unter TOP 10.52 in der Fassung von AVR und BV 1 von gestern, Anlage 3. - Herr Börschel.

(Martin Börschel [SPD]: Wir würden gerne über Ziffer 3 und Ziffer 4 getrennt abstimmen!)

- Gut. - Dann lasse ich zunächst über Punkt 1 und Punkt 2 in der Fassung von AVR und BV 1 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die Ratsgruppen BUNT und GUT, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und pro Köln. Enthaltungen? - Der AfD. Damit ist das so beschlossen.

Nun lasse ich über Punkt 3 in der Fassung von AVR und BV 1 abstimmen. Wer wünscht, dem zustimmen? - Die SPD-Fraktion, die Grünen, die Ratsgruppen BUNT und GUT, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann und pro Köln.

(Martin Börschel [SPD]: Und Sie selbst?)

- Ich selbst auch. - Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Damit ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich über die Ziffer 4 in der Fassung von AVR und BV 1 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die Ratsgruppen BUNT und GUT, die CDU-Fraktion, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann, pro Köln und ich auch. Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Jetzt lasse ich noch eine Gesamtabstimmung vornehmen; denn das ist wichtig genug. Wer der Vorlage in dieser Form zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Die SPD, die Grünen, die CDU, die Ratsgruppen BUNT und GUT, die LINKEN, die FDP, Herr Wortmann

und pro Köln. Enthaltungen? - Der AfD. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommen wir zu:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

4.1 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend „Straßen und Plätze in Köln, die Namen von historisch belasteten Personen oder Ereignissen tragen“ AN/1610/2017

**Antwort der Verwaltung vom 07.12.2017
3550/2017**

Gibt es Nachfragen? - Keine Nachfragen.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Kosten für die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in Köln“ AN/1615/2017

**Antwort der Verwaltung vom 07.12.2017
3718/2017**

Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Mögliche Unterstützung antifaschistischer Gruppierungen durch Zuwendungen der Stadt Köln“ AN/1616/2017

**Antwort der Verwaltung vom 13.12.2017
3780/2017**

Gibt es Nachfragen? - Keine.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend „Kosten und Probleme einer Ausgründung der städtischen Wirtschaftsförderung“ AN/1888/2017

**Antwort der Verwaltung vom 19.12.2017
3945/2017**

Gibt es Nachfragen? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren, es geht hier um die Wirtschaftsförderung, die wir gleich noch diskutieren wollen. Ich habe ja das Recht, zwei Nachfragen zu stellen. Das möchte ich jetzt tun.

Erstens. Die Verwaltung tut so, als ob sie die Vorschläge des KPMG-Gutachtens umsetzen würde. Dem ist aber nicht so. Ich möchte einen Satz aus dem KPMG-Gutachten zitieren und dann die Frage stellen. In dem Gutachten steht:

Insgesamt sind die Kosten einer organisatorischen Änderung der Wirtschaftsförderung frühzeitig in der Phase der Entscheidungsfindung

- also jetzt -

zu untersuchen.

Meine Frage dazu lautet: Warum beantwortet die Verwaltung nicht unsere Fragen zu den Kosten, und aus welchem Grund hält sich die Verwaltung nicht an diese Aussagen des Gutachtens?

Zweitens. Gab es vonseiten der Verwaltung Versuche, auf den Inhalt des KPMG-Gutachtens Einfluss zu nehmen, wie es in der Zeitung berichtet wurde? Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den langen Zeitabschnitt von August bis November dieses Jahres bezüglich der Veröffentlichung für die Ratsmitglieder hinweisen. - Das sind unsere beiden Fragen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke. - Herr Dr. Keller, würden Sie bitte dazu Stellung nehmen?

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Detjen, zu den Kosten haben wir Ihnen in der Beantwortung der Anfrage etwas gesagt - wobei ich jetzt gar nicht mehr sicher bin, ob wir das im Rahmen des von der SPD gestellten Fragenkatalogs oder im Rahmen Ihrer Anfrage abgearbeitet haben. Die Gründungskosten sind ja relativ schnell überschaubar. Alles Weitere muss sich aus dem Gründungsprozess ergeben, der jetzt auch ansteht, wenn der Rat denn so beschließt, wie wir das als Verwaltung vorge schlagen haben.

Zu der zweiten Frage: Wenn Sie darauf - -

Jörg Detjen (DIE LINKE): Nein, Entschuldigung. Die Frage war ja, wie Sie zu folgender Aussage in dem Gutachten stehen - ich zitiere nochmals aus dem KPMG-Gutachten, also nicht aus meinem Gutachten, sondern aus Ihrem Gutachten -:

Insgesamt sind die Kosten einer organisatorischen Änderung der Wirtschaftsförderung frühzeitig in der Phase der Entscheidungsfindung zu untersuchen.

Danach sind sie also in der jetzigen Phase zu untersuchen.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Das werden wir tun, wenn der Rat entsprechend entschieden hat.

Wir haben auch nie behauptet, dass wir das Gutachten eins zu eins umsetzen. Das Gutachten ist eine argumentative Basis, auf dessen Grundlage wir eine Verwaltungsvorlage vorbereitet haben.

Den hiermit verbundenen finanziellen Aufwand halten wir für so vertretbar, dass wir diese Entscheidung jetzt treffen können.

Was das im Einzelnen bedeutet, wird sich, wie gesagt, in der konkreten Ausgestaltung zeigen. Es gibt ja noch eine Fülle von Fragen, die erst dann beantwortet werden können, wenn wir uns auf den Weg machen, eine solche Gesellschaft zu gründen.

Herr Detjen, Sie haben auch den Zeitraum zwischen der Vorlage des ersten Entwurfs und der Abgabe des endgültigen Gutachtens angesprochen. Auch Herr Joisten hat heute Mittag bei der Tagesordnungsdebatte schon darauf rekurriert. Diejenigen, die in die Akte geschaut haben, werden sich sicherlich auch die Entwürfe, die uns von KPMG vorgelegt worden sind, sehr genau angesehen haben. Zwischen der Abgabe des ersten Entwurfs und dem endgültigen Produkt gab es noch eine Menge zu tun.

Das war aber handwerklicher Natur. Mir ist an dieser Stelle wichtig, zu betonen, dass der Vorschlag, den KPMG inhaltlich gemacht hat, von Anfang an so gewesen ist, wie er sich im Gutachten auch am Ende darstellt. Natürlich müssen wir als Verwaltung aber darauf achten - das können Sie von uns auch erwarten; denn wir geben das Geld aus, das Sie mit dem Haushalt bereitgestellt haben -, dass auch die handwerkliche Qualität eines solchen Gutachtens in Ordnung ist. In dem Rahmen, in dem man das in einem

Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnis machen kann, darauf haben wir geachtet. In dieser Hinsicht hat es dann auch entsprechende Hin- und Herspielereien gegeben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Beteiligung von Flüchtlingen an Reinigungsarbeiten in Sammelunterkünften“ AN/1891/2017

Die Anfrage wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

Tagesordnungspunkt

4.6 Anfrage der Gruppe BUNT betreffend „Sicherheitsmaßnahmen zu Silvester und Karneval: Wird Köln zur Festung?“ AN/1894/2017

Dazu bitte ich Frau Blome um eine kurze Stellungnahme.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Antwort zu Frage 1 lautet: Es fanden diverse Gespräche mit allen Beteiligten - Feuerwehr, Ordnungsamt und Polizei - statt. Dementsprechend wurde jeder Standort optimiert.

Die Antwort zu Frage 2 lautet: Aufgrund der akuten Sicherheitslage hat sich die Stadt Köln in den sensibelsten Bereichen für eine Interimslösung entschieden. Hierbei kommen wiederverwendbare Schutzvorrichtungen zur Anwendung, die zwar nicht zertifiziert sind, jedoch nochmals von einem Statiker überprüft wurden. Die Schutzwirkung wird unter anderem auch durch eine Verbindung der einzelnen Elemente erreicht. Bei der endgültigen Lösung - höhenver-senkbare Poller - werden ausschließlich zertifizierte Schutzvorrichtungen eingebaut, deren Wirksamkeit per Anfahrversuch nachgewiesen ist.

Die Antwort zu Frage 3 lautet: Bezüglich der Kosten muss man zwischen Übergangslösung - das sind die Poller für 250 000 Euro, die sich derzeit im Einbau befinden - und endgültiger Lösung - circa 600 000 Euro plus Wartung und personelle Überwachung - unterscheiden. Die

Übergangslösung kann jedoch für andere Schutzbereiche wiederverwendet werden.

Die Antwort zu Frage 4 lautet: Die Einschätzung der Sicherheitslage - Stichwort: Gefährdungsbereiche - erfolgt ausschließlich durch die Polizei. Das Amt für Straßen und Verkehrstechnik agiert hier ausschließlich im Rahmen der Amtshilfe.

Die Antwort zu Frage 5 lautet: Basierend auf den Erfahrungen der Polizei werden zunehmend Bereiche mit mehr Beleuchtung und weniger Versteckmöglichkeiten ausgestattet. Personelle Überwachungen sind flächendeckend nicht möglich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir werden das im Nachgang auch noch einmal schriftlich beantworten. - Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Frau Oberbürgermeisterin, in der Tat kam diese Anfrage betreffend „Sicherheitsmaßnahmen zu Silvester und Karneval: Wird Köln zur Festung?“ von der Ratsgruppe BUNT. Danke, dass Sie die Beantwortung schon einmal mündlich vorgetragen haben. Schriftlich bekommen wir sie ja in jedem Fall. Ich wüsste nur gerne, wieso die Anfrage jetzt mündlich beantwortet wurde. Haben Sie sie gerade erst beantworten lassen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war zu kurzfristig.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Das ist halt ungewöhnlich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber wir haben dann gesagt: Sie sollen trotzdem schon einmal eine Idee davon bekommen, was wir schriftlich antworten.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Das ist ja gut.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Manchmal kann das doch wichtig sein. Zumindest unter der Überschrift, die Sie gewählt haben, lässt sich das im nächsten Jahr ja nicht mehr nachholen.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT):
Deswegen bin ich auch dankbar dafür, dass Sie das noch möglich gemacht haben. Ich war nur neugierig. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut.

Tagesordnungspunkt

4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Zusätzliche Einstellung eines Fachmannes für Öffentlichkeitsarbeit“ AN/1890/2017

Antwort der Verwaltung vom 19.12.2017 3971/2017

Gibt es Nachfragen? - Keine.

Dann rufe ich auf:

6 Ortsrecht

Hier beginnen wir mit:

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

6.1.1 1. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung 2018 3375/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Von pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.2 14. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 3398/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.3 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln 3377/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von den LINKEN und pro Köln. Enthaltungen? - Die FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion enthalten sich. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.1.4 5. Änderung der Straßenreinigungssatzung 3425/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von SPD, LINKEN und pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zu:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Tagesordnungspunkt

6.3.1 Bericht über die Auswirkungen der 1. Änderung der Kölner Stadtordnung (Erfahrungsbericht-KSO) und 2. Änderung der Kölner Stadtordnung 2649/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von den LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Abs. 1 und § 84 Abs. 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

Tagesordnungspunkt

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2017 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2016 und 2017 3083/2017

Das ist eine Kenntnisnahme.

Dann kommen wir zu:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Tagesordnungspunkt

8.1 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0208 - Personenstandswesen: Haushaltsjahr 2017 3055/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Keine. Gegenstimmen? - Von pro

Köln. Enthaltungen? - Der AfD. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**8.2 Genehmigung überplanmäßiger Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen für die Unterbringung von Flüchtlingen im Doppelhaushalt 2016/2017, Haushaltsjahr 2017
3441/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von pro Köln und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Meine Damen und Herren, wie wir in der Tagesordnungsdebatte beschlossen haben, beginnen wir bei den Allgemeinen Vorlagen unter TOP 10 mit:

**10.43 Gründung einer Wirtschaftsförderung-GmbH
3847/2017**

Als Erstem gebe ich Herrn Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einige Fakten:

- Köln hat mit einem Gewerbesteueraufkommen von rund 1,3 Milliarden Euro einen Allzeitrekord aufgestellt.
- Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen hat Köln mit weit über einer halben Millionen Beschäftigten - es sind genau 553 000 - ebenfalls einen historischen Höchststand erreicht.
- Mit den Unternehmensansiedlungen von Zurich-Versicherung, Kienbaum, Transgourmet, REWE und Digital sowie dem Erhalt von Unternehmen in Köln wie EASA, Strabag, Germanwings, Peugeot und Citroën konnten in den vergangenen Jahren fast 8 000 Arbeitsplätze für Köln geschaffen bzw. gesichert werden.
- Auch bei den kleinen und mittelständischen Betrieben ist Köln gerade Spitze. Neben den über 1 000 neu entstandenen Arbeitsplätzen in diesem Segment auf dem ehemaligen CFK-Gelände in Kalk hat die Wirtschaftsförderung

alleine im Jahr 2017 40 Verkaufsvorlagen für Gewerbegrundstücke erwirkt. Das ist ebenfalls ein Rekordwert.

Auch das im ersten Schritt von Boston Consulting erstellte Gutachten zur Wirtschaftsförderung kommt eindeutig zu dem Schluss, dass die Kölner Wirtschaftsförderung sich im nationalen Vergleich nicht verstecken muss und sehr gute Ergebnisse erzielt.

Über welches wirkliche Problem sprechen wir vor diesem Hintergrund also heute eigentlich? Wo ist hier der dringende Handlungsbedarf zu erkennen, der das aktuelle Vorgehen der Oberbürgermeisterin rechtfertigen würde, diese Vorlage ohne jegliche fachliche Begleitung der entsprechenden Ausschüsse durch diesen Rat zu peitschen? Und dies, obwohl das KPMG-Gutachten - wir haben es eben schon diskutiert - bereits seit einigen Monaten in der Verwaltung bearbeitet und entwickelt wurde, bis alles so gefällig war, wie wir es jetzt vorfinden und heute beschließen sollen!

Nachdem Sie sich dafür dermaßen viel Zeit genommen haben, liebe Verwaltung, soll die ehrenamtlich arbeitende Politik jetzt eine so weitreichende Entscheidung ohne Not innerhalb von nicht einmal 14 Tagen treffen. Das kann doch nur als respektlos gegenüber allen Beteiligten gewertet werden -

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

allen voran aber auch gegenüber der Wirtschaft.

Wenn Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, einmal die Wirtschaftsakteure fragen würden - da wird sogar in den Interviews, die Sie in dem Gutachten nachlesen können, eine klare Sprache gesprochen -, würde zum einen sehr schnell deutlich, dass diese in der Masse mit den Leistungen der derzeitigen Wirtschaftsförderung sehr zufrieden sind.

Zum anderen würde deutlich, dass die Probleme, die genannt werden, nicht auf der Organisationsform beruhen oder auf sie zurückzuführen sind, sondern vielmehr in fehlender Finanzausstattung und einem nicht an klaren Prioritäten ausgerichteten Flächenmanagement begründet sind. Das sind die Probleme - und nicht die Organisationsform, die wir heute hier diskutieren.

Dennoch sollen ohne erkennbare Not - ich habe es gerade dargestellt - augenscheinlich höchst erfolgreich arbeitende Strukturen zerschlagen werden und dabei über 750 Jahre Erfahrung in der Wirtschaftsförderung - Standortkenntnis,

Wissen zu Örtlichkeiten und Unternehmen, Kontakte innerhalb der Verwaltung usw. - einfach über Bord geworfen werden. 750 Jahre Erfahrung sind in der Belegschaft der Wirtschaftsförderung wiederzufinden.

Diese wird durch völlig unausgelegene neue Strukturen ersetzt, die anscheinend allem voran nur einem Ziel dienen sollen - nämlich gut bezahlte Geschäftsführerpositionen zu schaffen, für wen auch immer, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was in aller Welt soll der Kölner Stadtrat denn heute eigentlich beschließen? Einen Auftrag an die Verwaltung, jetzt ein echtes Konzept - in der Sprache der Privatisierungsfans würde man es eher als Business Case bezeichnen - zu erstellen und der Politik dann endlich einmal vorzulegen?

Denn das, was Sie, Frau Oberbürgermeisterin und Herr Dr. Keller, uns hier vorlegen, kann ich bestenfalls als Ideensammlung bezeichnen, aber sicherlich nicht als ein schlüssiges Konzept, auf dessen Grundlage wir hier so weitreichende Beschlüsse treffen könnten.

Oder sollen wir tatsächlich auf der Basis dieser Ideensammlung eine endgültige Entscheidung über ein Abenteuer völlig ungewissen Ausgangs treffen?

Die uns vorliegende Beschlussvorlage ist genau wie das zugrunde liegende Gutachten

handwerklich schludrig, parteipolitisch einäugig, in der Konzeption mit ausschließlich negativen Effekten ausgestattet und weit entfernt von den Zielen, die der Rat vor genau einem Jahr selbst formuliert hat.

So hat es die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di formuliert. Dem kann man nichts hinzufügen.

Denn wie kann man in einer solchen Beschlussvorlage, die doch gerade Veränderungsbedarfe thematisieren und Verbesserungen generieren soll, jede klare Zielformulierung vermeiden?

Und wie kann man unter halbwegs seriösen Gesichtspunkten tatsächlich behaupten, eine solche Umwandlung eines städtischen Amtes in eine privatrechtliche GmbH, die ausweislich des Gutachtens gerade mit besonderen Leistungsanreizen verbunden sein soll, nämlich in den Gehältern, und in die mutmaßlich der überwiegende

Teil der Bestandsmitarbeiter überhaupt nicht folgen wird, verursache keine Mehrkosten? In der Vorlage steht ja: „Haushaltmäßige Auswirkungen: Nein“. Das ist doch Sand-in-die-Augen-Streuen.

Ich bin dem früheren, bis heute in der Kölner Wirtschaft höchst respektierten Wirtschaftsdezernenten Norbert Walter-Borjans sehr dankbar dafür, dass er in seinem öffentlichen Statement noch einmal herausgearbeitet hat, was es tatsächlich bedeutet, in einer Stadt wie Köln Wirtschaft fördern zu wollen. Er sagt - ich zitiere -:

Viel entscheidender [als die Organisationsform von Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung und Unternehmensservice] sind für den Erfolg die handelnden Personen, vor allem deren Vernetzung in Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Außerdem muss ein Repräsentant der Kölner Wirtschaftsförderung das Lebensgefühl in der Stadt mit wirtschaftlicher Erfolgsorientierung verbinden.

Dass diese Stelle im Moment vakant ist, ist nicht unsere Schuld. Wir könnten einen Wirtschaftsdezernenten haben, der dieses Profil erfüllt. Dann könnten wir auch noch erfolgreicher in dem Amt für Wirtschaftsförderung und gemeinsam mit diesem Amt agieren.

Lassen Sie uns also heute diesen Weg der unkalkulierbaren Kosten, der völlig offenen Erfolgsaussichten und der Zerstörung erfolgreicher Strukturen verlassen und aktiv daran arbeiten, dass das Wirtschaftsdezernat wieder mit einem wirklich guten Kopf besetzt wird und dass das Amt für Wirtschaftsförderung mit einem deutlich erhöhten Etat ausgestattet wird. Lassen Sie uns auch gerne an weiteren Optimierungen zur Intensivierung der Beziehungen zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft arbeiten.

Aber lassen Sie uns nicht 750 Jahre Wirtschaftsförderungs-Know-how in die Tonne kloppen und ein völlig unkalkulierbares Abenteuer zulasten der Kölner Wirtschaft starten. Das kann sich Köln gerade angesichts des zunehmenden Wettbewerbs der Metropolen einfach nicht leisten. Gehen Sie alle einmal in sich, und denken Sie darüber noch einmal nach - gerne auch bis zur nächsten Ratssitzung. Diese Zeit sollten wir uns nehmen. Das sind wir unserer erfolgreichen Wirtschaft in Köln eindeutig schuldig. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Wirtschaftsförderung hat in den letzten Jahren keinen schlechten Job gemacht. Das hat auch nie jemand bestritten, weder hier im Rat noch an anderer Stelle.

Eines dürfen wir aber nicht vergessen: In Zeiten, in denen die Wirtschaft sich nicht nur in Deutschland, sondern europäisch dynamisch entwickelt, bedeutet Stillstand Rückschritt.

Genau das wollen wir nicht. Wir haben die beste Perspektive in der Bevölkerungsentwicklung. Wenn wir in den nächsten 15 bis 20 Jahren einen Zuwachs von 100 000 bis 200 000 Menschen haben, müssen wir hier auch noch einmal eine Schippe drauflegen, um die Wirtschaftsförderung vom Status des Guten zum Status des Exzellenten zu führen.

Das ist das, was wir wollen. Mit der Initiative im letzten Jahr haben wir es auch auf den Weg gebracht. Die Verwaltung hat es jetzt durch das Gutachten untersuchen lassen.

Nun geht es darum, meine Damen und Herren, das Ganze nicht noch in bedenkenhafter Form über Jahre hinweg so lange zu diskutieren, bis die Probleme dann virulent sind, sondern zu handeln und hier auch Entscheidungen zu treffen.

Da man jetzt noch bestehenden Beratungsbedarf geltend macht, möchte ich doch einmal darauf hinweisen, dass die ganzen Modelle schon seit Monaten in der Diskussion sind und durch das Gutachten jetzt auch nichts Neues hinzugekommen ist.

(Zurufe von der SPD)

Im Übrigen sind Ausgliederungen in der Vergangenheit von verschiedenen Ratsmehrheiten unterschiedlicher politischer Zusammensetzung bereits vorgenommen worden. So ist KölnTourismus entstanden; so sind die AWB entstanden.

Ich möchte mich noch einmal gegen ein Thema wenden und damit auch gleich begründen, warum wir dem letzten Punkt der Ratsvorlage der Verwaltung nicht zustimmen wollen. Wir wollen keine Verwaltung privatisieren, sondern eine andere Organisationsform wählen. Das ist auch die richtige Begrifflichkeit. Wir wollen eine Organisationsform, die mehr Flexibilität hat.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich einmal die Landschaft in Deutschland an. Nehmen Sie nur Frankfurt oder, um im Rheinland zu bleiben, Leverkusen. Dort gibt es Wirtschaftsförderungsgesellschaften mit beschränkter Haftung, mit denen die Möglichkeit geschaffen wurde, etwas mehr Flexibilität als in der Verwaltung zu haben.

Genau das ist die Antwort auf die zukünftigen Probleme. Wir brauchen Flexibilität. Hier bietet die GmbH nicht nur auf der Personalseite, sondern auch auf der finanziellen Seite mehr Möglichkeiten.

Denn eines ist auch klar: Wir wollen die Wirtschaft mit einbeziehen. Das muss nicht in Form eines Anteils an der Gesellschaft erfolgen. Es ist aber doch im Sinne unserer Stadt, dass die Wirtschaft die Kampagnen unterstützt und dass wir gemeinsam schauen, wie wir unseren Wirtschaftsstandort Köln so weit verbessern können, dass sich in Zukunft noch mehr Unternehmen hier ansiedeln und die vorhandenen Unternehmen den entsprechenden Wachstumsschub bekommen.

Denn damit sichern wir Köln nicht nur das tolle Gewerbesteuerinkommen für die Zukunft und bauen es sogar noch aus, sondern schaffen auch eine Menge zusätzlicher Arbeitsplätze. Und Arbeitsplätze sind das, was wir benötigen, um den weiteren Bürgerinnen und Bürgern, die noch nach Köln kommen wollen, hier auch eine vernünftige Zukunft zu bieten.

Zu der Argumentation, das gehe jetzt alles zu schnell, möchte ich Folgendes sagen: An anderer Stelle konnte es ja Ihnen gar nicht schnell genug gehen, Herr Börschel, nämlich mit dem Haushalt und allem Drum und Dran. Da haben Sie immer gesagt, wir seien zu mutlos und verzagt.

Aber hier, wo es wirklich einmal um eine zukunftsweisende Optimierung der Wirtschaftsförderung geht, wird das alles wieder gebremst. Da sage ich ganz klar: Das war die Politik, die Sie zehn Jahre lang in Köln vertreten haben.

Wir wollen gestalten. Wir wollen diese Stadt nach vorne bringen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Verkaufen!)

- Nein, wir wollen überhaupt nicht verkaufen. Herr Detjen, Sie müssen doch einmal zuhören. Ich habe ja deutlich darauf hingewiesen, dass wir den Punkt 6 gar nicht mitbeschließen wollen.

Insofern bitten wir auch um punktweise Abstimmung.

Für die CDU-Fraktion und das Gestaltungsbündnis kann ich sagen, dass wir diesem Punkt 6 nicht zustimmen, weil wir das in der aktuellen Situation nicht für notwendig halten. Wir glauben, dass wir durch die organisatorische Veränderung ausreichend Schub hineinbekommen. Im aktuellen Haushalt haben wir mit einer Zusetzung von 1 Million Euro schon einmal ein Zeichen gesetzt. Wir wollen auch in Zukunft weiterhin dazu beitragen, dass die Wirtschaftsförderung in der neuen Form wirklich kraftvoll agieren kann.

Ein letzter Satz zum Personal: Wir sind jetzt in einer Vorphase. Es geht ja zunächst einmal darum, den Grundsatzbeschluss zu treffen. Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Personalräten hier eine vernünftige Lösung findet.

Insofern sollten wir jetzt handeln. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu den Punkten 1 bis 5. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank. - Herr Joisten hat, glaube ich, eine Zwischenfrage an Herrn Petelkau.

Christian Joisten (SPD): Eine Frage an Herrn Petelkau, der eben die sehr interessante Bemerkung gemacht hat, dass seit Monaten alles auf dem Markt sei: Herr Petelkau, waren Sie respektive Ihre Partei in irgendeiner Weise im Austausch mit der Verwaltung über dieses Gutachten im Entstehungsprozess? - Ist die Frage klar formuliert, oder soll ich sie noch einmal stellen?

Bernd Petelkau (CDU): Ich kann an dieser Stelle nur darauf verweisen, dass uns allen die BCG-Studie, in der die entsprechenden Punkte und die verschiedensten Modelle dargestellt waren, seit langer Zeit bekannt ist - auch Ihrer Fraktion. Sie ist uns allen bekannt. - Vielen Dank.

Christian Joisten (SPD): Nein, die Frage war, ob Sie im Entstehungsprozess und Bearbeitungsprozess des Gutachtens als Person oder als CDU-Fraktion im Austausch mit der Verwal-

tung oder auch mit dem Gutachter waren. Das war meine Frage.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Keine Antwort ist auch eine Antwort!)

Ich stelle fest: Herr Petelkau will darauf keine Antwort geben. - Dann interpretieren wir das entsprechend. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Eines vorab: Wir reden an dieser Stelle nicht über eine Privatisierung, sondern über den möglichen Wechsel in eine andere Organisationsform.

Würde man hier den Kritiken folgen, die insbesondere auch in den letzten Tagen von den LINKEN vorgebracht worden sind, gäbe es den Stadtwerke-Konzern überhaupt nicht; denn der Stadtwerke-Konzern ist damals ebenfalls aus Verwaltungseinheiten entstanden und dann in eine GmbH umgewandelt worden. Sie wissen auch, dass die großen Gesellschaften wie KVB und HGK sogar die Rechtsform einer Aktiengesellschaft haben.

Wenn man wirklich seriös diskutieren will, sollte man dies nicht mit solchen platten Polemiken machen und nicht von vornherein die Schotten dichtmachen, sondern sich einfach fragen: Gibt es sinnvolle Organisationsformen? Gibt es Gründe, das Verwaltungshandeln zu verbessern?

Natürlich hat die Wirtschaftsförderung der Stadt durchaus ihre Erfolge. Wir haben als Grüne ja eine Anfrage gestellt, die sich nur auf die Auslandsakquise konzentriert hat. Wer sich die Beantwortung, die sehr authentisch und ehrlich ist, genau anschaut, sieht aber auch, wo die Schwächen liegen.

Deshalb sollte man auch über Schwächen sprechen - die wir übrigens schon zu der Zeit von Frau Berg und Herrn Walter-Borjans hatten. Die Verwaltung ist nämlich nicht schnell und nicht konzentriert genug in ihrem Handeln, wenn es um Bestandspflege und um Ansiedlung geht, sondern hat sich in vielerlei Hinsicht selbst behindert.

Nicht umsonst beklagen zum Beispiel die Handwerks- und Mittelstandsorganisationen, dass es ihnen an einem speziellen Ansprechpartner fehlt.

Hinsichtlich der Zielkonflikte bei städtischen Flächen wissen wir doch, dass die öffentliche Verwaltung hier das Ganze lahmlegt. Wir haben vor etwa acht Jahren Beschlüsse zum strategischen Flächenmanagement gefasst. Wer heute nachfragt, was daraus geworden ist, wird keine Antwort bekommen.

Das gehört auch zur Wahrheit dazu. Dies ist sicherlich kein Zustand, den man beklatschen kann. Insofern besteht hier tatsächlich Handlungsbedarf.

Es liegt aber - das sage ich auch - nicht allein am Amt für Wirtschaftsförderung, sondern im Wesentlichen am Zusammenwirken zwischen Wirtschaftsförderungsamt, Stadtplanungsamt, Bauaufsichtsamt, Ordnungsamt und Liegenschaftsamt. Insgesamt dauern die Prozesse zu lange. Insgesamt fehlt ein projektorientiertes Management.

Auch uns erreichen wöchentlich Klagen von kleineren Firmen, aber auch von mittleren und großen Unternehmen, die eine klare Lotsenfunktion und ein klares Management, das ergebnisorientiert in einem überschaubaren Zeitraum zu einem Ergebnis führt, vermissen.

Das ist tatsächlich ein Problem, das wir beheben müssen.

Die Verwaltung macht den Vorschlag, dazu in die Gründung einer städtischen Wirtschaftsförderungs-gesellschaft einzutreten.

Einen solchen Prozess hatten wir übrigens vor etwa 17 Jahren auch schon einmal. KölnTourismus war seinerzeit erst eine Verwaltungseinheit im Wirtschaftsdezernat, dann ein Eigenbetrieb und schließlich eine GmbH in 100-prozentiger städtischer Eigentümerschaft. Heute stellt das niemand mehr infrage. Auch damals hatten wir ähnliche Diskussionen.

Deshalb sollten wir den Ball jetzt etwas flacher halten und hier nicht den galoppierenden Neoliberalismus an die Wand malen; denn er existiert in diesen Fragen nicht. An dieser Stelle geht es darum, wie gut wir aufgestellt sind.

Ich will einmal ein Beispiel anführen, das wir vor einer halben Stunde hatten. Zu der Vorlage zum Ebertplatz gehört ein Anhang, in dem dargestellt wird, wie denn jetzt gearbeitet werden soll, um ein Zwischennutzungskonzept zu erstellen. Darin

werden elf Ämter aufgeführt, die sich an diesem doch sehr überschaubaren Zwischennutzungskonzept beteiligen sollen. Da frage ich mich: Wohin soll das führen?

Bei den Aktivitäten der Wirtschaftsförderung ist es ähnlich schlimm. Da behindert sich die Stadt selbst. Das ist nicht erfolgsorientiert.

Die Frage der Beteiligung von privaten Dritten steht natürlich im Raum. Wir sagen hier ganz klar: Das kommt mit uns nicht infrage. Für uns gelten die Grundsätze Transparenz, Compliance, Unabhängigkeit und fairer Wettbewerb.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist die unabdingbare Richtschnur für unser Handeln - und auch für das Handeln, das eine Stadtverwaltung und eine städtische Wirtschaftsförderung an den Tag legen sollen. Insofern kann es nicht sein, dass sich, wie auch immer, Private oder private Netzwerke einschalten.

Das ist aber auch die Meinung unseres Bündnisses, wie Herr Petelkau eben klargestellt hat. Deshalb brauchen wir hier keine Scheingefechte zu führen.

Wir denken, dass es jetzt notwendig ist, zu handeln. An dieser Stelle setzen wir auch nur einen Startschuss. Die Beschlussvorlage beinhaltet nämlich, die Verwaltung mit bestimmten Dingen zu beauftragen. Daraus folgen weitere Beschlussvorlagen, die wir ausführlich diskutieren können und auch werden. Deshalb vergibt sich hier niemand etwas, wenn er der Vorlage jetzt zustimmt.

Im Übrigen wären in den letzten Tagen entsprechende Möglichkeiten gegeben gewesen. Sie sind aber nicht genutzt worden. Ich wäre gern zu einer Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses eingeladen worden. Da ich nicht Ausschussvorsitzender bin, habe ich darauf allerdings keinen Einfluss. Der Ausschussvorsitzende sollte sich aber vielleicht doch einmal fragen, ob es wirklich sinnvoll ist, sich einer solchen Diskussion zu verweigern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

- Herr Joisten, immer nach den Redebeiträgen Zwischenfragen anzumelden, ist ein bisschen schwierig. Eine Zwischenfrage ist eine Zwischenfrage. Ich bitte Sie, sich dann auch zwischen-durch zu melden. Sonst ist das immer problematisch.

Christian Joisten (SPD): Dann würde ich Sie bitten, ab und zu auch in meine Richtung zu gucken. Dann können Sie auch sehen, dass ich mich melde. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich mich sehr intensiv mit den Rednern beschäftige. Das gilt auch, wenn Sie am Rednerpult stehen, Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Ja, das ist total okay.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut.

Christian Joisten (SPD): Dann dürfen Sie sich aber nicht wundern, wenn ich mich irgendwann lautstark melde.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir haben hier leider ein System, bei dem man sich nicht eindrücken kann. Dieses System steht dafür unter Denkmalschutz.

(Heiterkeit)

Mit solchen Mitteln müssen wir hier arbeiten. - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Wieder so eine bürokratische Hürde; aber gut.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe sie nicht gebaut. - Bitte sehr; Sie sind dran.

Christian Joisten (SPD): Herr Frank, Sie haben uns jetzt noch einmal dargestellt, wo die Probleme bezüglich der Abstimmungen in der Verwaltung alle liegen. Das war ganz spannend und an vielen Stellen auch durchaus zutreffend.

Jetzt frage ich mich aber, ob Sie wirklich der Überzeugung sind, dass durch eine Wirtschaftsförderung in der Form einer externen, außerhalb der Stadtverwaltung stehenden GmbH die Abstimmungsprozesse zwischen Stadtentwicklungsamt, Stadtplanungsamt, Bauaufsichtsamt, Umweltamt und ähnlichen Ämtern - dort hängen doch die Dinge - verbessert werden. Sind Sie der Überzeugung, dass durch diese jetzt auf dem Tisch liegende Vorlage tatsächlich eine Änderung eintritt? Und in welcher Form stellen Sie sich das vor? Wie kann die GmbH diesen Prozess innerhalb der Verwaltung steuern? Das würde mich interessieren. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte jetzt noch einmal um Beantwortung. Eigentlich gehören Zwischenfragen solcher Art aber wirklich in die Debatte. Wir können ja eine zweite Runde machen.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, wenn eine Frage gestellt worden ist, ist es demokratischer Brauch, dass man antwortet, denke ich. - Ich verweise auf die Vorlage, die man schon lesen sollte. Darin steht:

Die Verbindung zwischen der Wirtschaftsförderungs-GmbH und der Verwaltung wird über eine herausgehobene Dienststelle organisiert, die unmittelbar dem für Wirtschaftsförderung zuständigen Dezernat zugeordnet ist.

Was heißt das? Die zu gründende GmbH hat, wenn man es konkret sieht, eine Komplementär-, eine Ergänzungsfunktion. Sie erweitert das Handlungsspektrum, weil sie bestimmte Aufgaben auslagert und insofern insgesamt die Wirtschaftsförderung verstärkt. Diese herausgehobene Dienststelle hat die Aufgabe, die Prozesse in der Verwaltung in Gang zu bringen, wenn nämlich die GmbH ihrer Lotsenfunktion nachkommt.

Da muss natürlich einiges besser werden. Das werden Sie nicht bestreiten können. Ohne eine entsprechende Reform der Prozesse wird auch eine solche GmbH Probleme haben. Aber nichts anders intendiert ja auch die Verwaltungsvorlage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sie sind gerade dabei, einen Scherbenhaufen anzurichten.

Ihre Privatisierungspläne spalten die Stadtgesellschaft zwischen Handwerk - dagegen - und Industrie - dafür -, zwischen DGB - dagegen - und IHK - dafür -, spalten den Stadtrat in zwei Lager, provozieren den Personalrat, ver.di und komba, empören die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wirtschaftsdezernats und bewirken deren innere Kündigung.

Die Verwaltungsstrukturreform wird nicht abgewartet und letztendlich mit diesem Schritt ad absurdum geführt.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Frau Oberbürgermeisterin, wollen Sie die Oberbürgermeisterin aller Kölnerinnen und Kölner sein oder die von Herrn Petelkau und der neoliberalen FDP?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Warum haben Sie sich mit Ihrem eigenen Dezernat überworfen, statt es zu führen? Das Amt für Wirtschaftsförderung hatte in der Befragung von Boston Consulting im Mai dieses Jahres seine Eingliederung in das Dezernat OB noch als Fortschritt bezeichnet und auch Mängel angesprochen - die zu geringe Lobby „in Politik und Öffentlichkeit“ - und eine Verbesserung der Schnittstelle im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform erhofft.

Warum haben Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht eine deutliche Erhöhung der Mittel für Wirtschaftsförderung eingefordert? Nichts dergleichen ist in der Haushaltsrede und im Haushaltsentwurf zu sehen.

Frau Oberbürgermeisterin, Ihre Privatisierungslösung ist die schlechtere, die teurere, die arbeitnehmerfeindlichere und eine undurchdachte Lösung. In Ihrer Vorlage und dem Gutachten der KPMG gibt es nicht ansatzweise ein Budget einer GmbH, keine Kostenberechnung, keine Haushaltszahlen und keinen Geschäftsplan für die Entwicklung dieser Firma. Das alles müssen Sie liefern. Dann können wir gerne weiterdiskutieren.

Lassen Sie mich aber noch weitere Probleme ansprechen. Das Boston-Consulting-Gutachten zeigte auf: Die angeblichen Vorteile der Privatisierung sind alle auch in einem Amt umsetzbar - mit Ausnahme der Geschäftsführergehälter.

Wenn Sie heute die Wirtschaftsförderung privatisieren, werden wir mindestens zwei bis drei Jahre ganz ohne die bisherige effiziente Verwaltung von Wirtschaftsförderung auskommen müssen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden sich schnell in andere Bereiche der Stadtverwaltung wegbewerben. Das spezielle Wissen ist fort, und die Motivation ist lahmgelegt.

Die neue GmbH müsste erst gegründet werden. Dann müssten die Ausschreibung für einen Geschäftsführer oder eine Geschäftsführerin erfolgen und neues Personal gesucht werden. Der Preis wird deutlich höher sein, ohne dass eine Erhöhung der Sachkosten erfolgt, was unbedingt nötig wäre.

Das alles können wir uns überhaupt nicht leisten, meine Damen und Herren, weil wir schnell Themen klären müssen. So müssen wir über die Arbeitswelt 4.0 diskutieren. Wir müssen auch klären: Welche Flächen bekommt die Wirtschaft? Welche Flächen bekommen die Schulen und Kitas? Wo wollen wir Wohnungen bauen?

Alle diese Fragen müssen geklärt werden. Und dann haben wir kein Wirtschaftsdezernat, das sich in diesen Prozess einbringt.

Das KPMG-Gutachten kommt zu der Schlussfolgerung, dass - ich zitiere -

eine wesentliche Herausforderung für die Wirtschaftsförderung ... die Versorgung ansiedlungswilliger Unternehmen mit Flächen

ist.

Das ist das entscheidende Problem. Hier muss man handeln. Wenn wir diese Abwägung der Flächen nicht mehr organisieren können, wird es zu nichts führen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie will aber eine externe GmbH Zugriff auf die Daten der Verwaltung bekommen? Angebote an Interessenten, sich in Köln anzusiedeln, aus einer Hand sind doch das Entscheidende.

Weil Sie dieses Problem erkannt haben und gesehen haben, dass es diesen Vorteil „aus einer Hand“ nicht mehr gibt, haben Sie gesagt: Wir gründen eine herausragende Dienststelle. - Die „herausragende Dienststelle“ haben Sie erfunden. So etwas gibt es gar nicht. Dieser Begriff ist unbekannt - mir wenigstens.

Das heißt: Das Amt 80, das Amt für Wirtschaftsförderung, wird dann im Kleinen widergespiegelt. Dort sollen ganz wenige Leute arbeiten. Der Geschäftsführer der GmbH ruft dann beim Amt 80, das drei, vier oder fünf Personen umfasst, an und sagt: Hört mal zu; kümmert euch um das und das und das. - Das sind Doppelstrukturen, ganz klare Doppelstrukturen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Diese Doppelstrukturen werden dazu führen, dass wir in diesem ganzen Prozess zusätzlich noch einmal 250 000 Euro Mehrkosten haben werden.

Jetzt fragt man sich: Was soll das alles? Diese Antwort kann nur Herr Petelkau geben, indem er die Frage beantwortet: Wen wollen Sie versorgen? Das ist ja die entscheidende Antwort.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss. - Herr Petelkau, Sie sagen, es sei doch nichts Neues dazugekommen. Ja, es ist nichts Neues dazugekommen; nur Ihre Privatisierungsideologie ist dazugekommen.

Kollege Frank, schauen Sie sich die Antwort auf die Anfrage der SPD an. Dort stellt man heraus, dass diese neue Firma wahrscheinlich keinen Tarifvertrag braucht. Das ist nicht mehr Daseinsvorsorge und nicht mehr Stadt Köln; das ist die Privatisierung. So sieht es aus. Und das steht wörtlich in der Antwort auf die Fragen der SPD.

Herr Petelkau, im Übrigen ist Wirtschaftsförderung nicht einfach eine normale Dienstleistung wie die Dienstleistungen der AWB. Wirtschaftsförderung ist mehr eine hoheitliche Aufgabe, bei der man mit Fingerspitzengefühl Interessen abwägen muss und sagen muss: Was geben wir denn der Firma X, damit sie nach Köln kommt? - Die Firmen bekommen dann immer etwas. Das will ich auch gar nicht kritisieren.

Aufgrund der Notwendigkeit dieses Fingerspitzengefühls kann diese Dienstleistung aber nicht - anders als normale Dienstleistungen - die AWB oder ein anderes ausgegliedertes Unternehmen wahrnehmen, sondern nur eine Dienststelle der Stadt Köln. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite hat jetzt das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem letzten Debattenbeitrag möchte ich uns allen wieder in Erinnerung rufen, dass wir uns im Kölner Rat befinden und nicht im Plenum der Sozialistischen Internationale.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir befassen uns hier mit der Gründung einer Kölner Wirtschaftsförderungsgesellschaft in öffentlicher Hand, also eines städtischen Unternehmens, ob nun mit oder ohne Beteiligung der Kölner Wirtschaft. Wir führen keine Schlacht über Eigentum an Produktionsmitteln, frühkapitalistische Ausbeutung von Beschäftigten, angeblich ohne Tarifverträge, und - welches böse Schimpfwort - neoliberalen Geist in der Stadtführung. Nein, meine Damen und Herren, wir reden hier über nicht mehr, aber auch nicht weniger als die Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Köln, wie es vor uns und nach uns viele Städte, Kreise und Kommunen getan haben und tun werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sollte sich der ideologische Pulverdampf von links verfliegen haben, so müssen wir - für manche im Raum schmerzlich, aber wahr - feststellen: Wirtschaftsförderungsgesellschaften wurden in Städten, Kreisen und Kommunen mal unter der Führung der CDU, mal unter der Führung der SPD, mal mit den Grünen, mal mit der FDP und - man mag es nach den Ausführungen meines Vorredners kaum glauben - auch schon mit den Stimmen der LINKEN gegründet.

(Beifall bei der FDP)

Ich frage Sie - auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin -: Warum ist eine unter SPD und LINKEN gegründete Wirtschaftsförderungsgesellschaft in anderen Orten gut und richtig und eine von der Kölner Oberbürgermeisterin vorangetriebene Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft schlecht oder falsch?

Sie müssen diese Frage nicht beantworten. Ich erlaube mir aber die Annahme, Frau Oberbürgermeisterin, dass SPD und LINKE in anderen Städten, Kreisen und Kommunen genauso gute, wenn nicht gar die gleichen Argumente wie Sie für die Gründung hatten - zum Beispiel Flexibilität, Kundenorientierung, Bedürfnisorientierung und schnelle Wege.

Ich erlaube mir eine weitere Zuspitzung. Warum feiert die SPD in Hamburg ihren Ersten Bürger-

meister Olaf Scholz für eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit Beteiligung von Dritten, lehnt aber das gleiche Modell für die viergrößte Stadt in Deutschland, nämlich Köln, als Teufelszeug ab, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Was ist denn die Position der SPD zur Wirtschaftsförderungsgesellschaft? Das sozialdemokratische Ja von Hamburg oder das Nein von Köln? Beides gleichzeitig geht nicht.

Ich darf dagegen für meine Kölner FDP hier feststellen: Was für Hamburg gut und erfolgreich ist - ob jetzt als Stadt oder auch als Land -, kann für Köln als viergrößte Stadt nicht schlecht und falsch sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir Kölner Freidemokraten sind bereit, über den Tellerrand zu schauen und von anderen Städten zu lernen, wie man erfolgreich Wirtschaftsförderung organisiert - selbst wenn die Lösung von Sozialdemokraten aus Hamburg stammt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Mit großem Bedauern muss ich feststellen, dass der Kölner SPD diese Weitsicht und politische Größe zum Wohle unserer Stadt fehlt.

(Martin Börschel [SPD]: Krokodilstränen!)

Aber - man mag es kaum glauben - es kommt ein noch toller Anachronismus. Obwohl andere Rathäuser unter roter Flagge ihre Wirtschaftsförderung wie selbstverständlich in einer GmbH erfolgreich managen, darf Köln das nach hier herrschender linker Meinung noch lange nicht, da böse, selbst wenn sich die Kölner Oberbürgermeisterin bei ihren Vorgaben für die Gründung und das Betreiben einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit Beteiligung der Wirtschaft an dem Beispiel von Berlin - hört, hört! - mit seiner rot-rot-grünen Mehrheit orientiert.

Das dortige Modell wurde von dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, SPD, vorangetrieben. Als Neoliberaler ist dieser Herr nun wahrlich nicht bekannt, meine Damen und Herren. LINKE, Grüne und SPD setzen in Berlin weiterhin auf das Modell, da erfolgreich.

Jedenfalls fühlt sich die jetzige grüne Wirtschaftssenatorin mit ihrem Modell der Wirt-

schaftsförderung als Gesellschaft pudelwohl. Von fehlendem Einfluss der Stadt unter ihr kann in Berlin gerade nicht gesprochen werden. Wie wir hören und lesen konnten, passte ihr der Aufsichtsratsvorsitzende nicht; und schon war er weg.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Auch grüne Frauen können beißen!)

- Ja, auch grüne Frauen können beißen; liberale Herren übrigens auch.

(Heiterkeit)

Auch der ehemalige Wirtschaftssenator von 2002 bis 2011 in Berlin, Harald Wolf - man höre und staune: von der Linkspartei -, setzte auf das Berliner Modell der Wirtschaftsförderung und baute es sogar weiter aus. Harald Wolf bekannte sich zur Berliner Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und damit genau zu dem Modell, an dem sich die Kölner Oberbürgermeisterin orientiert. Dieser Harald Wolf ist kein Verwirrter oder Verirrter in der Linkspartei, sondern gehört zu den politischen Schwergewichten seiner Partei und wurde gerade zum kommissarischen Bundesgeschäftsführer ernannt.

Wir wissen nicht, wem die Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei hier mehr Kompetenz in dieser Frage zutrauen: dem neun Jahre in Berlin amtierenden Wirtschaftssenator Harald Wolf - pro Wirtschaftsförderungsgesellschaft - oder dem drei Jahre amtierenden Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Köln, Jörg Detjen, der sich gegen die Wirtschaftsförderungsgesellschaft ausspricht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Für uns von der FDP lautet die Antwort jedenfalls: Da hat wohl der linke Harald Wolf - pro Wirtschaftsförderungsgesellschaft - mal recht.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ob nun Hamburg oder Berlin: Bemerkenswert - wenn nicht gar bekannt - ist, dass sich die dortigen Handwerkskammern an der Wirtschaftsförderung beteiligen. Von einer Rüge durch den Zentralverband des Deutschen Handwerks für dieses aus Kölner Handwerkersicht mittelstandsfeindliche Vorgehen ist uns jedenfalls nichts bekannt.

Ob nun mit oder ohne Beteiligung der Wirtschaft: Köln folgt mit der Gründung seiner Wirtschaftsförderungsgesellschaft dem Weg, den andere Städte schon längst erfolgreich gegangen sind.

Für die FDP kann ich hier sagen: Wir gehen diesen Weg sehr gern mit, Frau Oberbürgermeisterin. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Mich erinnert dieser Vorgang, den wir jetzt diskutieren, an das Jahr 2001, in dem wir das Tiefbauamt praktisch zerschlagen haben. Hier erfolgt im Prinzip ohne Respekt und ohne Wertschätzung einer großen Verwaltungseinheit einfach ein Kahlschlag. Ich finde es schon tief beunruhigend, dass man diesen Schritt einfach so geht. Ob das nun eine formale Privatisierung oder eine unformale Privatisierung ist: Es ist eine Ausgliederung in einen privaten Bereich. Nach meiner Meinung handelt es sich hier um eine so wichtige Schnittstelle, dass dahinter eine Verwaltungseinheit stehen muss. - Das war der erste Gedanke, den ich Ihnen mitteilen wollte.

Zweitens. Die Arbeitsförderung von der normalen Wirtschaftsförderung zu trennen - man hat ja den Gedanken, sie in den Sozialbereich zu verschieben -, ist ein kapitaler Fehler. Ich kann das gar nicht verstehen, Frau Reker. Als jemand, der aus dem sozialen Bereich kommt, müssen Sie doch erkennen, dass - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: In Gelsenkirchen hat das wunderbar geklappt, Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Die Förderung von Arbeitskräften ist doch keine soziale Aufgabe. Ich muss doch Arbeitsplätze schaffen. Das muss ich doch zusammen mit der Wirtschaftsförderung machen. Das ist doch der Vorgang.

Deswegen ist die Ausgliederung der Arbeitsmarktförderung in den Sozialbereich ein kapitaler Fehler, was die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen angeht. Das muss man ganz klar so sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Gestatten Sie mir noch einen Schlusssatz. Herr Breite, Berlin ist kein gutes Beispiel, weil Berlin

ein Bundesland ist. Wir können uns eher mit Städten wie Frankfurt vergleichen. Das sind interessantere Vergleiche.

Außerdem müssen Sie sich einmal das anschauen, was in Berlin stattgefunden hat. Dort ist jetzt der Aufsichtsratsvorsitzende ausgewechselt worden - von einer grünen Dezernentin. Danke schön, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen! Das ist eine ganz komische Form. Dort hat es mit dieser GmbH also nicht funktioniert.

Hinzu kommt, dass diese Firma jetzt einen Tarifvertrag abschließen musste. Sie hat jahrelang keinen Tarifabschluss gehabt. Jetzt musste ein Tarifvertrag geschlossen werden. Und woran hat man sich orientiert? Am TVÖD! Das ist eben die Situation.

Deswegen werden wir dieser Vorlage auf keinen Fall zustimmen, meine Damen und Herren.

Herr Petelkau, Sie haben den Punkt 6 angesprochen. Das ist ja Barock. Es mag sein, dass es Kämpfe in der CDU gegeben hat. Das kann ich nicht beurteilen. Es interessiert mich auch wenig. Ich kann nur sagen: Wer eine ordentliche Wirtschaftsförderung braucht und will, muss sie in der städtischen Hand lassen, damit alle Ämter zusammen in einer Hand das Ganze bewegen können. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite und dann Herr Joisten, bitte. Wir sind in der zweiten Runde. Deswegen geht es jetzt nach Wortmeldungen.

Ulrich Breite (FDP): Nur kurz vom Platz aus: Jetzt muss ich hier auch noch Harald Wolf, den ehemaligen Berliner Wirtschaftssenator, verteidigen. Denn Herr Detjen hat gerade gesagt, dort habe man keinen Tarifvertrag gehabt. Das ist nicht richtig. Dort hatte man einen Tarifvertrag. Allerdings sind verschiedene Gesellschaften zusammengekommen, und man konnte sich nicht einigen. Jetzt hat man sich darauf geeinigt.

Dass Herr Wolf ein schlecht bestelltes Haus hinterlassen hätte, kann vielleicht DIE LINKE in Köln sagen. Das kann man hier aber auch nicht so stehen lassen, Herr Detjen. Da muss ich sogar noch Ihren Parteigenossen verteidigen. Er hat bei der Wirtschaftsförderung den richtigen Weg beschritten. Da können Sie sagen, was Sie wollen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten, bitte.

Christian Joisten (SPD): Herr Breite, es tut mir leid; da muss ich Ihnen jetzt widersprechen, auch wenn das gar nicht der Grund meiner Wortmeldung war. Ich habe heute noch mit dem ver.di-Sekretär in Berlin telefoniert, der diesen Prozess begleitet hat. Es war so, dass eben kein Tarifgefüge bestand und eine eklatante Ungleichbehandlung verschiedener Beschäftigtengruppen vorlag - bis zu mehreren Tausend Euro Differenz für die gleiche Tätigkeit innerhalb der gleichen Gesellschaft.

Diese Zustände sind anscheinend auch hier angedacht; denn ein Tarifgefüge - das geht aus der Antwort auf unsere Anfrage ja hervor - ist nicht vorgesehen. Insofern habe ich da die allergrößten Bedenken - unabhängig davon, ob in Berlin auch Sozialdemokraten daran beteiligt waren. So, wie es dort bisher gelaufen ist, darf und soll es hier nicht laufen. Nach der Vorlage oder den Antworten scheint es aber darauf hinauszulaufen, dass man in dieser neuen GmbH ein tariffreies Gefüge schaffen will.

Weil mich und uns umtreibt, dass die Fraktionen von CDU und Grünen, aber auch FDP in dieser sehr komplexen Frage mit einem sehr umfangreichen Gutachten doch sehr schnell beschluss- und entscheidungsfähig waren, möchte ich aber noch einmal ganz gezielt folgende Frage an die Verwaltung richten - mit der Bitte um eine klare und einfache Beantwortung -: Waren die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen usw. im Erstellungsprozess zusammen mit dem Gutachter im Dialog mit der Stadtverwaltung, und hat es da einen entsprechenden Austausch gegeben?

Die gleiche Frage richte ich auch an Herrn Petelkau: Hat es im Erstellungsprozess des Gutachtens einen direkten Kontakt zum Gutachter gegeben, und ist entsprechend Einfluss genommen worden? - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Für die Verwaltung ist das ganz einfach zu beantworten. Einen gemeinsamen Austausch mit der Verwaltung und den Fraktionen und den Gutachtern hat es nicht gegeben. Davon weiß ich nichts. Ich bin

auch nicht dabei gewesen. Das hat es nicht gegeben.

(Zuruf von der CDU: Das wäre ja wie früher bei der SPD, Herr Joisten! - Christian Joisten [SPD]: Können Sie für die gesamte Verwaltung sprechen, Frau Oberbürgermeisterin?)

- Ich kann nie für 19 000 Mitarbeiter sprechen. Ich sage Ihnen nur: Es ist mir nicht bekannt, und ich bin auch nicht dabei gewesen. - Für 19 000 Mitarbeiter kann ich beim besten Willen nicht sprechen. Ich trage die Verantwortung für die Handlungsweise. Ob jemand vom Amt für Wirtschaftsförderung oder sonst jemand irgendwie mit einem Gutachter Kontakt hat, kann ich aber nicht sagen.

(Martin Börschel [SPD]: Auf der Dezernatsebene?)

- Das weiß ich nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Die Dezernenten könnten ja antworten!)

- Ja, können sie. - Es ist sehr schade, dass das hier eine ideologische Diskussion ist.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Punktweise Abstimmung!)

- Hier wird punktweise Abstimmung beantragt.

Dann lasse ich zunächst über Punkt 1 der Vorlage zu TOP 10.43 abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Oberbürgermeisterin. Damit ist das so beschlossen. Enthaltungen? - Keine. Nach Gegenstimmen hätte ich fragen sollen. Aber das ist ja dann klar. Also: Gegenstimmen? - LINKE, pro Köln, AfD, SPD, Ratsgruppe GUT, Ratsgruppe BUNT und Herr Wortmann. Das ändert aber nichts am Abstimmungsergebnis.

Ich lasse über den Beschlusspunkt 2 abstimmen, meine Damen und Herren. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Grünen, die CDU und die FDP. Gegenstimmen? - Die SPD, die Ratsgruppe BUNT, die Ratsgruppe GUT, Herr Wortmann, die AfD, pro Köln und die LINKEN. Damit angenommen.

Beschlusspunkt 3: Wer wünscht dafürzustimmen? - Das sind die Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppen GUT und BUNT, die LINKEN, Herr Wortmann, die AfD und pro Köln. Angenommen.

Beschlusspunkt 4: Wer wünscht dafürzustimmen? - Die Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? - Die SPD, DIE LINKE, Herr Wortmann, die AfD, pro Köln und die beiden Ratsgruppen GUT und BUNT. Angenommen.

Beschlusspunkt 5: Wer wünscht zuzustimmen? - Die Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Dagegen? - SPD, Ratsgruppe BUNT, Ratsgruppe GUT, AfD, pro Köln, LINKE und Herr Wortmann. Angenommen.

Beschlusspunkt 6: Wer stimmt ihm zu? - Das sind die FDP-Fraktion und die Oberbürgermeisterin.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

- Ja, es gibt alles.

(Heiterkeit)

Gegenstimmen? - Von SPD, Grünen, CDU, LINKEN, pro Köln, AfD und Ratsgruppen GUT und BUNT. Enthaltungen? - Kann es keine mehr geben. Damit abgelehnt.

Nach dieser punktweisen Abstimmung lasse ich jetzt noch einmal gesamtabstimmen. Wer dieser Vorlage - ohne Punkt 6; er ist weggestimmt - zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Grünen, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? - Das sind die SPD, die Ratsgruppen GUT und BUNT, die LINKEN, Herr Wortmann, pro Köln und die AfD. Damit ist diese Vorlage so angenommen. - Vielen Dank.

Jetzt bitte ich Sie, in der Tagesordnung zum Tagesordnungspunkt 10.1 zurückzugehen. Wir haben den TOP 10.43 ja sozusagen als TOP 10.0 behandelt.

Tagesordnungspunkt

**10.1 Sportanlage Heidekaul, Köln-Raderthal
Verschiebung der städtischen Tennisanlage Heidekaul (Tennisplätze und Umkleidehaus) auf dem bisherigen Grundstück
Planungsbeschluss
0842/2017**

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dem bei einer Gegenstimme so zugestimmt.

Tagesordnungspunkt

**10.2 Gestaltungshandbuch der Stadt Köln
1120/2017**

Abstimmung wie Stadtentwicklungsausschuss, Anlage 7.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dem so zugestimmt.

Tagesordnungspunkt

**10.3 Errichtung einer Unterkunft für geflüchtete Familien auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 10, 50997 Köln - Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2016/2017 der Stadt Köln
1229/2017**

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.4 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Baubeschluss für die Brandschutzsanie-
rung bzw. -ertüchtigung der Stadtbahnhaltestelle Appellhofplatz/Zeughaus sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei Finanzstelle 6903-1202-1-0110, Brandschutz Appellhofplatz
1652/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.6 Machbarkeitsuntersuchung neue Fuß- und Radwegbrücke zwischen Bastei und Rheinpark und Erweiterung der vorhandenen Geh- und Radwege an der Hohenzollernbrücke
2036/2017**

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Ratsgruppe GUT
AN/1906/2017

Wortmeldungen? - Bitte, Herr Pöttgen.

Andreas Pöttgen (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Was uns am Anfang der Tagesordnung noch nicht gelungen ist, funktioniert jetzt: dass wir tatsächlich über Visionen sprechen und mutige Schritte für die Zukunft der Verkehrspolitik in Köln gemeinsam beschließen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Meinst du, es wird besser, wenn du jetzt so einen Scheiß erzählst?)

- Beleidigen muss man mich jetzt ja nicht aus der ersten Reihe.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ich habe dich nicht beleidigt!)

Es ist total in Ordnung, wenn wir unterschiedliche Meinungen haben. Aber das muss doch nicht sein.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich höre dir zu!)

Wichtig ist es, dass wir heute einen mutigen Schritt gehen, um eine attraktive Wegebeziehung zwischen dem Links- und Rechtsrheinischen vor allen Dingen für Fahrrad Fahrende und Fußgängerinnen und Fußgänger hinzubekommen.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei meinen Sprecherkollegen dafür bedanken, dass wir jetzt noch einen gemeinsamen Änderungsantrag hinbekommen haben, mit dem wir die Verwaltungsvorlage deutlich verbessern.

Für uns als SPD-Fraktion ist es wichtig, noch einmal Folgendes zu pointieren: Der Ausgangspunkt war ja die Debatte um die Brücke an der Bastei. Für unsere Fraktion bewerte ich sehr positiv, welchen Gang die Diskussion dann genommen hat. Das ist ein Punkt, an dem wir tatsächlich sachlich und konstruktiv miteinander arbeiten. Es geht also doch.

Darum freue ich mich darüber, dass wir jetzt gemeinsam daran weiterarbeiten können und irgendwann alle zusammen diese vier Erweiterungen einweihen können. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Michel, bitte.

Dirk Michel (CDU): Herr Pöttgen hat es gesagt: Wir haben uns im Verkehrsausschuss auf diese Vorgehensweise geeinigt.

Wir fügen die diversen Anträge zu den Brückenprojekten zusammen und priorisieren sie. Das bringt uns den Vorteil einer praktikablen Abarbeitung durch die Verwaltung und auch Ruhe in die Diskussion, von wem welche Idee ausgeht. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer hat das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich mache es auch vom Platz aus. Es sollte ja schnell gehen.

Wir unterhalten uns schon sehr lange über die verschiedensten Rheinquerungen - alte, die saniert werden müssen, und neue, die wir dann vorzugsweise dem Fuß- und Radverkehr zur Verfügung stellen.

Daher bin auch ich sehr froh darüber, dass es uns jetzt gelungen ist, das Ganze in einem gemeinsamen Antrag zusammenzuführen, in dem auch die entsprechenden Priorisierungen vorgenommen werden. Letztendlich kommt es meines Erachtens nämlich darauf an, dass wir diese ganzen Projekte priorisiert bekommen. Denn wünschen können wir uns so viele Rheinbrücken, wie wir wollen. Wir wollen aber - der Kollege Pöttgen hat es gesagt - auch noch die Eröffnung erleben. Ich bin zumindest ganz hoffnungsfroh, dass wir sie noch erleben werden.

(Dr. Birgitt Killersreiter [Bündnis 90/Die Grünen]: Du!)

- Herr Pöttgen ist ungefähr in meinem Alter. Insofern glaube ich, dass wir das noch schaffen könnten.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihr schafft das noch!)

Eines ist dabei ganz wichtig - denn ich wurde auch immer wieder auf die Rampe auf der Nordseite angesprochen -: Die Ertüchtigung der Nordseite der Hohenzollernbrücke wird hier noch einmal mit geprüft. Ich möchte in diesem Zusammenhang klargestellt wissen, dass die Rampe, die dorthin führt, für die wir inzwischen auch schon seit mehreren Jahren streiten, hiervon unabhängig ist und so oder so kommt, egal in wel-

cher Reihenfolge wir das Ganze jetzt abarbeiten.
- Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Kann man vonseiten der Verwaltung
noch etwas dazu sagen?)

Können wir erst die Zwischenfrage beantworten, Frau Blome? - Ich kann Ihnen hier leider keine Sitzgelegenheit anbieten. Heute wäre das angemessen. Bitte, Frau Blome.

Beigeordnete Andrea Blome: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hammer, ja, das kann ich voll und ganz bestätigen. Wir haben mit der DB AG - also mit DB Station & Service AG, DB Netz AG usw. - auf Beigeordnetenebene einen Lenkungs-kreis installiert. Dort werden auch die Bauabläufe bei den Maßnahmen der DB, nämlich dem neuen Mittelbahnsteig oben im Bahnhof, so aufeinander abgestimmt, dass die Rampe nicht gleich außer Betrieb genommen werden muss. Da sind wir also in ganz engen und festen Planungsläufen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich melde mich hier noch einmal zu Wort. Nach der sehr emotionalen Debatte um die Frage des Wirtschaftsdezernates ist das jetzt ein bisschen schwierig. Es ist aber schon wichtig, dass wir uns diesen Antrag, den wir hier von CDU, SPD, Grünen und FDP ein Stück weit untergejubelt bekommen, noch einmal genauer ansehen.

Sie behaupten, damit würden Sie eine tolle Priorisierung vornehmen. Sie machen aber exakt das Gegenteil.

An dieser Stelle müssen wir die Verwaltung einmal loben; denn die Verwaltung hat in ihrer Vorlage sehr gut herausgearbeitet, was verkehrsmäßig für Rad- und Fußwege in dieser Stadt am effektivsten und kostenmäßig überschaubar realisierbar ist.

Wie ein Blick in die Vorlage zeigt, hat die Erweiterung der Hohenzollernbrücke um eine Rampe im Süden nämlich bei überschaubaren Kosten den höchsten Verkehrswert - im Gegensatz zur nördlichen Erweiterung, die eben noch einmal angesprochen wurde. Jeder, der sich im Verkehrsausschuss damit beschäftigt hat, weiß, dass die Erweiterung der Hohenzollernbrücke im Norden bei weitem nicht diesen Effekt hat und technisch auch nicht so einfach umsetzbar ist. Außerdem haben wir dort schon seit Jahren eine Lösung in Aussicht, nämlich die Errichtung einer Rampe auf der linksrheinischen Seite. Das ist dann eine akzeptable Lösung.

Ihr Wunschkonzert geht allerdings noch weiter, indem Sie hier sagen: Wir wollen aber geprüft haben, wie es mit der Brücke zwischen der Bastei und dem Rheinpark aussieht. Gleichzeitig wollen wir eine Brücke im Süden zwischen dem Deutzer Hafen und der Südstadt geprüft haben.

Wir haben in dieser Stadt große Verkehrsprobleme. Es ist nicht nachvollziehbar, dass wir jetzt in der vorweihnachtlichen Stimmung noch einmal ein Wunschkonzert der Fraktionen anstimmen, welchen Weihnachtswunsch sie ihrer Klientel gerne ermöglichen möchten.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, schauen Sie doch bitte noch einmal in die sehr gute Verwaltungsvorlage, in der eindeutig steht, dass es vernünftig ist, als Erstes die Erweiterung auf der Hohenzollernbrücke im Süden umzusetzen. Das ist die Beschlussalternative 1.

Der Antrag der Fraktionen, die ich eben genannt habe, ist nichts anderes als ein Showeffekt. Wir wissen alle, dass das im Prinzip ein Showeffekt sein soll. Ich hoffe, dass ich ein wenig zur Entlarvung beitragen konnte.

Insofern bitte ich um Zustimmung zur Verwaltungsvorlage, Beschlussalternative 1. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es passt ganz gut zum Thema, dass ich jetzt einmal versuche, eine

Brücke zwischen den Ausführungen von Herrn Weisenstein und den Ausführungen von Herrn Pöttgen zu bauen.

Herr Weisenstein, ich sollte Sie eigentlich nicht bremsen, wenn Sie Vorlagen der Oberbürgermeisterin hier unterstützen wollen. Allerdings hat sich das Ganze im Verkehrsausschuss schon etwas weiterentwickelt. Das muss man auch denjenigen klarmachen, die die Vorlage vielleicht nicht so intensiv studiert haben bzw. nicht so intensiv debattiert haben, wie wir das im Verkehrsausschuss getan haben.

Klar ist, dass der Rhein das Nadelöhr im Kölner Verkehrssystem ist. Wir brauchen Brücken, und zwar nicht nur die, die wir jetzt haben und die wir sanieren oder ausbauen. Deswegen sind wir auch sehr froh darüber, dass der Rat sich am Ende doch dazu entschlossen hat, im Kölner Süden, nämlich in Godorf, noch eine zusätzliche Rheinbrücke zu bauen, die hier im Rat von der rot-grünen Mehrheit lange Zeit ad acta gelegt worden war. Da sind wir heute einen Schritt weiter. Das ist das wichtigste Projekt, das wir hier für die Infrastruktur in Sachen Rheinquerung haben.

Außerdem gibt es die Vorlage der Verwaltung, um die es jetzt geht. Die südliche Erweiterung der Hohenzollernbrücke hat - da hat der Kollege Weisenstein vollkommen recht - bei uns allen die höchste Priorität. Schließlich handelt es sich dort um eine sehr wichtige Fußgänger- und Radwegebeziehung. Auf den paar Metern Breite, die heute dort vorhanden sind, ist es nicht möglich, den Verkehr entsprechend abzuwickeln. Deswegen hat es für uns eine hohe Priorität, dies umzusetzen.

Die Sache hat sich aber - da muss ich Ihnen jetzt leider widersprechen, Herr Weisenstein - natürlich weiterentwickelt. So sieht der Masterplan, dem wir alle hier zugestimmt haben und den wir alle wie eine Monstranz vor uns hertragen, nun einmal zwei Fußgängerbrücken vor - einmal an der Bastei und einmal zur Verbindung von Rheinauhafen und Deutzer Hafen. Damit hat sich der Verkehrsausschuss auseinandergesetzt.

Der jetzt vorliegende Änderungsantrag enthält schon eine Priorisierung. Wir haben nämlich gesagt - auch entgegen ursprünglicher Beschlussfassung -, dass die Verbindung von Rheinauhafen und Deutzer Hafen für uns eine höhere Priorität hat. Denn im Rheinauhafen und der Südstadt auf der einen Rheinseite und dem, was als Pendant am Deutzer Hafen auf der anderen Rheinseite entstehen soll, spielt in der Zukunft

die Musik. Das wollen wir für Fußgänger und Radfahrer erlebbar machen.

Deswegen hat diese Verbindung in unserem Vorschlag eine höhere Priorität. Was die andere Brücke an der Bastei angeht, steht im Grunde genommen nur unten drunter, dass sie weiterverfolgt werden soll, aber ohne konkrete Umsetzungspläne.

Bei der Nordseite der Hohenzollernbrücke müssen wir auch feststellen, dass eine Erweiterung dort sowohl einen schlechteren Verkehrswert als auch eine geringere Wahrscheinlichkeit hat. Wir diskutieren ja über Erweiterungen des Hauptbahnhofs und des Deutzer Bahnhofs. Dann wird natürlich irgendwann auch angestrebt werden, auf der Nordseite der Hohenzollernbrücke zwei zusätzliche Gleise zu ergänzen. Deswegen wäre es Quatsch, schon vorher den Fußgängerweg auf der Nordseite zu erweitern. Daher hat die Nordseite eine geringere Priorität als die Südseite.

Deswegen macht der Änderungsantrag, den wir hier gemeinsam mit SPD, CDU, Grünen und FDP vorlegen, großen Sinn. Das ist eine Weiterentwicklung dessen, was die Verwaltung vorgeschlagen hat, und kein Widerspruch.

Gerade bei diesen langfristigen Projekten finde ich es schade, dass Sie sich, obwohl Sie als LINKE doch behaupten, den Fußgänger- und Radfahrerverkehr unterstützen zu wollen, mit einer Neinstimme aus der Debatte verabschieden. Stimmen Sie dem Änderungsantrag zu!

Dann hoffen wir einmal, lieber Andreas Pöttgen, dass wir möglichst viel umgesetzt bekommen. Wir sollten uns da auch nicht allzu besoffen reden, weil natürlich jedes Projekt schon sehr aufwendig und sehr teuer ist. Wir wären froh, wenn wir ein oder zwei Projekte von dieser Prioritätenliste in den nächsten zehn Jahren wirklich abgearbeitet bekämen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Ersetzungsantrag von SPD, CDU, Grünen, FDP und Ratsgruppe GUT abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, pro Köln, die

AfD-Fraktion und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gegenstimmen? - Die LINKE. Enthaltungen? - Herr Wortmann. Damit ist das so beschlossen.

Die ursprüngliche Vorlage hat sich damit auch erledigt. - Nein? Das ist doch ein Ersetzungsantrag gewesen. - Dann lasse ich sicherheitshalber noch einmal darüber abstimmen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Dann über die Beschlussalternative! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, über die Vorlage in der geänderten Form!)

Wir stimmen jetzt noch einmal über die Vorlage in der geänderten Form ab. Wer ihr so zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die Ratsgruppen GUT und BUNT, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, pro Köln und die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die LINKEN und Herr Wortmann enthalten sich. Damit ist sie so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Erweiterter Planungsbeschluss Neubau Brücke Weinsbergstraße 2266/2017

Wie BV 4 und Verkehrsausschuss, Anlage 5.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Kommunales Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit 2315/2017

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/1903/2017

Wortmeldungen? - Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Wir haben einen Änderungsantrag zu dieser sehr umfänglichen Beschlussvorlage vorgelegt. Ich habe eben gehört, dass er vielleicht gar nicht verteilt worden ist. Aber wir haben ihn eingestellt. Von unserer Seite ist er also da.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: In Session ist leider nichts zu sehen!)

- Aha. Das ist schade. - Was machen wir jetzt?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Am besten den Antrag vorlesen!)

- Moment. Dann muss ich ihn erst einmal holen. Dann komme ich noch einmal wieder.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann warten wir einen Moment ab, bis die Verwaltung sprachfähig ist. Ich bitte zunächst um eine Minute Geduld, damit das geklärt werden kann, und unterbreche kurz die Sitzung. Oder wir verschieben diesen Tagesordnungspunkt an den Schluss der 10er-Punkte, wenn Sie einverstanden sind. Dann brauche ich jetzt nicht zu unterbrechen.

Ich würde diesen Tagesordnungspunkt gerne an den Schluss der 10er-Punkte verschieben. Dann können wir inzwischen klären, was hier passiert ist. Ich kann das im Moment gar nicht beurteilen. - Gut. Dann rufe ich jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt auf und bitte die Verwaltung, das einmal zu klären.

Tagesordnungspunkt

10.10 Gesamtverkehrskonzept Köln, 8. Änderung Aufgabe der freigehaltenen Straßentrasse Stolzestraße/Trierer Straße parallel zur Luxemburger Straße zwischen Innerem Grüngürtel und Barbarossaplatz 2323/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.11 Neubau eines Mehrfamilienhauses im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Waldstraße 115, 51145 Köln-Urbach - Planungsbeschluss 2345/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.12 Sportanlage Kapellenstraße in Köln-Rondorf
hier: Planung und Kostenermittlung für den Neubau einer Sportanlage mit Kunststoffrasen Großspielfeld, Trainingsfläche aus Naturrasen, Trainingsbeleuchtungsanlage, Einfriedungen, Wege aus Pflasterbelag, Zuschauerbereiche und Parkplatz
2426/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.13 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47d BImSchG / Ergebnisse der öffentlichen Auslegung und abschließender Beschluss zur Stufe 2 der Lärmaktionsplanung gemäß EU-Umgebungslärmrichtlinie
2437/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.14 Hallen Kalk; Herbeiführung eines Planungsbeschlusses zur Revitalisierung der ehemaligen KHD Hallen 76 u. 77
2560/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.15 Aktionsplan zur Auszeichnung der Stadt Köln als „Kinderfreundliche Kommune“
2668/2017

Abstimmung wie Jugendhilfeausschuss, Anlage 8.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.16 Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII
2750/2017

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP AN/1904/2017

Das Wort hat Herr Heinen; Herr Dr. Heinen; Herr Bürgermeister Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Das Erste war auch schon in Ordnung. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne kurz und allgemein über den Änderungsantrag sprechen, den die Fraktionen, die Sie eben genannt haben, zu einer Vorlage gestellt haben, die ja nicht jedem direkt ersichtlich ist und sehr fachspezifisch ist.

Grundpunkt ist - das wissen wir alle; es ist schon oft gesagt worden -: Köln ist eine extrem stark wachsende Stadt.

Obwohl wir jedes Jahr ungefähr 20 Kitas und fast 1 000 Plätze zusätzlich im Kita-Bereich schaffen, reicht das ob dem Wachstum der Stadt nicht aus, um entsprechende Plätze in Bau-Steine-Erden zur Verfügung zu stellen.

Deswegen haben wir 2015 gesagt, dass wir die Kindertagespflege, also Kindertagespflegemänner und Kindertagespflegefrauen, stärken werden. Das haben wir strukturell und finanziell gemacht.

Diese Vereinbarung läuft diesen Monat aus. Wir sind uns darüber einig, dass das Ganze weitergehen soll.

Ich danke der Verwaltung dafür, dass sie entsprechend diesen Beschlussvorschlag mit Erweiterungen und weiteren Spezifizierungen vorgelegt hat - und das auch nicht befristet, also ohne Befristung.

Zu diesen sehr begrüßenswerten Vorschlägen gibt es jetzt zwei ergänzende gute Vorschläge.

Im Punkt 1 sehen wir, kurz gesagt, vor, dass Betreuungsverträge vorgelegt werden müssen oder eine Checkliste mit den Förderbestandteilen, die notwendig sind, beiderseitig unterschrieben werden muss.

Punkt 2 betrifft die Festlegung in Bezug auf das Essensgeld. Wir sind uns darüber einig, dass dieses natürlich geschehen soll. Allerdings wollen wir es erst einmal zurückstellen und im Zusammenhang mit der Diskussion zur Thematik „Kita-Essen - gesundes Essen - Ernährungsrat“ noch einmal die Gruppen zusammen mit der Verwaltung an den Tisch holen. Das soll bis Os-

tern geschehen. Dann soll die Verwaltung einen Beschlussvorschlag für den Punkt 5 der Vorlage, den wir zurückgestellt haben, vorlegen.

Das sind unsere Wünsche als Ergänzungen zu der jetzigen Beschlussvorlage. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den gemeinsamen Änderungsantrag abstimmen. Gegenstimmen? - DIE LINKE stimmt dagegen. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist das so beschlossen.

Dann lasse ich über die so geänderte Vorlage mit der Korrektur aus dem Jugendhilfeausschuss, Anlage 6, abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

10.17 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über das Abschleppen und Verwahren von ordnungswidrig abgestellten und sichergestellten oder gepfändeten Fahrzeugen auf dem Kölner Stadtgebiet ab dem 01.07.2018 2771/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.19 Planungsaufnahme zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Sporthalle auf dem Grundstück Statthalterhofallee in Köln-Junkersdorf 2850/2017

Ich lasse abstimmen wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.21 Zügigkeitserweiterung der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsgrundschule, GGS zum Hedelsberg, 50999 Köln-

Weiß gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 3 auf 4 Züge 2938/2017

Abstimmung wie Schulausschuss.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.22 Zügigkeitserweiterung der Brüder-Grimm-Schule, Sürther Hauptstraße, 50999 Köln-Sürth gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW von 4 auf 5 Züge 2940/2017

Ebenfalls Abstimmung wie Schulausschuss.

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.23 Wirtschaftsplan des Gürzenich-Orchesters Köln, Wj. 2017/18 2951/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.24 Bundesprogramm „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“, Projekte des Mantelprojektes „Via Culturalis“ - Umgestaltung der Domumgebung“ - Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes hier: Mitteilung über eine weitere Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung 3022/2017

Ich gebe zunächst der Verwaltung das Wort. Frau Blome, bitte. - Wir sind bei TOP 10.24, Kurt-Hackenberg-Platz. Ich habe in Erinnerung, dass Sie mir gesagt haben, diese Vorlage zum Kurt-Hackenberg-Platz sei noch nicht im Verkehrsausschuss behandelt worden und solle dorthin verwiesen werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Soll sie dorthin verwiesen werden?)

Meines Erachtens war unsere Absprache, dass das so erfolgen sollte. Ja? - Gut. Wenn Sie das als richtig wahrnehmen - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Dann tun wir das!)

Von der Verwaltung wird der Verweis in den Verkehrsausschuss vorgeschlagen, der bisher noch nicht beteiligt wurde.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ja, das ist richtig! Vernünftiger Vorschlag!)

Darüber können wir ja einen Beschluss herbeiführen. Wer dagegenstimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Vorlage jetzt im Verkehrsausschuss gelandet.

Tagesordnungspunkt

**10.25 Weiterführung des kommunalen Wohnungsbauförderungsprogrammes 2017 bis 2021
3041/2017**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.26 Einführung des gebundenen Ganztags an der Geschwister-Scholl-Realschule in Ehrenfeld ab Schuljahr 2018/19
3080/2017**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.27 Fachstellen „Extremismus- und Gewaltprävention“
3094/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.28 Starke Veedel - Starkes Köln

**hier: Bedarfsfeststellung für das Projekt 0.0.1 „Büro für Quartiersmanagement und Aktivierung“ in elf Sozialräumen
3096/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.30 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Beihilfekasse der Stadt Köln 2016
3168/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.31 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018
3170/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.32 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 2016
3166/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.33 Feststellung des Wirtschaftsplans der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2018
3169/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.34 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Lachemer Weg, 50737 Köln-Longerich - Neu-/Umplanungsbeschluss

3194/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.35 Ausbau von Plätzen U3 durch gesondert geförderte Großtagespflegen unter Anbindung bei anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe in Köln mit Erfahrung in der Kindertagesbetreuung 3249/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von den LINKEN. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.36 Zügigkeitserweiterung des Apostelgymnasiums, Gymnasium Biggestraße 2, 50931 Köln in Köln-Lindenthal zum Schuljahr 2018/19 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 3310/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.37 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017 hier: Verteilung Restmittel 2017 - Kampagne für Vielfalt und Wertschätzung, gegen Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity 3312/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das gegen die Stimmen der AfD-Fraktion so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.38 Umgestaltung des Hermann-Joseph-Platzes, Elogiusplatzes und Augustinerplatzes hier: Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung 3313/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.39 Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung - Stärkung Koordination Ehrenamt 3499/2017

Wortmeldungen? - Keine.

(Monika Schultes [SPD]: Wie Sozialausschuss!)

- Der Sozialausschuss hat einstimmig zugestimmt; klar. Das ist dann aber wie die Vorlage.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.40 Ausweitung des Gültigkeitszeitraumes des Köln-Passes für Leistungsbezieher nach dem SGB II und Seniorinnen und Senioren mit geringem Rentenbezug 3549/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

(Beifall bei der LINKEN)

- Ja, das finde ich auch gut.

Tagesordnungspunkt

10.41 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2015 - 31.12.2015 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud 3465/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.42 Sanierung Römisch-Germanisches Museum 2983/2017

Wortmeldungen? - Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Hier geht es um die Sanierung des Römisch-Germanischen Museums. Ich bin der Übeltäter, der veranlasst hatte, dass wir die Vorlage vom letzten Mal jetzt noch einmal mit Erläuterungen bekommen haben, weil ich darum gebeten hatte, die Frage Totalunternehmer/Generalunternehmer zu überprüfen.

Ich bedanke mich für die Überprüfung und habe festgestellt - auch bei anderen Vorlagen -, dass die Verwaltung jetzt weiß, was ein Totalunternehmer ist und welche Vorteile dies auch mit sich bringt.

Hier hat man sich gegen den Totalunternehmer entschieden. Bei der Sanierung des Römisch-Germanischen Museums wird die Verwaltung also entweder selbst die Planung übernehmen oder sie einem Dritten übergeben.

Meine Fraktion wird dem auch zustimmen. Ich möchte hier nur Folgendes deutlich machen, Frau Oberbürgermeisterin: Derjenige, von dem die Vorlage stammt, hat jetzt auch den Oberverantwortungshut auf. Sollte es bei der Planung Schwierigkeiten geben - deshalb hatten wir hier ja die entsprechende Diskussion und einen Antrag von CDU, Grünen und FDP - und wieder zu Verzögerungen kommen, obwohl wir darauf hingewiesen haben, es anders zu machen, muss die Verantwortung auch ganz klar sein und konsequent wahrgenommen werden. Denn wir erwarten, dass es jetzt in dieser Form klappt, wenn wir dieser Verwaltungsvorlage zustimmen und unser Änderungsantrag nicht zum Tragen kommt.

Das wollte ich für uns hier noch einmal deutlich sagen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Ich mache es auch ganz kurz vom Platz aus. - Die Vorlage enthält eine Beschlussalternative, über die wir gerne abstimmen möchten. Darum bitte ich um punktweise Abstimmung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst über den Beschluss

und dann über die Beschlussalternative abstimmen.

Wer dem Beschluss zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gegenstimmen? - Der LINKEN. Enthaltungen? - Der AfD. Bei Gegenstimmen der LINKEN und Enthaltungen der AfD ist das so beschlossen.

Frau Stahlhofen, seien Sie bitte nicht enttäuscht. Über die Alternative kann ich jetzt nicht mehr abstimmen lassen, weil der Hauptvorschlag angenommen worden ist. Ich kann nur über die Alternative abstimmen lassen, wenn es noch klappt. Wenn es dann schon beschlossen ist, kann ich nicht mehr darüber abstimmen lassen. - Okay. Ich wollte nur keine Enttäuschung bei Ihnen auslösen.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE): Nein. Wir haben ja damit auch unserem politischen Willen Ausdruck verliehen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Tagesordnungspunkt

10.44 GEW Köln AG hier: Änderung der Satzung 3711/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.45 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Öffnen von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt am 21.01.2018 3417/2017

Bevor ich nach Wortmeldungen frage, würde ich gerne erst der Verwaltung das Wort geben. Der Stadtdirektor wird gerade geholt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir erwarten die Stellungnahme des
Stadtdirektors!)

- Ja, ich auch. - Ich schlage vor, jetzt weiterzumachen oder vielleicht Punkt 10.9 einzuschieben. - Er ist schon da. Der Stadtdirektor stand vor der Tür.

Herr Stadtdirektor, wir sind beim Tagesordnungspunkt 10.45, bei der Ordnungsbehördliche Verordnung über das Öffnen von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt. Ich möchte Sie bitten, dazu Stellung zu nehmen.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es geht um die Frage, warum wir einen einzelnen Sonntag vorziehen und nicht das Gesamtpaket für 2018 vorlegen.

Auch im Hinblick auf die Rechtsunsicherheit, die an dieser Stelle nach wie vor besteht, haben wir zunächst einmal die Frist zur Einreichung der Anträge verlängert. Das wurde von mir bzw. vom Leiter des Ordnungsamtes auch im AVR berichtet; den Protokollauszug finden Sie als Anlage 7 zur Verwaltungsvorlage. Die Frist zur Einreichung der Anträge für das Gesamtjahr 2018 ist erst am Freitag letzter Woche abgelaufen.

Das heißt: Wir sammeln diese Anträge jetzt, bewerten sie und geben sie dann in die Konsensrunde, die Anfang des Jahres 2018 noch einmal zusammentreten wird. Wir werden das Beteiligungsverfahren durchführen und dann ein Paket für 2018 schnüren.

Da aber alle Beteiligten hohes Interesse daran haben, diesen Messesonntag im Januar als verkaufsoffenen Sonntag zu gestalten, haben wir Ihnen vorgeschlagen, diesen einzelnen Sonntag durchzuführen und das Paket dann entsprechend nachzuziehen.

Ich gebe zu, dass das auch mit der einen oder anderen Unsicherheit behaftet ist, weil wir nicht sicher sein können, dass dieser Sonntag nicht beklagt wird. Nach den letzten Entscheidungen, die in Nordrhein-Westfalen hierzu ergangen sind, sind wir aber durchaus zuversichtlich, dass dieser Sonntag vor Gericht halten kann, wenn wir ihn denn in einer ordentlichen Sitzung beschließen. Wir können einen verkaufsoffenen Sonntag nicht per Dringlichkeitsentscheidung verabschieden. Ein solches Verfahren akzeptieren die Verwaltungsgerichte nicht. Da würden wir schon aus formalen Gründen eine Flanke eröffnen.

Deshalb haben wir gesagt: Wir müssen diesen Sonntag vorziehen und heute darüber entscheiden, wenn er stattfinden soll.

Mit der Situation, wie sie sich zurzeit juristisch darstellt, sind wir ja alle nicht zufrieden. Wir hoffen, dass wir dann auch relativ bald im Jahr 2018 Klarheit über die künftigen landesgesetzlichen

Rechtsgrundlagen haben - wie auch immer sie dann aussehen mögen. Die Hauptsache ist, dass wir ein Plus an Rechtssicherheit bekommen.

Im Moment würde ich Sie aber gerne darum bitten, diesen einen Sonntag zu beschließen. Das Paket für 2018 werden wir Ihnen in den ersten Wochen des Jahres 2018 dann auch komplett vorlegen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Keller. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte einige Anmerkungen machen bzw. auch noch eine Frage stellen. Es ist ja in der Tat eine missliche Situation.

Wir haben folgende Ausgangslage: In 2017 ist es zumindest gelungen, mit ver.di, die in der Regel klagen und aufgrund der höchstrichterlichen Rechtsprechung dabei auch gute Chancen haben, zu einem Agreement zu kommen - über bestimmte Öffnungen, die nicht beklagt werden, und andere, die dann eben nicht erfolgen, ohne jetzt in die Details zu gehen.

Politisch wäre es natürlich sehr von Vorteil, wenn wir auch für 2018 ein solches Paket hätten.

Nach den Informationen, die ich von ver.di habe, wollen sie diesen 21. Januar 2018 beklagen, weil sie sagen, es käme nicht zu einem solchen Paket.

Ich vermute aber, dass die Verwaltung mit ver.di im Dialog bzw. in Verhandlungen steht. Mich würde einmal interessieren, wie das denn eingeschätzt wird. Denn sonst kann dies dazu führen, dass wir faktisch in eine Art Klagekaskade hineinkommen. Das heißt, dass jeder Sonntag beklagt wird - und wir wissen, was dabei herauskommen kann. Ein vernünftiger Interessenausgleich zwischen Einzelhandel und Sonntagschutz ist dann nicht mehr gegeben.

Deshalb noch einmal meine konkrete Frage: Wie ist denn der Gesprächsstand mit ver.di?

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Bitte schön.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Herr Bürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Her-

ren! Herr Frank, wie ich gerade schon gesagt hatte, haben wir noch keinen konkreten Gesprächsstand für ein Paket für 2018. Diesen Gesprächsstand kann es auch noch nicht geben, weil wir bis zum letzten Freitag die Anträge eingesammelt haben und sie jetzt gebündelt in eine Paketverhandlung geben werden.

Es besteht aber die Notwendigkeit, die Entscheidung über eine Sonntagsöffnung, wenn man sie denn will, am 21. Januar 2018 anlässlich der Messe vorzuziehen. Das ist auch ein dringender Wunsch des Einzelhandels dieser Stadt. Wir haben es als Verwaltung für richtig gehalten, Ihnen das so vorzulegen.

Wir sind auch ganz zuversichtlich, dass wir mit diesem Sonntag vor Gericht Bestand haben können. Sie wissen, dass man da nie ganz sicher sein kann, weil die Anforderungen der Rechtsprechung sehr hoch sind. Aber es hat jetzt verschiedentlich Großmessen gegeben, die als Anlass auch tatsächlich vor Verwaltungsgerichten durchgetragen haben. Insofern haben wir da eine gute Chance.

Wir sollten uns an dieser Stelle auch nicht immer aus Furcht vor einer Klage, die ja durchaus auch unbegründet sein kann, davon abhalten lassen, sinnvolle Sonntage dann auch festzusetzen.

Das Paket werden wir in den nächsten Wochen mit ver.di, den Kirchen und allen anderen, die an den Konsensgesprächen beteiligt sind, schnüren und Ihnen dann auch als Paket vorlegen.

Es ist nicht die Absicht der Verwaltung, Ihnen weitere Einzelsonntage für 2018 vorzulegen. Das wäre nicht sinnvoll.

Aufgrund der kalendarischen Lage direkt im Januar 2018 ist das hier aber notwendig. Im Übrigen kommt das ja auch selten vor. Normalerweise ist der Einzelhandel an einem verkaufsoffenen Sonntag so früh im Jahr und damit kurz nach dem Weihnachtsgeschäft gar nicht so sehr interessiert. Diesmal ist aber der Messetermin der Anlass dafür, dass das beantragt worden ist. Wir würden diesem Wunsch des Einzelhandels gerne nachkommen.

Dass ver.di nicht klagen wird, können wir Ihnen nicht versprechen. Wir sind auf eine Klage vorbereitet. Ich glaube auch, dass wir eine gute argumentative Basis haben. Versprechen kann ich Ihnen natürlich nicht, dass das hält. Wir sind an dieser Stelle aber ganz guter Dinge.

Im Übrigen finden die üblichen Gespräche für eine Paketlösung statt. Sie werden aber noch eini-

ge Zeit in Anspruch nehmen. Es wird also noch etwas dauern, bis wir mit einer abgestimmten Vorlage, die dann hoffentlich auch eine Konsenslösung mit ver.di und den Kirchen beinhaltet, auf Sie zukommen können.

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Vielen Dank, Herr Dr. Keller. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - SPD, BUNT, GUT, DIE LINKE. Enthaltungen? - Die Grünen. Dann ist das so entschieden. - Vielen Dank.

(Martin Börschel [SPD]: Wie ist es denn jetzt entschieden? Ich konnte so schnell nicht rechnen!)

- Moment. - SPD, BUNT, GUT und DIE LINKE dagegen; die Grünen haben sich enthalten; CDU und FDP dafür. - Es wird gerechnet. - Wir haben das Ergebnis vorliegen. 35 sind dagegen, und 33 sind dafür. Damit ist die Vorlage abgelehnt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Tagesordnungspunkt

**10.46 GAG Servicegesellschaft mbH
hier: Änderung der Satzung
3774/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Damit ist das einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.47 GAG Immobilien AG
hier: Änderung der Satzung
3773/2017**

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig angenommen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

**10.49 RheinEnergie AG
hier: Änderung der Satzung
3703/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

**10.51 Bestellung eines/einer neuen Betriebsleiters/Betriebsleiterin
3895/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der SPD ist das einstimmig angenommen.

Dann springen wir zurück zu Tagesordnungspunkt

**10.9 Kommunales Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit
2315/2017**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1903/2017**

Der Änderungsantrag dürfte jetzt allen vorliegen.

Gibt es Wortmeldungen? - Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Es tut mir leid, dass Sie jetzt nur wenig Beratungszeit hatten oder sich nur kurz zu unserem Änderungsantrag austauschen konnten. Aber das war lag ja nun nicht an der FDP.

Als wir uns vor gut einem Jahr mit dem Thema „kommunale Beschäftigungsförderung“ befasst haben, waren wir uns alle einig, dass es uns trotz sinkender Arbeitslosenzahlen nicht gelungen ist, den hohen Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit maßgeblich abzubauen.

Vor diesem Problem stehen wir auch heute noch. Mit diesem Programm wollen wir ja auch diesem Problem begegnen.

Weil das so ist, hat die FDP ganz klar gesagt: Wir sind für die Schaffung von Arbeitsverhältnissen im ersten Arbeitsmarkt. Das hat für uns absolute Priorität.

Natürlich wissen wir auch, dass begleitende Instrumente zur Erhöhung individueller Beschäftigungsfähigkeit wichtig sind, sehen hier aber vorrangig das Jobcenter und die damit verbundenen Träger in der Pflicht.

Meine Damen und Herren, weil wir als FDP vor allem die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt im Blick haben, legen wir auch so großen Wert darauf, dass die Unternehmen - neben der Kommune, städtischen Gesellschaften und Trägern, bei denen ja ebenfalls Arbeitsplätze ge-

schaffen werden sollen - angemessen beteiligt werden.

Wie hat Herr Detjen eben so schön gesagt? Arbeitsplätze müssen wir gemeinsam mit der Wirtschaft schaffen. - Deswegen müssen die Unternehmen auch angemessen eingebunden werden.

Das haben wir übrigens schon vor einem Jahr gefordert. Deshalb wäre es gewiss auch sinnvoll gewesen, die Unternehmen in der Projektgruppe zur Entwicklung dieses uns vorgelegten Programms zu beteiligen. Das ist aber nicht geschehen.

Stattdessen nahm der Geschäftsführer der KGAB, dessen Teilnahme an der Projektgruppe von der Ratsmehrheit ausdrücklich abgelehnt wurde, aber regelmäßig an den Sitzungen teil.

Aufgrund dieser Erfahrung wollen wir mit unserem Änderungsantrag die Beteiligung der Kamern in der Lenkungsgruppe festschreiben. Denn wenn wir uns einig sind, dass wir vor allem Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt bei Unternehmen haben wollen, müssen wir natürlich auch wissen, welche Anforderungen diese Leute haben. Dann ist es doch sehr viel sinnvoller, dass wir sie von Anfang an einbinden. Verwaltung und Träger haben ihre Interessen. Sie wissen aber vielleicht nicht ganz so gut, wie Unternehmen funktionieren. Deswegen ist es gut, wenn diese von Anfang an dabei sind.

Uns reicht es nicht, dass die Unternehmer nur über die Krücke des Kommunalen Bündnisses für Arbeit an den Beratungen beteiligt werden. Dort wird nur berichtet. Die Musik spielt aber in der Lenkungsgruppe. Deswegen gehören die Unternehmen dort hinein.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, ein weiterer Punkt, den wir kritisch sehen, ist die Komplexität des Programms. Ich weiß, dass wir nicht das Programm beschließen, sondern einen vorgelegten Beschlusstext haben. Das Programm ist aber natürlich die Grundlage, auf der alles fußt und aufbaut. Wenn ich mir das Programm anschau, muss ich schon sagen, dass es sehr bürokratisch aussieht. Viel Bürokratie schreckt Unternehmen ab.

Wenn wir sie gewinnen wollen, müssen wir versuchen, möglichst unbürokratische und gute Lösungen und Handreichungen zu entwickeln.

Wir können uns an dieser Stelle zum Beispiel auch vorstellen, dass temporär Lohnkosten übernommen werden, wenn ein Arbeitgeber die unbefristete Übernahme von Langzeitarbeitslosen zusichert.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, zum Schluss möchte ich hier noch auf einen weiteren Punkt eingehen, der mir Bauchschmerzen bereitet. Das ist die Vergabe. Im vorgelegten Konzept heißt es:

Die Stadt Köln und/oder Unternehmen aus dem Stadtwerkekonzern sowie weitere städtische Betriebe verbinden aus ihrem regulären Auftragsbestand Aufträge mit der Auflage

- wie Sie merken, ist dieses Programm sehr unbürokratisch und sehr einfach geschrieben - ,

diese in einem zugesicherten Volumen durch eine anteilige Beschäftigung der Zielgruppe

- damit sind die Langzeitarbeitslosen gemeint -

auszuführen.

Im Einzelfall kann das durchaus möglich sein. Generell sieht die FDP es aber eher kritisch. Vor allem für kleinere Unternehmen kann das schwierig sein, weil dort der Personalbestand nicht so hoch ist wie in größeren Unternehmen oder bei großen Sozialhilfeträgern. Deswegen ist es für die kleinen Unternehmen natürlich auch sehr viel schwieriger, Langzeitarbeitslose zu beschäftigen und deren Beschäftigung zu finanzieren.

Vonseiten der Verwaltung wird uns zwar zugesichert, dass hier ein Vorschlag erarbeitet werden soll und den Gremien noch einmal zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll. Dieses Angebot nehmen wir gerne an. In diesem Zusammenhang machen wir auch kein Fass auf. Ich hoffe aber sehr, dass unsere Bedenken dann mit der entsprechenden Vorlage auch ausgeräumt werden können.

Wir würden uns freuen, wenn Sie diesen Änderungsantrag unterstützen und annehmen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister! Zunächst möchte ich mich sowohl bei Herrn Wagner als auch bei Herrn Dr. Rau für die klare Strukturierung des Beschäftigungsprogramms bedanken. Besonders freue ich mich über die klare Aussage, dass dieses Programm für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse - und nichts anderes, was wir hier schon einmal diskutiert haben - da ist. Deswegen werden wir dieser Vorlage auch zustimmen.

Meine Damen und Herren, wir reden jetzt über 180 Arbeitsplätze, also nicht - noch nicht; da bin ich voll bei Ihnen, Herr Klausung - über 1 000 oder 2 000 Arbeitsplätze. Dann wäre das eine andere Diskussion. Dann müsste man natürlich stärker - da hat Frau Hoyer recht - auch handwerkliche Betriebe in diesen Prozess einbeziehen.

Wir sind aber auch noch in einer Phase, in der es darum geht, zu schauen, wie wir es denn genau machen müssen. Deswegen finde ich die Formulierung in Ihrem Antrag, es müsse „schnelle und unbürokratische Lösungen“ geben, nicht richtig, Frau Hoyer. Denn in dem entsprechenden Programm sind ja auch flankierende Maßnahmen wie Schuldnerberatung usw. usf. vorgesehen, um diese Menschen in die richtige Position zu bringen. Dinge wie Schuldnerberatung usw. usf. sind ganz klar bürokratisch. Deswegen halte ich diesen letzten Satz für schwierig. Meines Erachtens müssen wir erst einmal sehen, wie sich das Ganze entwickelt.

Ich hätte überhaupt kein Problem damit, als ersten Schritt einmal die Handwerkskammer mit dazuzunehmen. Schließlich müssen wir Arbeitsplätze für körperliche Tätigkeiten schaffen. Damit ist natürlich der Handwerksbereich gefordert. Dorthin müssen wir auf unserem Weg gehen, glaube ich. Insofern hätte ich kein Problem damit, die Handwerkskammer mit dazuzunehmen. In den Gesprächen, die ich mit Grünen und CDU geführt habe, wurde aber deutlich, dass sie das nicht wollen. Damit erübrigt es sich. Das finde ich eigentlich schade.

Wir sind aber nicht aus der Welt, Frau Hoyer. Wie gesagt, ist das Ganze ja ein Prozess. Wenn wir dann über 500 oder 1 000 Arbeitsplätze reden, muss das sowieso gemacht werden, glaube ich.

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Vielen Dank. - Frau Heuser, bitte.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch einmal grundsätzlich von Anfang an beginnen. Der Rat der Stadt Köln hat im November 2016 auf Initiative von CDU und Grünen die Erarbeitung eines Konzepts für ein kommunales Beschäftigungsförderungsprogramm in Auftrag gegeben, das jetzt aber Kommunales Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit heißt. Darauf möchte ich gleich noch kurz eingehen.

Dem vorausgegangen ist die Tatsache, dass in Köln mehr als 32 000 Menschen als langzeitarbeitslos gelten. Klassische Instrumente der Eingliederungsmaßnahmen, etwa des Jobcenters, reichen mit ihrer Förderhöhe und ihrer Förderdauer meist nicht aus, um langfristige Wirkungen zu erzielen. Oftmals kehren die Menschen erneut in die Arbeitslosigkeit zurück.

Für die Kommune bedeutet verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit steigende Ausgaben im Sozialetat, insbesondere durch hohe Kosten der Unterkunft, kurz KdU.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen uns daher in der Pflicht, durch subventionierte Beschäftigung einen Teil dazu beizutragen, dass Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen - denn hier geht es um Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen; das sollte man immer im Kopf behalten - soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt und damit am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird.

Auf Basis des vorliegenden Rahmenkonzepts werden nun Mittel und Ressourcen vorwiegend für die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen bereitgestellt.

Zugleich wird - neben der Ansprache von unterschiedlichen Arbeitsmarktakteuren - auch der Stadtverwaltung, den städtischen Gesellschaften und den Stadtwerken der verbindliche Auftrag erteilt, sich durch Arbeitsangebote zu beteiligen. Die Programme Gute Schule 2020, das Stadtverschönerungsprogramm mit Maßnahmen wie Win-Win für Köln und die Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung, kurz KGAB, als 100-prozentige Tochter der Stadt machen es vor.

Durch eine enge soziale Betreuung von langzeitarbeitslosen Menschen, das Eingehen auf ihre individuellen Erwerbs- und Erwerbslosenbiografien sowie die Zurverfügungstellung niedrigschwelliger Qualifizierungsinstrumente können sie in sozialversicherungspflichtige Beschäfti-

gung und damit in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Meine Damen und Herren, wir sollten aber insbesondere in der Anfangsphase keine zu hohen Erwartungen an das Programm stellen; denn eine Amortisation etwa bezogen auf Einsparungen bei den KdU ist in absehbarer Zeit kaum zu erwarten.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Wirkungsumfang, also die Anzahl der subventionierten Arbeitsplätze, sind jedoch die zur Verfügung stehenden Mittel.

Das Kommunale Programm für Arbeit und Beschäftigungsfähigkeit versteht sich als Ergänzung der Finanzierungsmöglichkeiten aus dem Regelsystem. Daher ist die Drittmittelinwerbung von Mitteln der EU, des Bundes und des Landes in Kombination mit den städtischen Eigenmitteln und somit die Abstimmung mit der vorhandenen Regelförderung durch Agentur für Arbeit, Jobcenter, SGB II und Asylbewerberleistungsgesetz von hoher Bedeutung.

Die Bewertbarkeit des Programms wird schließlich über einen Mix von Indikatoren erreicht. Dazu zählt beispielsweise die erreichte Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit.

Das möchte ich hier noch einmal in den Fokus stellen. Denn das erklärte Ziel der FDP ist eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Wie ich aber schon gesagt habe, leiden diese Menschen unter verschiedensten, multiplen Vermittlungshemmnissen.

Weitere Indikatoren sind die Anzahl und Dauer der erreichten Ausstiege aus dem SGB II, die aus Sicht der Programmteilnehmenden erreichte Teilhabe und die Anzahl vermiedener Übertritte vom SGB III ins SGB II, um nur einige zu nennen.

Der Erfolg kann keinesfalls nur an den Einsparungen der KdU gemessen werden. Auch bereits die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit ist als solcher zu bewerten.

Eingehen möchte ich schließlich noch kurz auf die Umsetzungsstrukturen des Programms. Die administrative strategische Steuerung erfolgt durch eine Lenkungsgruppe mit der Arbeitsmarktförderung im Amt für Wirtschaftsförderung als Geschäftsführung. Die operative Umsetzung des Programms wird der KGAB in einer zentralen Rolle zuerkannt.

Die FDP würde gerne noch Vertreter von Unternehmen in die Lenkungsgruppe aufnehmen. Wir finden hingegen, dass die im Programm festgesetzte Differenzierung zwischen einer städtischen Steuerungsgruppe oder Lenkungsgruppe und der KGAB als operative Umsetzungsform in einem engen Abstimmungsverhältnis mit dem Kommunalen Bündnis für Arbeit eine wichtige Unterscheidung ist.

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Frau Hoyer möchte gerne eine Zwischenfrage stellen.

Katja Hoyer (FDP): Liebe Marion Heuser, ich habe es jetzt so verstanden, dass Sie gesagt haben, es sei wichtig, dass die KGAB mit in einer Steuerungsgruppe vertreten ist.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Nein. Das ist die operative Umsetzung.

Katja Hoyer (FDP): Okay. Aber in der Lenkungsgruppe?

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, sie ist ja nicht in der Lenkungsgruppe.

Katja Hoyer (FDP): Aber sie ist jetzt in der Steuerungsgruppe.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Echt?

Katja Hoyer (FDP): Ja, genau. Das „Echt?“ ist ja berechtigt. Denn bei der letzten Debatte im Jahr 2016 haben die Grünen ganz klar gesagt, dass die KGAB bitte nicht in die Steuerungsgruppe hineingehört. Dann ist sie trotzdem hineingekommen. Insofern finde ich, dass diese Diskussion ziemlich widersprüchlich ist.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Uns war jedenfalls wichtig, dass die KGAB mit den anderen Beschäftigungsträgern in einem fairen Wettbewerb um Arbeitsaufträge und Fördermittel steht. Uns war zudem wichtig, dass hier niemand bevorteilt wird.

Abschließend möchten wir der Verwaltung für die Vorlage des kommunalen Beschäftigungsförderungsprogramms danken. Wir halten es für ein gutes Rahmenprogramm, das allerdings wie ein atmendes System einer stetigen Beobachtung und gegebenenfalls Nachbesserung oder Erweiterung bedarf.

Im Programm selbst steht auch, dass jährlich eine Überprüfung stattfinden wird. Ich baue darauf, dass man in dem ersten Jahr beobachtet, was passiert, wie das Programm überhaupt angenommen wird und wie viele Menschen in Beschäftigung kommen oder in Maßnahmen kommen. Dann kann man immer noch nachbessern.

Wir werden der Verwaltungsvorlage unverändert zustimmen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Vielen Dank, Frau Heuser. - Herr Klausing, bitte.

Christoph Klausing (CDU): Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir stimmen der Beschlussvorlage zu. Das tun wir mit voller Überzeugung. Denn wir halten es für einen großen Schritt dahin, dass wir uns über Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungspolitik einmal neue Gedanken machen.

Mich persönlich ärgert es nämlich schon, dass sich im Rat der Stadt Köln in weiten Teilen nicht so viele Emotionen regen, wenn wir hier darüber sprechen. Das merkt daran, dass relativ viele Nebengespräche geführt werden. Bei anderen Themen - zum Beispiel beim Kalkberg - ist es im Ratssaal deutlich ruhiger.

Wenn wir hier in zehn Jahren über ein deutlich höheres Volumen sprechen und dann tatsächlich Tausende von Arbeitsplätzen schaffen - nicht nur in einem solchen Programm, sondern auch in der freien Wirtschaft -, wird die Diskussion über unseren Umgang mit Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik hoffentlich deutlich engagierter geführt werden.

Ich plädiere dafür, dass alle auch bei einem solchen Thema ein bisschen aufmerksamer zuhören, weil wir hier ernsthaft darüber sprechen, wie wir Menschen in Arbeit bekommen. An dieser Stelle geht es um viele Menschen, die über Jahre hinweg arbeitslos sind. Hier dürfen wir auch

ganz genau zuhören und ganz sorgfältig darüber debattieren.

(Beifall bei der CDU und der LINKEN)

Der Ausschuss hat jetzt auch einige Fachgespräche geführt. Es ist richtig - das gehört zur Wahrheit dazu -, dass wir hier kein Konzept beschließen, sondern die Verwaltung mit der Umsetzung eines Programms, das sie uns skizziert hat, beauftragen. Deswegen können wir uns bei den ganzen Detailfragen an dieser Stelle auch zurückhalten. Denn das Ganze ist ein atmendes System. Im Sozialausschuss und im Wirtschaftsausschuss können wir uns dann noch weiter darüber unterhalten.

Fakt ist: Die Lenkungsgruppe sieht die Teilnahme von SBK, KGAB, Jobcenter, Arbeitsagentur und städtischer Seite mit allen Gliederungen vor. In der Lenkungsgruppe fehlen Vertreter der freien Wirtschaft und der Wohlfahrt. Wir haben uns als CDU auch die Frage gestellt: Wie passt das zusammen?

Denn am Ende wird es konkret darum gehen, wie eine Förderrichtlinie ausgestaltet wird. Eine solche Förderrichtlinie haben wir ja noch gar nicht. Sie zu erstellen, ist die eigentliche Kärnerarbeit. Dann muss entschieden werden, was genau darin steht, vor allem in Bezug darauf, an wen und zu welchen Bedingungen Geld verteilt wird.

Da sagen wir als CDU: Die Lenkungsgruppe soll so, wie das Konzept ist, ihre Arbeit auch gut machen.

Uns ist es ein Anliegen, dass der Fokus in diesem Programm immer auf sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung liegt.

Hier sollten Stadt, Wohlfahrt und freie Wirtschaft gleichermaßen in den Blick genommen werden, weil es nicht nur an der Stadt, nicht nur an den sozialen Trägern und nicht nur an der Wirtschaft liegt, wenn es - auch das wurde ausgeführt - Schwierigkeiten bei der Umsetzung geben sollte. Schließlich werden nicht nur in der Wirtschaft Arbeitsplätze geschaffen. Vielmehr gehören da alle Akteure zusammen.

Darum bitte ich einfach einmal, ohne erst einen Änderungsantrag zu stellen; denn wir brauchen hier nicht das 19-seitige Programm durchzuarbeiten. Insofern gebe ich der Verwaltung an dieser Stelle den mündlichen Hinweis, das bitte mit aufzunehmen und Stadt, Wohlfahrtspflege und freie Wirtschaft mit an Bord zu nehmen.

Für uns als CDU ist das sehr wichtig; denn es gibt für uns nur ein Ziel, nämlich Arbeit, Arbeit, Arbeit, damit jeder Kölner von seiner eigenen Arbeit leben kann. Wir stimmen zu und lehnen den Änderungsantrag ab - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der LINKEN)

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Vielen Dank, Herr Klausung. - Herr Paetzold, bitte.

Michael Paetzold (SPD): Ich bin über die Diskussion doch etwas erstaunt. Wir haben diesen Punkt in drei Fachausschüssen behandelt. Allein im Sozialausschuss haben wir fast eine Stunde darüber beraten.

Den Änderungsantrag der Kollegen von der FDP hätte ich mir auch schon im letzten Sozialausschuss gewünscht. Dann hätten wir dort in Ruhe darüber beraten können.

Dass es hier im Plenum etwas unruhig wurde, liegt vielleicht wirklich daran, dass wir sehr kleinteilig geworden sind und deshalb Menschen einfach ausgestiegen sind.

In der Sache kann ich mich dem Lob meiner Vorrednerinnen und Vorredner anschließen. Das ist eine sehr gute Vorlage. Wir werden ihr zustimmen.

Dem Änderungsantrag der Kollegen von der FDP werden wir hingegen nicht zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass im Kommunalen Bündnis für Arbeit sowohl die IHK als auch die Handwerkskammer bereits mitwirken können. Sie unterstützen den Prozess. Dann brauchen sie nicht zweimal aufzutauchen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Vielen Dank. - Wie ich sehe, gibt es keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann lasse ich abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Ergänzungsantrag der FDP ab. Gibt es Gegenstimmen? - Die SPD, die Grünen, die CDU, DIE LINKE und die Ratsgruppen BUNT und GUT sind dagegen. Wer ist dafür? - Die FDP und Herr Wortmann sind dafür. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann stimmen wir über die ursprüngliche Vorlage ab. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltungen der FDP und von Herrn Wortmann ist ihr mehrheitlich zugestimmt. - Vielen Dank.

Dann kommen wir zu:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 674613/02 Arbeitstitel: Eigelstein 41 in Köln Altstadt/Nord 2441/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70439/08 Arbeitstitel: „Gewerbepark Poll - Teilbereich Gewerbepark Poll Nord“ in Köln-Poll 2919/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der FDP. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dem mehrheitlich zugestimmt.

Tagesordnungspunkt

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf 70465/01 Arbeitstitel: Kalk-Mülheimer Straße in Köln-Buchforst 3039/2017

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan-Entwurf 70447/04 Arbeitstitel: Robertstraße in Köln-Kalk 3142/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nummer 57419/08 Arbeitstitel: Raderthalgürtel (neu) in Köln-Zollstock, 1. Änderung 3321/2017

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

12.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 70480/12 Arbeitstitel: „Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Mülheim“ 3322/2017

Wortmeldungen? - Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen von AfD und Grünen. Damit ist das dennoch so beschlossen.

Dann rufe ich auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Weidengasse von Pflasterhofweg bis Weidengasse 46 einschließlich in Köln-Weiß 2907/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so angenommen.

Tagesordnungspunkt

16.2 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Vorgebirgstraße von Zollstockgürtel/Raderthalgürtel bis Höniger Platz in Köln-Zollstock 2916/2017

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zu:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt

17.1 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 2987/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD zugestimmt.

Tagesordnungspunkt

17.2 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Bestimmung neuer ordentlicher und stellvertretender Mitglieder 2774/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Enthaltungen der AfD. Damit ist dem so zugestimmt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön, Herr Bürgermeister Bartsch.

Tagesordnungspunkt

17.3 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter für Abstimmungen in der Zweckverbandsversammlung hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verwaltungsrates aus dem Wahlvorschlag der Personalvertretung (Dienstkräfte) 1521/2017

Hier liegt mittlerweile ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktionen vor, auf deren Vorschlag 2014 auch das nun ausgeschiedene Mitglied gewählt wurde. Vorgeschlagen wird Herr Uwe Mertens. Ich würde - -

(Martin Börschel [SPD]: Ich habe eine Frage! Darf ich?)

- Ja. Bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur aus grundsätzlichen Erwägungen die Ver-

waltung fragen, ob in diesem Fall nach § 12 Abs. 5 des Sparkassengesetzes oder nach der allgemeineren Vorschrift des § 50 Abs. 2 der Gemeindeordnung verfahren und nachgewählt wird.

(Niklas Kienitz [CDU]: Kann man sich nicht auf die Aussagen Ihrer Geschäftsführerin in den Runden verlassen? Wir haben uns geeinigt! Jetzt stellen Sie das wieder infrage!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es hat eine Einigung gegeben, ja. Die Verwaltung kann Ihnen auch sagen, dass auf Einladung der Fraktionen heute eine Sitzung stattgefunden hat, bei der dieser Punkt besprochen worden ist. Es ist ausdrücklich vereinbart worden, dass hier keine rechtliche Diskussion geführt wird, sondern dass dieses Verfahren gewählt wird.

(Martin Börschel [SPD]: Aber welches? Ich möchte ja nur wissen, welches!)

- Hier diesen Vorschlag als gemeinsamen Vorschlag der Fraktionen zu machen. Wenn Sie jetzt davon abweichen möchten - -

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, ich habe einfach eine Frage gestellt. Ich wollte nur wissen, ob wir hier nach - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Für mich gilt in Bezug auf das Verfahren die Rechtsauffassung der Verwaltung - also § 50 Abs. 2 der Gemeindeordnung, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Gut. Dann möchte ich festhalten: Wir sind der Auffassung, dass die spezialgesetzliche Regelung nach § 12 Abs. 5 des Sparkassengesetzes gilt, und werden das im Nachhinein dann überprüfen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das heißt, dass Sie jetzt nicht mitwählen? Oder was heißt das?

Martin Börschel (SPD): Wir stimmen ab, und dann sehen Sie es.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist ja mittlerweile lächerlich!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Dann lasse ich darüber abstimmen. Ich habe ja die Meinung der Verwaltung dargestellt und lasse jetzt darüber abstimmen.

Wer diesem Vorschlag, den ich gerade gemacht habe, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU, die Fraktion der LINKEN, die Fraktion der FDP und die Ratsgruppen GUT und BUNT. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von pro Köln und AfD ist dem so zugestimmt.

Tagesordnungspunkt

**17.4 Mitteilung zu der Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3618/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

TOP 17.5 ist zurückgezogen worden.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Ausschussumbesetzung Ausschuss Umwelt und Grün - sachkundiger Bürger
AN/1863/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.7 Antrag der AfD-Fraktion
hier: Ausschussumbesetzung Gesundheitsausschuss
AN/1870/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.8 Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
3668/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.9 Nachwahl eines Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Jugendzentren Köln gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH (JugZ)
AN/1905/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.10 Nachbesetzung des Aufsichtsrats der Stadtwerke Köln GmbH
AN/1907/2017**

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Stopp! Wir haben die Vorlage nicht vorliegen!)

- Ich habe sie als Tischvorlage bekommen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie steht ja auch im Netz!)

Kann ich abstimmen lassen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Dann rufe ich auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

**18.1 Entscheidung durch den Hauptausschuss gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW und Genehmigung durch den Rat gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW
hier: Flughafen Köln/Bonn GmbH
3830/2017**

Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen in der Fassung der Anlage 2 mit geändertem Protokoll. - Sie haben die Änderung beantragt.

(Martin Börschel [SPD]: Ist ja gut!)

- Dann ist es gut; dann finden Sie es gut. Okay. Dann können wir es so machen.



Gegenstimmen? - Gegenstimmen von SPD und LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich bitte darum, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 18.23 Uhr)